

Anträge

zum Bezirksparteitag

am 05. Mai 2018

in Frankfurt

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Die Anträge der Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften
wurden durch e-mail übermittelt und unverändert übernommen

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, April 2018

1
2
3
4 **Antragsgruppe A**
5 **Organisation – Parteien - Verbände**
6

7
8
9
10 **A 1**

11
12 **(Jusos Hessen-Süd)**

13
14 **SPD erneuern: Für organisatorische Neuaufstellung**

15
16 Seit der Bundestagswahl diskutiert die SPD unter dem Stichwort "Erneuerung" über die
17 inhaltliche, organisatorische und personelle Neuaufstellung der SPD.

18
19 Innerhalb und außerhalb der SPD wird jetzt zurecht erwartet, dass dieser
20 Erneuerungsprozess nun konkret ausgestaltet wird.

21
22 **Mehr Mitgliederbeteiligung**

23
24 Die Lehre aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts war, dass eine friedliche und
25 demokratische Gesellschaft nur als Sozialstaat möglich ist, der möglichst breiten
26 Bevölkerungsschichten Teilhaberechte gewährleistet. In dieser Grundidee einer
27 sozialen Demokratie haben Parteien die Aufgabe umfangreiche Beteiligung zu
28 organisieren. Politik findet also grundsätzlich nicht nur medial vermittelt statt, sondern
29 bedarf der massenhaften Mitbestimmung und Mitgestaltung wie sie in Volksparteien
30 geleistet wird. Sie binden dabei regional spezifische Interessen und soziale Gruppen
31 sowohl in ihrer Mitgliedschaft als auch in ihrer Wählerschaft. Erfüllen die Parteien
32 diesen Auftrag nicht oder unzureichend, fallen mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger
33 aus der Teilhabe an Gesellschaft heraus – das gesellschaftliche Zusammenleben wird
34 instabil und zerfällt in Partikularinteressen und befördert letztendlich
35 demokratiefeindliche und rechts-populistische Tendenzen. Deshalb trägt gerade die
36 SPD große Verantwortung für den Erhalt und die Wiederbelebung der
37 Parteiendemokratie.

38
39 Die historische Aufgabe die Sozialdemokratie zu erneuern und ihre existenzielle
40 Krise zu überwinden ist zwingend mit einer Wieder-Öffnung zu mehr Beteiligung
41 und Demokratie verbunden. Es müssen deshalb alle Möglichkeiten in Betracht
42 gezogen werden die breite Mitgliedschaft an relevanten Entscheidungen der
43 Partei partizipieren zu lassen. Zum einen muss auch die Basis bei der
44 Besetzung von Spitzenpositionen durch Urwahl beteiligt werden, um ihre Wahl
45 auf eine breitere demokratische Basis zu stellen. Darüber hinaus muss auch die
46 demokratische Legitimation politischer Richtungsentscheidungen erhöht
47 werden. Eine große Chance liegt hierbei in der Einbeziehung der Kreisverbände
48 und Unterbezirke zur Initiierung von Mitgliederbegehren und sich diesen
49 anschließenden Mitgliederentscheiden.

50
51 Die Erneuerung der SPD kann nur in den Bezirken und Unterbezirken/Kreis-
52 verbänden gelingen, nicht von Berlin aus. Dies erfordert auch eine generelle
53 Verlagerung von personellen und finanzielle Ressourcen aus dem WBH zurück
54 in die Bezirke und Unterbezirke/Kreisverbände, um die politische Beteiligung
55 der Basis bestmöglich zu nutzen als auch zu unterstützen. Dabei ist jedoch
56 wichtig, dass Mitgliederentscheide transparent geführt werden und deshalb auf

1 einseitige Werbung im Wahlumschlag verzichtet wird. Wir fordern daher durch
2 Änderung des Organisationsstatutes folgendes:

- 3
- 4 • Wahl des geschäftsführenden Parteivorstandes durch Urwahl
- 5 • Erfolgreiches Mitgliederbegehren durch Unterstützung/Beantragung von
- 6 25 Kreisverbänden
- 7 • Durchführung des sich anschließenden Mitgliederentscheides durch den
- 8 Parteivorstand
- 9 • Der Parteivorstand hat zu prüfen inwieweit den Unterbezirken und den
- 10 Mitgliedern unter Einbeziehung der digitalen Möglichkeiten ein
- 11 Verfahren zur Findung eines einheitlichen Abstimmungsvorschlages zur
- 12 Verfügung gestellt werden kann
- 13 • Der Parteivorstand hat auf eine Wahlempfehlung im Wahlbrief zu
- 14 verzichten
- 15

16 Die Änderung des Organisationsstatutes ist für uns keine rein technische Frage,
17 sondern notwendiger Bestandteil zur Neuausrichtung der SPD. Die
18 Kreisverbände werden aufgewertet. Dem Engagement aller Mitglieder kommt
19 neues Gewicht zu. Die Partei wird politisiert und die Akzeptanz für
20 Entscheidungen auf eine breite Basis gestellt. Darüber hinaus gewinnt das
21 sozialdemokratische Parteibuch an Attraktivität. Der verstärkten Politisierung
22 der Partei kann eine Repolitisierung der Gesellschaft folgen und neue Mitglieder
23 als auch Wähler gewonnen werden. Es ist an der Zeit die SPD zu erneuern.
24 Konsequenz und demokratisch.

25 **Für eine buntere SPD**

26
27
28 Als Sozialdemokratie haben wir den Anspruch die ganze Breite der Gesellschaft in
29 unseren Parlamenten, Parteigremien aber auch Parteitage widerzuspiegeln. Für
30 Zustimmung in der Breite der Bevölkerung, muss die SPD so bunt wie unsere
31 Gesellschaft sein. Unser Personal ist häufig zu alt, zu männlich, zu etabliert und zu
32 sozial abgehoben. Gerade die kommunale Familie macht vielerorts vor, wie attraktive
33 SPD-Listen aussehen können. Eine SPD mit hohen Bindekräften braucht mehr
34 Verantwortungsträger aus der Zivilgesellschaft. Frauen dürfen bei aussichtsreichen
35 Kandidaturen nicht übergangen werden. Und Menschen mit Migrationshintergrund
36 müssen auch jenseits der AG Migration und des Schattenintegrationsministeriums zum
37 Zug kommen. Die SPD muss sich sozial wieder nach unten öffnen und Heimat aller
38 arbeitenden und berufstätigen Menschen (auch derer in sozial prekären
39 Beschäftigungsverhältnissen und in Ausbildung) werden – ob mit oder ohne
40 Migrationshintergrund. Die SPD muss sensibler bei der Abbildung gesellschaftlicher
41 Diversität werden. Menschen wählen nicht nur Programme, sondern vor allem
42 Menschen, denen sie zutrauen, die eigene Lebensrealität zu kennen und zu verstehen.
43 Der Entwicklung die SPD in eine Partei der elitären Verwaltungseliten nach dem
44 Vorbild der PS in Frankreich umzuformen, wird scheitern und bedroht die Existenz der
45 Sozialdemokratie bundesweit.

46
47 In unserer hessischen SPD-Landesgruppe findet sich kein*e Abgeordnete*r im Juso
48 Alter. In den höheren Parteigremien sieht es nicht sehr viel besser aus. Wenn wir
49 jedoch wieder die Jugend für unsere Ziele begeistern möchten, müssen wir auch junge
50 Menschen in Spitzenpositionen bringen, um der Jugend eine Stimme zu geben.

51
52 Daher fordern wir:

- 53 • Die SPD will eine Verjüngung der Mandatsträger*innen und besetzt daher in
- 54 Zukunft möglichst jeden zehnten Listenplatz mit Kandidat*innen unter 35
- 55 Jahren

- 1 • Parteitage sollen möglichst $\frac{1}{4}$ Funktionen in Parteigremien an Mitglieder
2 vergeben, die diese in der Vorperiode noch nicht ausgeübt haben. Wir
3 brauchen eine Mischung aus Erfahrung und frischem Wind.
- 4 • Bei der Besetzung von Vorständen/ Gremien ist die Vielfalt zu beachten!
- 5 • In den Vorständen sind die Positionen entsprechend politisch beschlossener
6 Aufgaben zu besetzen – z.B. für Zielgruppenmaßnahmen, politischer und
7 organisatorischer Aufgabenstellungen, die die jeweilige Parteiebene in der
8 Vorstandslegislatur für politisch notwendig hält.
- 9 • Qualifikation verbessern: Jüngere Kandidatinnen und Kandidaten müssen
10 entsprechend für die sie erwartenden Aufgaben qualifiziert werden. Die Partei-
11 ebenen stehen in der Pflicht entsprechende Workshops, Schulungen und
12 Bildungsmaßnahmen zu finanzieren.

13 **Keine Diskriminierung in der SPD**

14
15
16 Bevölkerungsgruppen, die in den Strukturen der Partei unterdurchschnittlich zur
17 Gesamtbevölkerung repräsentiert sind, begreifen wir und muss die SPD als
18 Herausforderung zur Änderung der Strukturen begreifen. Konkret ist die größte
19 unterrepräsentierte Gruppe, die der Frauen. 52% der Bevölkerung sind weiblich, aber
20 nur 34% der Parteimitglieder – Tendenz nun wieder sinkend.

21
22 Dieser Missstand bedarf struktureller Antworten innerhalb der Parteiorganisation. Dazu
23 gehören:

- 24 • Antidiskriminierungsstellen und Awareness-Teams auf allen Ebenen der SPD
25 ab der Kreis-/UB-Ebene.
- 26 • Mit jeder Vorstandswahl sind auf allen Ebenen nicht nur „Neumitglieder-
27 beauftragte“ zu bestimmen, sondern auch Verantwortliche für Vielfaltförder-
28 pläne zu wählen. Diese Pläne werden in jeder Legislatur neu erarbeitet und
29 konkret umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt über die Bundespartei bzw. die
30 Bezirke.

31 **Digitalisierung der SPD**

32
33
34 Die Bundestagswahl hat gezeigt, in welchem Spannungsfeld die Digitalisierung
35 stattfindet. Zunehmend treten soziale Medien in die Funktion bisheriger klassischer
36 Print- und TV-Medien ein. Dabei dienen aber gerade klassische und neue soziale
37 Medien insbesondere der Verbreitung rechter und rechtspopulistischer Hetze. Dieser
38 Propaganda kann jedoch leicht der Boden entzogen werden, wenn die SPD mehr reale
39 Präsenz auf Augenhöhe mit den Wählerinnen und Wählern z.B. an Haustüren und in
40 direkten Gesprächen zeigt. Gleichzeitig wird der Alltag der Menschen zunehmend
41 durch Google, Facebook, Youtube, Instagram und co. mitgeprägt. Um nicht den
42 Anschluss zu verlieren und auf der Höhe der Zeit zu sein, müssen auch wir digitalen
43 Mittel und Medien nutzen und die politischen Rahmensetzungen für eine digitale
44 Gesellschaft mitgestalten.

45
46 Ein Fazit aus der letzten Bundestagswahl ist, dass wir im digitalen Wettbewerb der
47 sozialen Medien, insbesondere den kleineren Parteien gegenüber deutlich unterlegen
48 waren. Das muss sich ändern! Nicht nur im Willy-Brandt-Haus, sondern auch für die
49 gesamte Partei brauchen wir eine umfängliche Analyse über den Ist-Zustand sowie
50 Strategien für eine starke SPD in der virtuellen Welt. Deshalb fordern wir:

- 51
52 • Umfangreiche Schulungsprogramme für unsere Mitglieder, aber insbesondere
53 auch das Personal vor Ort

- 1 • Einrichtung von youtube-Kanälen für die Zielgruppenarbeit der Arbeitsgemein-
2 schaften – ausgestattet mit zusätzlichen Ressourcen vom Parteivorstand zur
3 professionellen Umsetzung
- 4 • Kreativ-, Schreib-, Gestaltungs-Workshops zum Aufbau und Realisierung von
5 sozialdemokratischer Gegenöffentlichkeit zum konservativen Mainstream in
6 den Medien
- 7 • Optimierung des Mailverkehrs- Schluss mit SPAM!
- 8 • Online Antragsystem
- 9 • Online Meinungsumfragen zu brennenden Themen innerhalb der Mitgliedschaft

10 **Kampagnenfähigkeit statt Gemischtwarenladen**

11
12
13 Um wieder stärker zu werden müssen wir Erkennbarkeit schaffen und Reibungsflächen
14 erzeugen. Es ist empirisch unbestreitbar, dass viele die großen Parteien nicht
15 auseinanderhalten können. Daran hat das Konrad-Adenauer-Haus, das
16 Entpolitisierung zur Strategie erklärt hat, einen gehörigen Anteil. Die SPD kann
17 dennoch nur erfolgreich sein, wenn es einen Meinungswettstreit um den besten Weg
18 gibt. Wenn die CDU sich weg duckt, muss die SPD fokussierter werden und klare
19 Kante zeigen.

20
21 Deshalb fordern wir:

- 22
23 • Klare Botschaften, statt wechselnde Pferde. Die SPD muss wieder Wahlkampf
24 lernen. Das heißt, dass sie auch den Mut haben muss, sich in den Hochphasen
25 einer Wahlkampagne auf Schlüsselthemen zu konzentrieren, bei denen sie ein
26 Alleinstellungsmerkmal hat. Kernbotschaft statt Gemischtwarenladen ist die
27 Devise. Die SPD ist Volkspartei und soll es auch bleiben. Wer allerdings keine
28 Reibungsflächen erzeugt und versucht allen zu gefallen, der begeistert am
29 Ende niemanden. Die Frage, was politisch mehrheitsfähig ist und was nicht,
30 entscheiden keine Meinungsforscher. Die SPD kann nur gewinnen, wenn sie
31 mutig und offensiv für ihre Überzeugungen einsteht. Statt Rücksicht auf die
32 Anschlussfähigkeit an eine vermeintliche politische Mitte braucht es scharfe
33 Kontroversen und Auseinandersetzungen.
- 34
35 • Das Werben um die besten Ideen findet auch außerhalb von Wahlkämpfen
36 statt. In Wahlkämpfen mobilisieren Parteien ihre Anhängerinnen und Anhänger.
37 Grundüberzeugungen entstehen allerdings nicht in den vier Monaten vor dem
38 Wahltermin, sondern in den vier Jahren danach. Heute ist oft mehr klare Politik
39 im Wahlkampf zu finden als in der Regierungs- oder Oppositionsarbeit. Auf
40 diese Phasen muss sich die SPD stärker konzentrieren und den Richtungsstreit
41 um die Zukunftsfragen führen. Dafür eignen sich beispielsweise regionale
42 Dialogformate über die komplette Dauer einer Wahlperiode. Auch innerhalb
43 einer Legislatur sollten politische Kampagnen geführt werden.
- 44
45 • Der Parteivorstand muss repolitisiert werden. Wir erwarten klare Verantwortlich-
46 keiten für politische Themenfelder und Aktionen. Parteivorstandsmitglieder
47 sollen die thematische Vorbereitung und organisatorische Kampagnenplanung
48 zu den zentralen Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie in direkter
49 Verantwortung übernehmen. Sie leiten und verantworten dazu auch die
50 entsprechenden Fachabteilungen des Willy-Brandt-Hause.

51 52 53 **Aufgabenteilung Partei / Regierung**

54
55 Die SPD muss sichtbar werden. Das ist in der zwar Opposition sicher leichter, aber

1 kein Selbstläufer. Die SPD muss, trotz Regierungsbeteiligung, zu allen wesentlichen
2 Fragen, wie die Modernisierung der Infrastruktur, die Veränderung der Arbeitswelt, die
3 Zukunft der Sicherungssysteme, und den Zusammenhalt in Europa linke Alternativen
4 zur Regierungspolitik anbieten. Eine faktische große Koalition wie zwischen 2009 und
5 2013 ist keine Grundlage für den Aufbruch. Deshalb fordern wir:

- 7 • Trennung des Amtes der/des Parteivorsitzenden von der Regierung, da der
8 Parteivorsitz der Sozialdemokratie nicht der Richtlinienkompetenz eines
9 Kanzlers oder Kanzlerin unterworfen sein darf – schlimmsten Falls noch der
10 Richtlinienkompetenz durch einen nichtsozialdemokratischen
11 Kanzler/Kanzlerin.
- 12 • Mehr Mut in der Koalition. Zur Hälfte der Regierungsperiode muss überprüft
13 werden, welche Inhalte des Koalitionsvertrags umgesetzt wurden und
14 entsprechend gehandelt werden.
- 15 • Betonung des Grundsatzprogramms der SPD, welches Leitbild und Wegweiser
16 für die programmatische Ausrichtung der SPD bleibt. Allen Versuchen, eine
17 schleichende Aushöhlung des Grundsatzprogramms durch egal welche Partei-
18 ebene oder Fraktion zu erreichen, wird entschieden entgegengetreten. Es sind
19 in allen Bezirken und Unterbezirken Bildungsprogramme und Foren zu
20 schaffen, in denen gerade den Neumitgliedern die Möglichkeit gegeben wird,
21 sich mit dem Grundsatzprogramm der SPD als Leitlinie sozialdemokratischer
22 Politik vertraut zu machen.

23 **Öffnung für Unterstützer*innen**

24 Die SPD wird nie die Partei der Großspenden werden. Das soll sie auch nicht. Umso
25 mehr ist sie gerade in Wahlkämpfen auf die finanzielle und ideelle Unterstützung der
26 Vielen angewiesen. Es muss ihr gelingen, Unterstützer*innen stärker einzubeziehen
27 ohne die Rechte der Mitglieder zu entwerten. Gerade in Wahlkampagnen sind die
28 Mitglieder allerdings auf hohe Zustimmungswerte auch außerhalb der Partei
29 angewiesen.

30 Deshalb fordern wir:

- 31 • Die Öffnung des Programmprozesses und der Aufstellung der Spitzenkandi-
32 daturen auf allen Ebenen. Vorstellbar wäre beispielsweise eine Abstimmung
33 über die Kernbausteine des Wahlprogramms und der Spitzenkandidatur
34 innerhalb der Mitglieder und der registrierten Unterstützerinnen und
35 Unterstützer.
- 36 • Es muss über Formen einer „Unterstützungsmitgliedschaft“ nachgedacht
37 werden für befreundete Organisationen wie Gewerkschaften, evangelische
38 Kirche, AWO, Falken, Naturfreunde usw. usf.

39 **Für transparentere Parteitage**

40 Auf dem Weg hin zur Wiederbelebung der innerparteilichen Demokratie ist es wichtig,
41 die wesentlichen Funktionsmechanismen in der SPD, die zum Erliegen gekommen
42 sind, wieder in Bewegung zu bringen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass
43 Ortsvereine und Kreisverbände es aufgegeben haben Anträge und Konzepte zu
44 schreiben und diese an Parteitage weiterzuleiten, unter anderem weil diese auf
45 höheren Ebenen kaum noch Wertschätzung erhalten und weder beraten noch
46 beschlossen werden, geschweige denn sich in der Programmatik oder dem Handeln
47 der Funktionäre wiederfinden.

48 Dass es sehr wohl ein starkes Bedürfnis danach gibt, haben die über 1.600 Anträge
49 zum Bundestagswahlprogramm 2017 gezeigt. Gleichwohl war die Reaktion in „Berlin“
50 nur die Frage „wie man sowas zukünftig verhindern kann“. Parteivorstand und WBH

1 stehen jedoch genau umgekehrt in der Pflicht, eine lebendige und demokratische
2 Parteitagkultur zu unterstützen. Um den gesellschaftlichen politischen Diskurs zu
3 gestalten und unsere Inhalte wieder mehrheitsfähig zu machen, müssen wir unsere
4 Mitglieder mehr an unserer Programmatik und Willensbildung beteiligen, diese
5 Beteiligung ernst nehmen und unsere Programmatik daran ausrichten. Die gesamte
6 Partei muss am Programm der SPD mitwirken und sich damit identifizieren. Die Basis,
7 die Arbeitsgruppen, die Kreisverbände und die Ortsvereine müssen wieder die
8 Produzenten unserer Inhalte sein. Sie müssen aber auch die Möglichkeit haben, dass
9 ihre Themen auch Inhalt eines Parteitages werden. Zur Wertschätzung der
10 Mitgliedschaft gehört aber auch, dass man transparent aufzeigt was mit einem Antrag
11 geschieht.

12
13 Deshalb fordern wir:

- 14
- 15 • Die Ersetzung ganzer Antragsgruppen durch Initiativanträge der jeweiligen
16 Parteivorstände sollten die Ausnahme und nicht die Regel sein
- 17 • Initiativanträge des Parteivorstandes sollten mit ausreichendem Vorlauf, z. B.
18 14 Tage, für eine angemessene Vorbereitung den Delegierten zugehen
- 19 • Die Begrenzung der Rolle der Antragskommission und die Abstimmung über
20 jeden einzelnen aufgerufenen Antrag statt über Voten der Antragskommission
- 21 • Priorisierung der zu behandelnden Anträge durch Unterbezirke, Bezirke und
22 Landesverbände zu Beginn eines Parteitages
- 23 • Online Antragssystem, wo online Anträge und Änderungsanträge eingereicht
24 werden können
- 25 • Ein Antragsampelsystem, bei dem man online einsehen kann, was mit einem
26 Antrag bisher geschehen ist
- 27 • Transparente Redner*innenliste aus der sich erkennen lässt, welche*r
28 Redner*in in welcher Reihenfolge drankommt
- 29

30
31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

32 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
33 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

34
35
36 Annahme:

erledigt durch:

37 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

38 Überweisung an:

Nichtbefassung:

39
40
41
42
43 **A 2**

44
45 **(UB Odenwald)**

46
47 **Kultur der personellen Alternative**

48
49 Die SPD setzt sich zum Ziel für zu wählende Ämter und Positionen mehr Kandidaten
50 aufzustellen, als es Ämter und Positionen gibt, um den Mitgliedern/Delegierten die
51 Möglichkeit einer ernsthaften (Aus-)Wahl zu geben und Diskussionen zu ermöglichen.
52 Diese Kultur der personellen Alternative, verbunden mit offener Debattenkultur, wird
53 ausdrücklich von den Vorständen gefördert. Es gibt keine Herabsetzungen oder Kritik
54 in dem Sinne, dass mehrere Kandidaturen die Geschlossenheit der Partei oder
55 ähnliches zunichtemachen würde.

1
2 Dazu werden folgende Maßnahmen ergriffen:
3

- 4 1. Der Vorstand sucht selbst aktiv nach möglichst vielen Kandidaten für zu
5 wählende Ämter. Die Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine werden aufge-
6 fordert, Personalvorschläge zu machen.
- 7 2. Alle Delegierten auf Parteitag der SPD werden frühzeitig, d.h. mindestens
8 zwei Wochen vor dem Parteitag, über die Kandidaturen für zu wählende Ämter
9 informiert.
- 10 3. Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen sich entweder schriftlich oder auf dem
11 Parteitag mündlich vorstellen.

12
13 Begründung:

14
15 Wer eine offene und debattenfreudige Partei möchte, in der innerparteiliche Demo-
16 kratie ernsthaft gelebt wird, der muss den Mitgliedern und Delegierten eine Auswahl
17 ermöglichen und keine Politik der personellen Alternativlosigkeit betreiben. Ein von den
18 Vorständen der Partei geförderter und gewollter Prozess der personelle Alternativen
19 bereitstellt, kann die Partei aktivieren und geeignetes, sowie qualifiziertes Personal
20 hervorbringen. Eine größtmögliche Auswahl an qualifiziertem Personal wird letztlich der
21 SPD zu Gute kommen, da sie sich breit aufstellen kann und in Ausnahmesituationen
22 problemlos qualifiziere personelle Alternativen stellen kann.
23
24

25 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

26 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
27 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**
28

29
30 Annahme:

erledigt durch:

31 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

32 Überweisung an:

Nichtbefassung:
33
34
35
36

37 **A 3**

38
39 **(UB Odenwald)**
40

41 **Frischer Wind in den Strukturen**
42

43 Delegationen auf der Bundes- und Landesebene sind künftig so zu besetzen, dass 25
44 Prozent der Delegierten im Vergleich zum gleichrangigen Parteitag davor neu zu
45 benennen sind. Eine Wiederbesetzung ist für den darauffolgenden Parteitag danach
46 wieder möglich. Ständige Rotationen müssen mit geeigneten Mitteln unterbunden
47 werden.
48

49 Auch in den klassischen lokalen Parteistrukturen vor Ort sollen sich neue Mitglieder in
50 Entscheidungsfunktionen wiederfinden können. Hierfür sollen bei jeder Wahl 25% der
51 Ämter an Mitglieder vergeben werden, die ein Amt auf solch einer Ebene noch nicht
52 über einen längeren Zeitraum (z. B. länger als 12 Monate) ausgeführt haben.
53

54 Begründung:

55
56 Wir wollen die SPD aktiv mit frischen Ideen und Köpfen weiterentwickeln und Möglich-
57 keiten finden Mitgliedern, die in der Vergangenheit noch kein offizielles Amt ausgeübt

1 haben, den Einstieg der Mitgestaltung innerhalb der Parteistrukturen zu erleichtern.
2 Neuen Parteimitgliedern fällt es zunehmend schwer, zu entscheidungsrelevanten
3 Positionen und Gremien Zugang zu erhalten. Hier gilt oftmals das Senioritätsprinzip.
4 Wer am längsten und aktivsten dabei ist, erhält einen Delegiertenlistenplatz oder kann
5 sich im Kreisvorstand engagieren. Hierbei kommen oftmals auch dieselben Berufs-
6 gruppen zum Zuge, da sich ihr Arbeitsalltag am flexibelsten mit Sitzungszeiten vor Ort
7 vereinbaren lässt.

8
9 In der heutigen Zeit, die immer mobiler ist und in der mehrfache studien- und
10 berufsbedingte Umzüge keine Seltenheit mehr sind, haben neue Mitglieder es
11 zunehmend schwer, sich in einer Position als Amtsträger innerhalb der Partei zu
12 engagieren. Dabei benötigen wir frische Ideen und Sichtweisen, um die SPD langfristig
13 erfolgreich aufzustellen.

14
15 Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Diversifikation und frische Ideen stärken
16 sowie neuen Personalien die aktive Mitgestaltung in relevanten Funktionen
17 ermöglichen.

18
19
20 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
21 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
22 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

23
24
25 Annahme: erledigt durch:
26 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
27 Überweisung an: Nichtbefassung:

28
29
30
31 **A 4**

32 **(UB Odenwald)**

33
34 **Offene Fraktions- und Vorstandssitzungen**

- 35
36
37
38 1. Alle SPD-Mitglieder können innerhalb ihres jeweiligen Kreises bzw. ihrer
39 Gemeinde an den Fraktions- und Vorstandssitzungen der SPD teilnehmen.
40
41 2. Die Einladungen zu den jeweiligen Sitzungen werden an alle Mitglieder
42 verschickt und öffentlich in einem Terminplan auf der jeweiligen Homepage
43 bekannt gegeben.
44
45 3. Zudem sollen Fraktions- und Vorstandssitzungen zu arbeitnehmerfreundlichen
46 Zeiten, d.h. um 18/19 Uhr beginnen und nicht unter der Woche morgens,
47 mittags oder nachmittags.
48
49 4. Weiterhin sollten Fraktion und Vorstand sondieren, zu welchen Themen-
50 gebieten sie Fachleute innerhalb der eigenen Kreis-SPD zur Verfügung haben
51 und diese entsprechend auf die Sitzungen einladen.
52

53 **Begründung:**

54
55 Die SPD muss auch innerhalb ihrer Strukturen transparenter und Entscheidungen für
56 die Mitglieder nachvollziehbarer gemacht werden. Durch den Einbezug aller SPD-
57 Mitglieder in Entscheidungsprozesse in Fraktion und Vorstand wird die SPD eine

1 offene Mitmachpartei und Informationen erreichen schneller diejenigen, die auch
2 Interesse haben. Auch Nachwuchs und potentielle neue Mandatsträger können so für
3 die Arbeit innerhalb der SPD begeistert werden. Weiterhin ist es wichtig, dass die SPD
4 ihre Expertise, die in der Mitgliedschaft durchaus vorhanden ist, ausschöpft und
5 dementsprechend Experten aus den eigenen Reihen in die Entscheidungsprozesse
6 einbindet.

7
8
9 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
10 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
11 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

12
13
14 Annahme: erledigt durch:
15 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
16 Überweisung an: Nichtbefassung:
17

18
19
20
21 **A 5**

22
23 **(UB Odenwald)**

24
25 **Bessere Vernetzung mit Bündnispartnern – Öffentliche Sichtbarkeit**

26
27 Die SPD wird Kooperationen mit Akteuren der Zivilgesellschaft forcieren.

28
29 Hierzu zählen Gewerkschaften, Bündnisse gegen rechts, aber auch andere. Koopera-
30 tion mit diesen Bündnispartnern bedeutet ernsthafte Beschäftigung und (in gewissem
31 Maße) Diskussion um die politischen Inhalte mit diesen. Weiterhin ist Ziel der SPD, auf
32 Veranstaltungen, Demonstrationen und Ähnlichem, die von oder mit etwaigen Bündnis-
33 partnern organisiert werden, auch personell präsent zu sein und sich zu beteiligen.

34
35 **Begründung:**

36 In einer Gesellschaft, die immer mehr dazu tendiert nur eigene und persönliche
37 Interessen zu vertreten ist es umso wichtiger mit Bündnispartnern in Kontakt zu treten
38 und den Austausch zu suchen. Dies kann bei der Umsetzung gemeinsamer Ziele von
39 großer Bedeutung sein. Jedoch erfordert dies auch, dass diese Bündnisse immer mehr
40 in den Vordergrund rücken und die Öffentlichkeit dies auch so vermittelt bekommt,
41 sprich, dies auch zur Kenntnis nehmen kann. So wird gewährleistet, dass Interessierte
42 ohne Parteizugehörigkeit auch die Parteiarbeit beobachten können und möglicher-
43 weise eigenes Interesse für eine Mitwirkung entwickeln. Die Unterstützung der
44 Bündnispartner sollte entsprechend auch öffentlich und durch Präsenz gezeigt werden.
45 Will die SPD wieder eine Partei sein, die von einem weiten gesellschaftlichen Spektrum
46 getragen wird, muss sie in Zukunft solche Kooperationen forcieren, um auch Menschen
47 zu erreichen, die keinen direkten Parteikontakt haben.

48
49
50 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

51
52
53 Annahme: erledigt durch:
54 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
55 Überweisung an: Nichtbefassung:
56

1
2 **A 6**

3
4 **(UB Odenwald)**

5
6 **Präsenz vor Ort stärken**

7
8 Die SPD lotet neue Formen der Bürger- und Ortsnähe aus. Hierzu gehören regel-
9 mäßige Kneipentouren, Hausbesuche auch außerhalb des Wahlkampfs, Ortsteil-
10 spaziergänge, Schülerinformation, moderne Veranstaltungsformate oder auch Ortsbe-
11 zogene Straßenfeste/Partys. Der Unterbezirk unterstützt Genossinnen und Genossen
12 bzw. Ortsvereine die solche Wege gehen möchten auch personell. Von Bezirks-,
13 Landes- und Bundesebene müssen entsprechend wieder mehr (finanzielle) Mittel in die
14 Ortsvereine fließen, um diese schlagkräftig zu machen.

15
16 **Begründung:**

17
18 Die SPD muss wieder ständiger und auffälliger vor Ort aktiv sein. Die beschriebenen
19 Maßnahmen sollen ein Anstoß für weitere Ideen sein und haben keinen Anspruch auf
20 Vollständigkeit. Bürgernähe ist nur durch Erreichbarkeit und Nähe zu erzielen.
21 Entsprechend muss die SPD neue Formen der Kommunikation mit den Bürgerinnen
22 und Bürgern ausprobieren und sich unter Umständen von einigen Relikten in Sachen
23 Veranstaltungsführung trennen.

24
25
26 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

27
28
29 **Annahme:**

erledigt durch:

30 **Annahme in geänderter Fassung:**

Ablehnung:

31 **Überweisung an:**

Nichtbefassung:

32
33
34
35
36 **A 7**

37
38 **(UB Odenwald)**

39
40 **Online-Themenforen**

41
42 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-
43 Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen Politik-
44 bereichen (z. B. Arbeit, Umwelt, Digitales) eingerichtet, die jedes Parteimitglied
45 einsehen darf. Jedes Themenforum entscheidet für sich, wie viele Unterforen
46 eingerichtet werden und auch, inwiefern sich diese zeitlich und inhaltlich beschränkt
47 oder unbeschränkt für Nicht-Themenforenmitglieder oder gar Nicht-Parteimitglieder
48 öffnet.

49
50 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten
51 ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-Konfe-
52 renzen, Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.

53
54 Die Themenforen, nicht aber die Unterforen, sind antragsberechtigt für den Bundes-
55 parteitag und stellen Delegierte für den Bundesparteitag, die innerhalb der Foren
56 bestimmt werden. Der Parteivorstand stellt hauptamtliches Personal und Budget bereit,
57 die die Themenforen in organisatorischen und administrativen Belangen unterstützen.

1
2 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch und
3 konzeptionell umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen.

4
5 Begründung:

6
7 Die Möglichkeit der Themenforen wurden bis jetzt nicht so genutzt, dass die Mehrheit
8 der Partei daran teilhaben kann. Die ortsgebundene Arbeit in Ortsvereinen entspricht
9 nicht der Lebensrealität vieler (insbesondere jüngerer) Mitglieder. Viele Mitglieder
10 möchten sich konkret inhaltlich beteiligen.

11
12 Online-Themenforen erfüllen mehrere Zwecke:

13 Sie ermöglichen die Teilhabe an politischen Prozessen direkt ab Beginn der Mitglied-
14 schaft und sind ortsungebunden möglich. Sie zeigen die Kompetenzen innerhalb der
15 Partei auf. Durch die Themenforen werden sich Mitglieder beteiligen, die aufgrund
16 unterschiedlicher Gründe bis jetzt nur passive Mitglieder waren. Sie ermöglichen die
17 Vernetzung von SPD-Mitgliedern über die klassischen regionalen Grenzen hinaus.
18 Online-Themenforen müssen auch mit politischer Macht und Kompetenzen
19 ausgestattet werden, um den Vorwurf der Scheinbeteiligung ausdrücklich zu
20 entkräften. Dies wird durch das Antragsrecht für den Bundesparteitag und dem Stellen
21 von ordentlichen Delegierten sichergestellt. Das deutsche Parteiengesetz ermöglicht
22 ein Fünftel orts-ungebundene Delegierte, wovon die SPD abgesehen vom
23 Parteivorstand, bis jetzt keinen Gebrauch macht.

24
25
26 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

27 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
28 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

29
30
31 Annahme:

erledigt durch:

32 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

33 Überweisung an:

Nichtbefassung:

34
35
36
37
38 **A 8**

39
40 **(UB Odenwald)**

41
42 **Ideenmanagement – gemeinsam innovativ**

43
44 Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mit-
45 glieder, einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden
46 Ideen, welche

- 47
48 - die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb der SPD,
49 - mit der SPD,
50 - die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern
51 - sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit

52
53 vereinfachen oder verbessern. Eingereichte Ideen sind transparent und offen für
54 andere sichtbar und können bewertet und kommentiert werden. Über ein
55 hauptamtlichen Steuerungsteam werden in einem koordinierten Prozess Ideen
56 bewertet, weiterentwickelt und an die IdeengeberInnen zurück kommuniziert.

1 Die Partei garantiert eine Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden
2 Parteigremiums der am besten bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten.

3
4 Begründung:

5
6 Jedes Mitglied hat gute Ideen und kann sie einbringen um die Arbeit der SPD zu
7 verbessern. Wir wollen keine Idee verlieren. Dafür braucht es einen strukturierten und
8 transparenten Prozess, an dem sich alle beteiligen können und der kreative Lösungen
9 herausfiltert.

10
11
12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
13 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
14 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

15
16
17 Annahme: erledigt durch:
18 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
19 Überweisung an: Nichtbefassung:

20
21
22
23
24 **A 9**

25
26 **(UB Odenwald)**

27
28 **Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse**

29
30 Der Parteivorstand erhebt mithilfe einer qualifizierten Studie unter Beachtung der
31 datenschutzrechtlichen Belange, welche Berufe zu welchem Prozentsatz innerhalb der
32 SPD-Mitgliederbasis und der Mandatsträger präsent sind.

33
34 Weiterhin wird erhoben, wie viele Abgeordnete und Angestellte der SPD in weiteren
35 SPD-Funktionen und Gremien sitzen. Diese Studie wird durchgeführt durch die Haupt-
36 amtlichen in der Fläche und zentral zusammengeführt.

37
38 Im Rahmen der Bestandsanalyse werden ebenfalls Interessen, Spezialwissen und
39 Zeitbudgets der Mitgliederbasis abgefragt, so dass auf das Wissen in späteren Projek-
40 ten zugegriffen werden kann. Im Rahmen der Bestandsanalyse werden die Mit-
41 gliederdaten umfassend aktualisiert (eMail etc.).

42
43 Begründung:

44
45 In den relevanten Entscheidungsgremien der SPD sind insbesondere Akademiker-
46 Innen überrepräsentiert. Die SPD aber ist eine Volkspartei, die alle Bevölkerungs- und
47 Berufsgruppen repräsentiert. Um die Interessen der Parteibasis bestmöglich vertreten
48 zu können, möchten wir, dass die Partei langfristig nicht durch akademisch, juristisch
49 geprägte Berufsgruppen dominiert wird, sondern sich die Vielfalt der Berufswelt in der
50 Partei besser widerspiegelt. Dies ist notwendig, um die Lebensrealitäten einer Gesell-
51 schaft im Wandel bestmöglich abzubilden. Angestrebt wird, dass die Mitgliederstruktur
52 sich auch langfristig in den Entscheidungsgremien widerspiegelt. Für eine Organisation
53 ist es unabdingbar zu wissen und zu verstehen, welche Fähigkeit und Spezialwissen
54 innerhalb der Mitgliederbasis vorhanden sind, um deren Wissen und Netzwerke für die
55 Umsetzung von Projekten einsetzen zu können. Mit diesem Wissen kann eine gezielte
56 Ansprache für die Mitarbeit in den Foren der Partei erfolgen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:
Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in
diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

**A 10
(ASF Hessen-Süd)**

Geschlechtergerechte Sitzungsleitung

Die Gestaltung von Sitzungen und Treffen spielt eine zentrale Rolle. Auf vielen Sitzungen und Parteitag erleben wir dominantes Redeverhalten – wir erleben immer wieder, dass oft dieselben (meist) Männer zu Wort kommen. Dies zum Teil auch nach dem Motto „Es ist zwar schon alles gesagt worden, aber noch nicht von mir“. Dies empfinden viele Mitglieder als „Raub von positiver Lebenszeit“.

So ein Handeln, trägt nicht dazu bei, dass Menschen gerne wieder zu unseren Veranstaltungen kommen. Insbesondere auch Neumitglieder können davon abgeschreckt werden. Weiter sind aus Gleichstellungsperspektiven Veränderungen dringend erforderlich.

Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert entsprechende Gremien vor Ort auf, in den jeweiligen Geschäftsordnungen die quotierte Erst-Redner*innenliste aufzunehmen. Dies bedeutet, dass sich nicht nur Frauen und Männer in der Redeliste ablösen, sondern auch die Genoss*innen bevorzugt aufgerufen werden, die bisher noch nicht geredet haben. Über weitere Verbesserungen muss nachgedacht werden.

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:
Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in
diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

1
2 **A 11**

3
4 **(ASF Hessen-Süd)**

5
6 **Geschlechtergerechte Sprache in der SPD umfassend nutzen**

7
8 Für die Gleichstellung aller Geschlechter in allen Lebensbereichen ist die Sprache sehr
9 wichtig. Die geschlechtergerechte Sprache spricht alle Geschlechter an und macht
10 dadurch alle sicht- und hörbar. Dies gilt für die gesprochene und geschriebene
11 Sprache gleichermaßen.

12
13 Auch in der SPD erleben wir immer wieder, dass die Sprache männlich geprägt ist.
14 Häufig wird zum Beispiel der Begriff „Rednerliste“ genutzt – bessere und kürzere Alter-
15 native „Redeliste“.

16
17 Für viele Begriffe, gibt es geschlechtsunabhängige Alternativen anstatt Lehrer/Lehrerin
18 dafür Lehrkräfte, Studentin/Studentin dafür Studierende oder Fachfrau/Fachmann dafür
19 Fachkraft.

20
21 Die ASF Bezirkskonferenz Hessen-Süd fordert den SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd
22 auf, eine Vorschlagsliste für geschlechtergerechte Sprache erarbeiten zu lassen und
23 diese dann vorzulegen.

24
25
26 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

27 **Annahme in geänderter Fassung: Seite 18, Zeilen 21 – 23 werden gestrichen mit**
28 **gleichzeitiger Bitte an die ASF Vorschläge hierzu zu erarbeiten**

29
30
31 Annahme:

erledigt durch:

32 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

33 Überweisung an:

Nichtbefassung:

34
35
36
37
38 **A 12**

39
40 **(ASF Hessen-Süd)**

41
42 **Schaffung einer Ombudsfrau zur Überprüfung der Einhaltung der Quote**

43
44 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den SPD Bezirksvorstand auf, in jedem
45 Unterbezirk eine Ombudsfrau einzusetzen.

46
47 Der jeweilige ASF Unterbezirksvorstand (*1) wird dazu den Personalvorschlag
48 machen. Die Hauptaufgabe der Ombudsfrau ist die Überprüfung der Einhaltung der
49 Quote. Dies gilt bei sämtlichen Listen für anstehende Wahlen – aber auch für bereits
50 bestehende Gremien - u.a. Vorstände auf Ortsvereinsebenen, allen Fraktionsebenen,
51 Aufsichtsrats-positionen, SGK Listen, Mitglieder Landeswohlfahrtverband usw.

52
53 Weiter soll sie für Frauen Anlaufstelle bei vorkommenden Diskriminierungen und
54 Konflikten innerhalb der SPD sein. Hier soll sie qua ihres Amtes - aus neutraler
55 Position heraus - mit den Betroffenen die Situation evaluieren und möglichst klären. Bei
56 Bedarf, wird die SPD professionelle Unterstützung anbieten.

1
2 Begründung:
3

4 Der SPD Bundesparteitag in Münster beschloss am 30.08.1988 die Geschlechterquote
5 (damals noch Frauenquote genannt) von 40%. Die Quotierung bezieht sich
6 insbesondere auf Mehrpersonengremien wie Vorstände, geschäftsführende Vorstände,
7 von Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen.

8 Das Reißverschluss Verfahren zur Aufstellung der Liste für die Bundestagswahl wurde
9 am 4.12.2011 beschlossen. In vielen Bundesländern – unter anderem in Hessen - gilt
10 dies Verfahren auch für die Aufstellung der dortigen Listen.

11 Trotz dieser seit vielen Jahren geltenden Regelung, werden Frauen immer noch nicht
12 konsequent bei der Besetzung der Listen berücksichtigt bzw. das Reißverschluss-
13 verfahren angewendet. In vielen Bereichen der Sozialdemokratie dominieren misogynie
14 (frauenfeindliche) Strukturen, die in einem beträchtlichen Maße Frauen partizipatorisch
15 benachteiligen.

16 Es ist die Aufgabe der jeweiligen Gremien, wie Bezirks- und Unterbezirksvorstände, die
17 satzungskonforme Quotierung der Listen und Delegationen zu überprüfen. Dies ist
18 leider nicht flächendeckend der Fall.

19 Aus diesem Grund muss eine Stabsstelle in Form einer Ombudsfrau geschaffen
20 werden. Diese hat die Aufgabe, Wahlvorschläge für Listen und auch bereits
21 bestehende Gremien/Ämter auf Ihre Quotierung hin zu untersuchen und ggf.
22 Maßnahmen einzuleiten. Eine Maßnahme könnte unter anderem, der "leere Stuhl"
23 sein, den wir auch bei der Besetzung von Aufsichtsräten bei börsennotierten
24 Unternehmen vorsehen.

25 Der Ausschluss vieler Frauen von Ämtern und satzungskonformen Listenplätzen,
26 schlägt sich leider zum Teil auch im persönlichen negativen Umgang mit Frauen
27 nieder, die Interesse an Kandidaturen haben.

28 Im Bezirk Hessen Süd sind etwa zwei Drittel der Mitglieder männlich und nur ein Drittel
29 weiblich. Dese Zahlen lassen vermuten, dass mitunter Frauenbenachteiligende Praxen
30 vorherrschen.

31 Die nicht satzungskonformen Listen und Aufstellungen sind aber nicht die einzigen
32 Gründe dazu. Insgesamt müssen wir darüber nachdenken, wie die SPD Mitgliedschaft
33 und aktive Mitarbeit für Frauen attraktiver gestaltet werden kann.

34 Leider gibt es bisher keine Anlaufstelle für Frauen, die nicht entsprechend satzungsgemäß
35 „behandelt“ werden, um eine Mediation oder eine kritische Reflexion der
36 Konfliktsituation zu erhalten. Viele meiden den Weg zu den Vorständen oder
37 Geschäftsführer*innen der Unterbezirke und/oder der Bezirke, um eine Eskalation zu
38 vermeiden.

39 Die Ombudsfrau soll diese Lücke füllen und eine nicht-institutionalisierte Ansprechpartnerin
40 für die Frauen sein. Ihr wird überdies hinaus die Möglichkeit eingeräumt, als
41 neutrale Instanz bei Konflikten zu vermitteln.

42 Sollte sich trotz Hinweisens auf eine Nichteinhaltung des Reißverschlussverfahrens
43 keine Einsicht der Verantwortlichen einstellen, obliegt es der Ombudsfrau
44 angemessene und von der Sozialdemokratie vorgesehene Sanktionen herbeizuführen.
45 Hier ist die Anfechtung der Liste eine Möglichkeit – dies sollte natürlich durch
46 rechtzeitiges satzungskonformes Handeln vermieden werden.

47 Trotz einer knapp 30 Jahre alten Quotenregelung der Sozialdemokratischen Partei
48 Deutschlands, gibt es noch immer – besonders im ländlichen Raum – subversiv
49 diskriminierende Strukturen, die dringend aufgelöst werden müssen. Auch für dieses
50 Ziel stellt die Installation einer Ombudsfrau einen wichtigen Schritt dar.

51
52 *1 Bei nicht vorhandenen ASF Unterbezirken, tritt der ASF Bezirksvorstand für den
53 Personalvorschlag ein
54
55

1
2 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
3 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit der Maßgabe noch in**
4 **diesem Jahr eine Organisationskonferenz durchzuführen**

5
6
7 Annahme: erledigt durch:
8 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
9 Überweisung an: Nichtbefassung:

10
11
12
13
14 **A 13**

15
16 **(ASF Hessen-Süd)**

17
18 **SPD geht mit gutem Beispiel voran - kein Einwegplastikgeschirr mehr auf**
19 **Parteiveranstaltungen**

20
21 Plastikmüll ist ein riesiges Problem. Die SPD sollte mit gutem Beispiel vorangehen und
22 auf Parteiveranstaltungen, Essen und Getränke nicht mehr in Einweg Plastikgeschirr
23 ausgegeben. Die Möglichkeit der Ausgabe der Getränke in mitgebrachten Gefäßen
24 muss geprüft werden, wenn die Hygiene Vorschriften es ermöglichen.

25 Dies sollte auch als Vertragsbestandteil der Vereinbarung mit den Caterern der
26 jeweiligen Veranstaltungsorte vereinbart werden.

27 Auch die SPD Gliederungen werden aufgefordert, ihre eigenen Feste und Veranstal-
28 tungen ohne Caterer entsprechend so zu organisieren.

29 Wenn Einweg Produkte ausnahmsweise genutzt werden sollten, sollten dies zu
30 mindestens kompostierbare Produkte sein.

31
32 Der SPD Bezirksparteitag fordert alle SPD Gremien auf, entsprechend zu handeln.

33
34 **Begründung**

35 320.000 Einwegbecher aus Pappe pro Stunde werden in Deutschland genutzt. Das
36 entspricht 2,8 Milliarden pro Jahr. Ein großer Teil dieser Becher landet ungeachtet im
37 Müll. 75% der bis zu 10 Millionen Tonnen Müll weltweit, die jährlich in die Meere
38 gespült werden, besteht aus Kunststoff.

39 Nach Angaben des Umweltprogramms der vereinten Nationen (UNEP) treiben
40 inzwischen auf jedem Quadratkilometer Meeresoberfläche bis zu 18.000 Plastikteile
41 unterschiedlichster Größe. Doch was wir sehen ist nur die Spitze des Eisbergs, mehr
42 als 70 Prozent der Abfälle sinken auf den Meeresboden und bleiben unserem Auge
43 verborgen. Plastik ist im Meer nahezu unvergänglich, nur langsam zersetzt es sich
44 durch Salzwasser und Sonne und gibt nach und nach kleinere Bruchstücke an die
45 Umgebung ab. Die Überbleibsel unserer Wegwerfgesellschaft kosten jedes Jahr bis zu
46 100.000 Meeressäuger und eine Million Meeresvögel das Leben. Ein besonderes
47 Phänomen sind die sogenannten Müllstrudel. Hydrographische Wirbel sammeln hier
48 gigantische Müll-teppiche an. Der wohl bekannteste ist der „Great Pacific Garbage
49 Patch“ im Nordpazifik. Er hat inzwischen die Größe Mitteleuropas erreicht.

50
51
52 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

53
54
55 Annahme: erledigt durch:
56 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
57 Überweisung an: Nichtbefassung:

1
2 **A 14**

3
4 **(ASF Hessen-Süd)**

5
6 **Das AGG verbietet Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – diese Regeln müssen**
7 **auch innerhalb der SPD gelten**

8
9 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet sexuelle Belästigung
10 insbesondere in beruflichen Zusammenhängen (§ 2 Abs. 1 Nr. 1–4 AGG). Das Gesetz
11 gibt Beschäftigten Rechte, um sich gegen sexuelle Belästigung zur Wehr zu setzen.
12 Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz können außerordentliche fristlose
13 Kündigungen rechtfertigen.

14 Arbeitgebende sind verpflichtet ihre Beschäftigten aktiv vor sexuelle Belästigung zu
15 schützen.

16 Das Gesetz nennt einige Beispiele sexueller Belästigung wie etwa Bemerkungen
17 sexuellen Inhalts oder Aufforderungen zu sexuellen Handlungen. Es gibt noch einige
18 weitere Formen.

19 Bei sexueller Belästigung können drei Kategorien unterschieden werden: verbale, non-
20 verbale und physische Belästigung – hier eine Übersicht, wie dies u.a. geschehen
21 kann.

22
23 **Verbal**

24 — sexuell anzügliche Bemerkungen und Witze

25 — aufdringliche und beleidigende Kommentare über die Kleidung, das Aussehen oder
26 das Privatleben

27 — sexuell zweideutige Kommentare

28 — Fragen mit sexuellem Inhalt, z.B. zum Privatleben oder zur Intimsphäre

29 — Aufforderungen zu intimen oder sexuellen Handlungen, z.B. „Setz dich auf meinen
30 Schoß!“

31 — sexualisierte oder unangemessene Einladungen zu einer Verabredung

32
33 **Non-verbal**

34 — aufdringliches oder einschüchterndes Starren oder anzügliche Blicke

35 — Hinterherpfeifen

36 — unerwünschte E-Mails, SMS, Fotos oder Videos mit sexuellem Bezug

37 — unangemessene und aufdringliche Annäherungsversuche in sozialen Netzwerken

38 — Aufhängen oder Verbreiten pornografischen Materials

39 — unsittliches Entblößen

40
41 **Physisch**

42 — jede unerwünschte Berührung (Tätscheln, Streicheln, Kneifen, Umarmen, Küssen),
43 auch wenn die Berührung scheinbar

44 zufällig geschieht

45 — wiederholte körperliche Annäherung, wiederholtes Herandrängeln, wiederholt die
46 übliche körperliche Distanz (ca. eine Armlänge) nicht wahren

47 — körperliche Gewalt sowie jede Form sexualisierter Übergriffe bis hin zu
48 Vergewaltigung

49
50 Was am Arbeitsplatz gilt, sollte überall anders gelten – natürlich auch insbesondere
51 innerhalb der SPD. Auch wir müssen unsere Mitglieder aktiv vor sexueller Belästigung
52 schützen.

53
54 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den SPD Bezirksvorstand Hessen-Süd
55 auf, entsprechende Regeln einzuführen, dass sexuelle Belästigung innerhalb der SPD
56 nicht hingenommen wird und parteirechtliche Folgen haben wird.

1
2 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

3 **Annahme in geänderter Fassung: Seite 21, Zeilen 54 – 56 in folgender**
4 **Neufassung: Der Bezirksvorstand Hessen-Süd wird aufgefordert einen**
5 **entsprechenden Leitbildprozess zu starten, um zu betonen, dass sexuelle**
6 **Belästigung innerhalb der SPD nicht hingenommen wird, sowie eine**
7 **Ansprechperson im Bezirksvorstand zu benennen.**

8
9
10 Annahme:

erledigt durch:

11 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

12 Überweisung an:

Nichtbefassung:

13
14
15
16
17
18 **A 15**

19
20 **(UB Offenbach-Stadt/AsF Hessen-Süd)**

21
22 **Angebot des SPD-Shops weiblicher machen**

23
24 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, das Angebot des SPD-Shops „weiblicher“
25 zu machen. Auch von weiblichen historischen Vorbildern der SPD (wie zum Beispiel
26 Elisabeth Selbert, Luise Zietz oder Regina Hildebrandt) sollte es Großplakate, Tassen
27 und weitere Give-aways mit ihren Zitaten geben.

28
29 Begründung:

30
31 Sieht man sich im SPD-Shop einmal um, macht es den Eindruck, die SPD habe keine
32 maßgeblichen Politikerinnen in der Geschichte der Partei gehabt. Man findet viel von
33 Willy Brandt, Herbert Wehner Helmut Schmidt und Gerhard Schröder. Wenn man
34 jedoch nach Artikeln über sozialdemokratischen Politikerinnen sucht, findet man wenig,
35 vielleicht noch Ruth Brandt, wie sie ihrem Mann die Krawatte bindet. Weibliche
36 Vorbilder in der SPD sind höchstens auf kleinen Postkarten zu finden und
37 konzentrieren sich auf die derzeitigen weiblichen Ministerinnen.

38 Dabei hatte die SPD auch in der Vergangenheit viele Frauen in ihren Reihen, die die
39 SPD und das Land Deutschland geprägt haben.

40 Die Frage der Bilderrechte sollten kein Problem sein, denn die Friedrich-Ebert-Stiftung
41 hat über diese Frauen bereits ein Buch mit zahlreichen Bildern verfasst.

42 Wenn wir Frauen als Wählerinnen und Neumitglieder gewinnen wollen, wenn wir
43 unsere weiblichen Parteimitglieder motivieren wollen, aktiver zu werden - dann gehört
44 auch das Bild, das wir uns als SPD selber geben dazu.

45
46
47 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

48
49
50 Annahme:

erledigt durch:

51 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

52 Überweisung an:

Nichtbefassung:

1
2
3 **Antragsgruppe B**
4 **Wirtschaft - Finanzen**
5

6
7
8
9 **B 1**

10
11 **(AGS Hessen-Süd)**

12
13 **Besteuert Daten und künstliche Intelligenz (AI) - nicht die menschliche Arbeit!**
14

15 Das deutsche Steuerrecht muss auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Künftig
16 sollen auch und vor allem die Wertschöpfungsquellen der digitalen Wirtschaft die Basis
17 für die Besteuerung werden, anstatt weiter vor allem auf das Arbeitseinkommen
18 abzuheben und Unternehmensgewinne (insb. der transnationalen Konzerne sowie
19 Börsenumsätze) eher zurückhaltend zu besteuern.

20 Um sicherzustellen, dass diese Steuern auch tatsächlich entrichtet werden, müssen wir
21 eine einheitliche Steuerpolitik (Steuerkorridore) auf europäischer Ebene anstreben, die
22 die vorhandenen Steuerschlupflöcher stopft. Ist dies nicht möglich, ist eine praktikable
23 Lösung auf nationaler Ebene zu finden.
24

25 **Begründung**
26

27 Das Steuerrecht in vielen Industrieländern basiert im Wesentlichen noch auf dem Wirt-
28 schaftsbild des 19. Jahrhunderts: Belastet werden vor allem Arbeitseinkommen,
29 Firmengewinne und Warenumsätze. Die bisherige Steuerpolitik hat durch die
30 Besserbehandlung von Kapital- gegenüber Arbeitserlösen sogar die soziale
31 Ungleichheit verstärkt.

32 Die Technologiekonzerne der Welt sind längst eine Milliardenindustrie, die Daten
33 (weitgehend ohne dafür zu bezahlen) sammelt, aufbereitet, nutzt und verkauft.
34 Zugleich gibt es die Sorge, dass im Digitalzeitalter viele Menschen ihre angestammte
35 Tätigkeit nicht mehr ausüben können, weil der Einsatz von Computern und AI
36 Maschinen ihre Jobs besser und billiger erledigt. Hier wird die Gesellschaft unter
37 engagierter Mitwirkung der SPD umfassende neue Strukturen der Weiterbildung, der
38 Versorgung und der sozialen Sicherung entwickeln müssen, um diesen Wandel
39 abzufedern.
40

41 Angesichts dieser Entwicklung und um die notwendige Finanzierung der
42 Staatsaufgaben auf gerechter Basis sicherzustellen, muss das Steuersystem auf neue
43 Beine gestellt werden. Die Unternehmensgewinne, die unter Nutzung von Computern,
44 Daten, etc. ohne menschliche Arbeitskraft erzielt werden, müssen wesentlich stärker
45 als bisher in Deutschland besteuert werden.

46 Da einerseits Daten die kostenlose Handelsware des 21. Jahrhunderts sind und
47 andererseits menschliche Arbeit immer schwerer bezahlbar wird, wirft das nicht nur
48 Fragen nach dem Schutz der Privatsphäre und neuen Formen der
49 Einkommenssicherung auf. Vielmehr muss der Staat auch beantworten, wie er sich
50 angesichts einer erodierenden Steuerbasis in Zukunft finanzieren will.

51 Die Digitalwirtschaft verschärft das Problem noch, denn sie beraubt nicht nur
52 Menschen ihrer Arbeit und Staaten ihrer Steuerzahler, sondern schafft auch ein
53 Tauschsystem, das für den Fiskus kaum greifbar ist. Denn die Internetfirmen kaufen
54 persönliche Daten nicht bei den Besitzern ein, sie erhalten sie vielmehr kostenlos, weil
55 sie im Gegenzug ebenso kostenlose Apps oder Dienste anbieten.

1 Der Staat, der sonst auf jeder Wertschöpfungsebene Steuern erhebt, ist so außen vor.
2 Schätzungen zufolge sind die persönlichen Daten, die ein Mensch den Konzernen pro
3 Monat schenkt, bis zu 80 Dollar wert.

4 Die Staaten müssen auf diese Veränderungen reagieren und das Steuerrecht auf eine
5 ganz neue Basis stellen. Statt weiter vor allem auf das Arbeitseinkommen abzuheben,
6 sollten künftig auch Gewinne aus Datentransfers und der Einsatz von AI besteuert
7 werden.

8
9 Kombiniert mit einer adäquaten Belastung von Kapitalerträgen und von Vermögen
10 sollte auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme eingeführt werden, die die
11 einseitige Belastung der Arbeit durch eine Belastung der gesamten Erträge von
12 Unternehmen ablöst.

13 Das klingt zunächst nach einem kulturellen Rückschritt. Der Vormarsch der effizienten
14 Maschinen wird durch die Steuerpolitik mglw. verlangsamt. Doch nicht nur
15 Pflegebedürftige dürften sich freuen, wenn sie statt von effizienten Robotern auch in
16 Zukunft von ineffizienteren, dafür aber mitfühlenden und -denkenden Menschen
17 versorgt werden.

18 Dass der Staat bisher nicht gegenlenkt, ist außer mangelndem Veränderungswillen vor
19 allem der anhaltend guten Konjunktur geschuldet, welche die Steuererlöse sprudeln
20 lässt und längst absehbare strukturelle Probleme noch verdeckt. Doch die Kombination
21 aus alternder Gesellschaft, sinkender Erwerbsfähigkeitszahl, Maschinisierung und
22 letztlich vollständiger Digitalisierung der Wirtschaft wird eine Reform erzwingen. Je
23 eher der Staat diese Herausforderung angeht, desto besser.

24
25
26 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
27 **Zurücküberweisung an Antragsteller/in mit der Bitte zur weiteren Ausarbeitung**
28 **den AK Digitalisierung und die AsJ Hessen-Süd hinzuzuziehen.**

29
30
31 Annahme: erledigt durch:
32 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
33 Überweisung an: Nichtbefassung:
34
35
36
37

38 **B 2**

39 **(AGS Hessen-Süd)**

40 **Erleichterungen im Umsatzsteuerrecht bei Schwellenwertüberschreitungen in** 41 **der EU für den mittelständischen E-Commerce.**

42 Die SPD möge darauf hinwirken, dass für den E-Commerce eine Erleichterung
43 hinsichtlich der Handhabbarkeit bei Schwellenwertüberschreitungen im
44 Umsatzsteuerrecht verankert wird.

45 In diesem Zusammenhang möge geprüft werden,

- 46 - ob z.B. eine Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Schwellenwerte
47 sinnvoll sein kann,
- 48 - oder auf nationaler oder EU-Ebene eine zentrale Stelle geschaffen werden
49 kann, die die Umsatzsteuerermeldungen und – zahlungen aus
50 grenzüberschreitenden Umsätzen bündelt,
- 51 - oder eine sonstige handhabbare Möglichkeit zum Schutz der kleinen und
52 mittleren Unternehmen (KMUs) zu installieren ist.

1
2 Begründung:
3

4 Zum Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wurden Schwellenwerte für
5 Lieferungen in die jeweiligen EU-Länder geschaffen. Erfreulicherweise haben die KMU
6 hier in den letzten Jahren nicht nur Fuß gefasst, sondern einen großen Teil des
7 Marktgeschehens erobern können und so das Zusammenwachsen Europas forciert.
8 Allerdings wurde die für den wirklich freien Handel notwendige Harmonisierung des
9 EU-Steuerrechtes noch nicht in ausreichendem Maße vollzogen. Dies bedeutet für die
10 KMU ein hohes finanzielles Risiko und einen oft kaum zu bewältigenden Kosten- und
11 Zeitaufwand. Dies ist darin begründet, dass bei Überschreitung des jeweiligen
12 Schwellenwertes im Laufe des Jahres für alle Umsätze (ab dem Zeitpunkt der
13 Schwellenüberschreitung) auf alle vorherigen Rechnungen des Kalenderjahres nicht
14 mehr der Umsatzsteuersatz des Ursprungslandes, sondern der des jeweiligen EU-
15 Ziellandes anzuwenden ist.

16
17 Die Überprüfung des Schwellenwertes ist für jeden einzelnen EU-Staat vorzunehmen,
18 wie die Beispiele von **Schwellenwerten** zeigen:

- 19 • 35.000 EUR für Österreich, Belgien, Ungarn, Italien, Spanien
- 20 • 35.935 EUR für Polen und Schweden
- 21 • 37.508 EUR für Dänemark
- 22 • 84.541 EUR für Großbritannien
- 23 • 100.000 EUR für Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Niederlande.

24
25 Hieraus ergibt sich, dass

- 26 - rückwirkend für das laufende Jahr der Umsatzsteuerausweis für alle Rech-
27 nungen, die das Lieferland betreffen, korrigiert werden muss, da die USt (Um-
28 satzsteuer)-Sätze in den einzelnen Staaten zum Teil weit voneinander ab-
29 weichen. Auch fallen erhebliche Steuerberatungskosten in jedem Land an.
- 30 - das Unternehmen daher die bereits getätigten USt-Meldungen für jeden Monat
31 korrigieren und die Differenz von seiner Finanzbehörde für diese Fälle zurück-
32 fordern muss.
- 33 - im entsprechenden Lieferland eine Steuernummer beantragt werden muss. Als
34 Beispiel möge dienen, dass man z.B. in Spanien eine Steuernummer nur erhält,
35 wenn man in Spanien ein Bankkonto besitzt. Aber um dieses spanische Bank-
36 konto eröffnen zu können, benötigt man wiederum eine spanische Steuer-
37 nummer. Erfahrungsgemäß kann das bis zu einem Jahr dauern. Ohne Steuer-
38 nummer ist eine USt-Meldung nicht möglich. Das hätte dann eine Fristver-
39 säumnis zur Folge, die mit Säumnisgebühren belegt werden muss. Die dann
40 nicht getätigte Zahlung wird ebenso mit einem Verspätungszuschlag geahndet.
- 41 - In jedem Land sind eigene Meldefristen- und Meldezeiträume gesetzlich
42 verankert und ebenso, wie oben bereits erwähnt, unterschiedliche USt-Sätze.

43
44 Bei alledem ist zu bedenken, dass bei dem ursprünglichen Kaufvertrag (VOR der
45 Schwellenwertüberschreitung) der Steuersatz des Ursprungslandes in Rechnung
46 gestellt wurde. Erhöht sich dieser USt-Steuersatz durch die
47 Schwellenwertüberschreitung, ist der Steuersatz des Ziellandes verpflichtend. Eine
48 Differenz zu Ungunsten des Lieferanten ist von ihm (z.B. dem E-Commerce-Händler)
49 selbst zu tragen. Das schlägt sich bei der Rendite des jeweiligen Geschäfts nieder und
50 kann im Vorhinein nicht kalkuliert werden, denn am Jahresanfang ist noch nicht
51 abzusehen, wie sich der Umsatz im entsprechenden Zielland entwickeln wird.

52
53
54 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

55 **Annahme und Weiterleitung an die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament**
56 **sowie die SPD-Bundestagsfraktion**
57

- 1
- 2 Annahme:
- 3 Annahme in geänderter Fassung:
- 4 Überweisung an:
- 5
- 6

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

Antragsgruppe C

Sozialpolitik

C 1

(Jusos Hessen-Süd)

SPD erneuern: Für eine inhaltliche Neuaufstellung

Seit der Bundestagswahl diskutiert die SPD unter dem Stichwort "Erneuerung" über die inhaltliche, organisatorische und personelle Neuaufstellung der SPD.

Die Mitglieder haben mehrheitlich entschieden, diesen Prozess aus der großen Koalition heraus zu organisieren. Innerhalb und außerhalb der SPD wird jetzt zurecht erwartet, dass dieser Erneuerungsprozess nun konkret ausgestaltet wird.

Inhaltlich muss die SPD klären, wie sie die rasanten Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft positiv gestalten will. Abstiegsängste, die sich bis tief in die Mittelschicht festgesetzt haben, muss sie mit der Stärkung von Mitbestimmung, sozialem Fortschritt, der Modernisierung der Sicherungssysteme und einer Vision davon, wie wir künftig leben und arbeiten werden, beantworten. Fehler in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Vergangenheit müssen mit den richtigen Weichenstellungen für die Zukunft korrigiert werden.

Die Debatte um die inhaltliche Neuaufstellung der SPD muss offen innerhalb und außerhalb der Partei mit Vorfeldorganisationen, Bündnispartner*innen und Multiplikator*innen geführt werden.

Folgende nicht abschließende Eckpunkte stehen dabei für die neue SPD:

Auch im digitalen Wandel: Sichere Arbeit und faire Löhne statt prekäre Jobs

Als Partei der Arbeit müssen wir die Arbeitsgesellschaft der Zukunft positiv gestalten. Die Veränderungen in der Arbeitswelt dürfen wir nicht den Kräften des Marktes oder den Regeln der Stärkeren überlassen. Viele verbinden mit der Zukunft Prekarisierung und Entmenschlichung von Jobs, Arbeitsplatzverlust, Abbau der sozialen Absicherung, Einschnitte in der Mitbestimmung, weniger Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand. Solchen Dystopien müssen wir mit positiven Gegengewichten entgegentreten.

- **Arbeitsversicherung und Chancenkonto einführen**

Beschäftigte, die sich den Veränderungen stellen, brauchen Förderung und staatliche Unterstützung statt sozialen Druck. Deswegen muss die SPD den Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung konsequent weitergehen. Diese muss konkrete Leistungen auch für Beschäftigte anbieten. Dazu gehört auch ein wieder aufladbares Chancenkonto, mit dem Beschäftigte Unterbrechungszeiten und Qualifizierungsphasen finanzieren können. Die Veränderungen in der Arbeitswelt werden weniger als Bedrohung empfunden, wenn Beschäftigte hinreichend abgesichert sind.

- **Beschäftigteninteressen im digitalen Kapitalismus schützen**

Die rechtliche Absicherung der Interessen der Beschäftigten muss auch im digitalen Kapitalismus ein Gegengewicht zur Macht der Arbeitgeber bilden.

1 Dafür brauchen wir insbesondere ein umfassendes Mitwirkungs- und
2 Initiativrecht im Bereich der Digitalisierung für Betriebsräte. Die örtliche
3 Zuständigkeit von Betriebsräten über das Territorialprinzip muss ausgeweitet
4 werden, damit rechtliche Standards nicht grenzüberschreitende Digitalisierung
5 unterwandert werden. Im Arbeitsrecht muss die Durchsetzung von
6 Datenschutzvorschriften über ein Sonderkündigungsrecht für Betroffene und ein
7 Verbandsklagerecht erleichtert werden (zugunsten von Einrichtungen,
8 Organisationen oder Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die im
9 Bereich des Schutzes der Rechte und Freiheiten von betroffenen Personen
10 tätig sind).

11
12 ● **Leih- und Zeitarbeit eindämmen**

13 Der Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit muss entschieden bekämpft werden.
14 Zwei-Klassen Belegschaften und die dauerhafte Ausbeutung über Leih- und
15 Zeitarbeitsfirmen darf sich für den Arbeitgeber nicht lohnen. Deswegen muss es
16 gleiche Anstellungsbedingungen für die Stammebelegschaft und entlehene
17 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem ersten Tag geben.
18 Kettenbefristungen für Arbeitsplätze müssen unabhängig von der konkreten
19 Person des Beschäftigten verboten werden.

20
21 ● **Normalarbeitszeit verkürzen, Arbeitszeitgestaltung flexibilisieren**

22 Arbeitsverdichtung, Erschöpfung, Millionen von Überstunden bundesweit und
23 immer weniger Zeit für Freizeit, Ehrenamt und Familie verlangen nach einer
24 Neuorganisation der Arbeitszeit. Die frühere Familienministerin Schwesig
25 brachte eine 32-Stunden-Woche ins Gespräch. Die IG Metall hat die Arbeits-
26 zeitthemen zu einem Hauptkonfliktpunkt ihrer aktuellen Tarifikampagne
27 gemacht. Die Normalarbeitszeit muss kürzer werden um mehr Freiräume zu
28 schaffen. Gleichzeitig trägt eine kürzere Vollzeit bei Lohnausgleich dazu bei,
29 Arbeit auch bei sinkendem Arbeitsvolumen gerechter zu verteilen. Arbeitszeit-
30 flexibilisierung darf keine Einbahnstraße sein. Wir müssen die Interessen der
31 Beschäftigten für die Arbeitszeitwahl rechtlich absichern. Gesetzlich geregelt
32 werden müssen das Recht auf Bildungsteilzeit, das Recht zur verkürzten
33 Vollzeit, verbindliche Vorgaben für mobile Arbeit und die Pflicht zur Erfassung
34 von Arbeitszeiten sowie der Schutz vor ihrem Verfall müssen mit Freiräumen für
35 tarifliche Abweichungen.

36
37 ● **Soziales und ökologisches Wirtschaften bei Auftragsvergabe fördern**

38 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dürfen keine Anreize für Niedriglöhne und
39 Ausbeutung gesetzt werden. Vergabegesetze müssen die Auftragsvergabe
40 stärker an soziale und ökologische Kriterien wie Tarifbindung, Ausbildungs-
41 quote und nachhaltige Produktion statt an den billigsten Preis koppeln. Gerade
42 mit dem hohen öffentlichen Auftragsvolumen haben die Kriterien für die
43 öffentliche Auftragsvergabe ein starkes Gewicht.

44
45 ● **Mindestlohn erhöhen**

46 Die Lohnuntergrenze in Gestalt des gesetzlichen Mindestlohns muss auch zu
47 einer auskömmlichen Rente führen. Dazu braucht es eine drastische Anhebung
48 des Mindestlohns. Die von Olaf Scholz angeführte Höhe von 12 EUR / Stunde
49 erscheint derzeit geeignet. Sie muss sich künftigen Preis- und Lohnentwick-
50 lungen anpassen.

51
52 **Auskömmliche Renten statt Altersarmut**

53 Wertschätzung für gute Arbeit und Renten, von denen man auch in der Stadt leben
54 kann, sind zwei Seiten einer Medaille. Deswegen hat die Bekämpfung von Altersarmut
55 für uns eine hohe Priorität. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht auf
56 Grundsicherung fallen. Gleichzeitig kann es angesichts unterschiedlicher Ausbildungs-

1 dauern und körperlichen Anforderungen von Berufsbildern kein starres Renten-
2 eintrittsalter für alle geben.

3
4 ● **Frauen und Altersarmut**

5 Gerade bei Frauen, die häufig Brüche in ihrem Arbeitsleben haben und / oder
6 über lange Zeiträume in Teilzeitbeschäftigungen arbeiten, lässt sich das Thema
7 "Altersarmut" nicht ohne höhere Beitragsleistungen in der Einzahphase lösen.
8 Deswegen ist der Rückkehranspruch in Vollzeit auch ein wichtiger Beitrag
9 gegen Altersarmut. Darüber hinaus braucht es für kleine Einkommen mit
10 reduzierten Sozialabgaben Steuerzuschüsse in die Rentenkasse. Verminderte
11 Beiträge dürfen nicht zu verminderten Rentenbezügen führen.

12
13 ● **Bedarfsunabhängige Mindestrente einführen**

14 Für langjährige Beschäftigte muss es eine bedarfsunabhängige Mindestrente
15 geben. Langjährig meint 35 Beitragsjahre oder vergleichbare Anrechnungs-
16 zeiten wie häusliche Pflege. Die Gestaltung der Grundrente muss anerkennen,
17 dass Antragstellende in ihrem Arbeitsleben erhebliche Leistungen erbracht
18 haben. Sie muss deswegen deutlich (mind. 10 %) über der Grundsicherung
19 einschließlich Wohnkosten liegen und darf nicht vom Ersparten abhängig sein.

20
21 ● **Umverteilung zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen in der Rente**

22 Die Spreizung der Einkommen liegt heute anders als bei Schaffung der Sozial-
23 systeme so weit auseinander, dass eine solidarische Alterssicherung ohne
24 Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung kaum denkbar ist. Gleichzeitig
25 sind die Verdienstquellen vielfältiger. Daran muss sich die Rentenversicherung
26 anpassen. Deswegen braucht es eine Einbeziehung aller Einkunftsarten in die
27 Rentenversicherung, die Aufhebung der Bemessungsgrenze und gleichzeitig
28 eine Begrenzung der Rentenbezüge durch eine Deckelung oder einen
29 degressiven Effekt um kleine und mittlere Renten zu stärken.

30
31 ● **Starres Renteneintrittsalter verhindern**

32 Nicht jede Ausbildung dauert gleich lang. Nicht jedes Berufsbild ist körperlich
33 gleich fordernd. Deswegen kann es auch kein starres Renteneintrittsalter für
34 alle geben. Wir müssen an der abschlagsfreien Rente für langjährige
35 Beschäftigte mit 45 Beitragsjahren oder gleichrangigen Anrechnungszeiten wie
36 häusliche Pflegeleistungen festhalten.

37
38 **Chancen statt Hartz IV**

39 Mit der Einführung des Arbeitslosengeld I und II hat die SPD in der Sozialpolitik vor
40 allem den Aspekt des Forderns unterstrichen und den sozialen Druck auf Viele erhöht.
41 Der Begriff Hartz IV steht heute für Armut, Stigmatisierung und fehlende Teilhabe. Es
42 ist Zeit für eine soziale Agenda. Für eine aktivierende Sozialpolitik muss es
43 insbesondere eine Perspektive für Langzeitarbeitslose in die Selbstbestimmtheit
44 geben. Abstiegängste müssen gemindert werden indem Lebensleistungen für den Fall
45 der Arbeitslosigkeit stärker gewürdigt werden. Und gerade im Wandel der Arbeitswelt
46 muss das soziale Netz für Arbeitslose, die sich auf Veränderungen einlassen und
47 weiterbilden, breiter aufgestellt werden.

48
49 ● **Arbeitslosengeld I für Qualifikationsphasen verlängern**

50 Menschen, die sich nach Arbeitsplatzverlust weiterqualifizieren um auf dem sich
51 verändernden Arbeitsmarkt Anschluss zu finden, müssen über das Arbeits-
52 losengeld I künftig stärker unterstützt werden. Die von Bundesarbeitsministerin
53 Nahles entwickelte Verlängerung der Bezugsdauer für Qualifizierungsphasen
54 (Arbeitslosengeld Q) ist hierfür ein geeigneter Schritt. Auch mit diesem
55 Instrument werden wir aktivierende und fördernde Sozialpolitik stärken und
56 Abstiegängste abbauen.

1 • **Solidarisches Grundeinkommen schaffen**

2 Erwerbsarbeit steht in unserer Gesellschaft nicht nur für den Lebensunterhalt
3 sondern für eine Aufgabe, die Millionen von Langzeitarbeitslosen verwehrt ist.
4 Deswegen brauchen wir ein solidarisches Grundeinkommen. Hinter dem Modell
5 der Berliner SPD, das mittlerweile vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
6 unterstützt wird, steht ein Rechtsanspruch auf Arbeit. Mittel aus der
7 Verwaltung von Arbeitslosen werden gebündelt, um freiwillige, sozialversicherungspflichtige
8 und unbefristete Arbeitsplätze auf Mindestlohnbasis zu schaffen.
9 Langzeitarbeitslose übernehmen dabei gemeinnützige Aufgaben, die sonst
10 nicht für Kommunen finanzierbar sind (bspw. in Vereinen, für Alleinerziehende,
11 Mobilitätseingeschränkte, bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften oder
12 in der Flüchtlingshilfe). Das solidarische Grundeinkommen schafft so Perspektiven
13 aus der Langzeitarbeitslosigkeit und stärkt die öffentliche Daseinsvorsorge.
14

15
16 • **Schonvermögen erhöhen**

17 Das Schonvermögen für Arbeitslosengeld II muss drastisch erhöht werden. Nur
18 einem Bruchteil der Antragstellenden, die das Arbeitslosengeld II beantragen,
19 nutzt das Schonvermögen. Die Übrigen müssen ihr Erspartes aus jahrelangen
20 Arbeitsleistungen aufbrauchen, bis sie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II
21 geltend machen können. Das geringe Schonvermögen hat zu den Abstiegsängsten
22 unter Beschäftigten mit beigetragen. Lebensleistungen müssen künftig
23 stärker berücksichtigt werden.
24

25 • **Kindergrundsicherung einführen, Bildungschancen stärken**

26 Die Chancen von Kindern sind extrem ungleich verteilt. Begünstigt wird dies
27 dadurch, dass Kinder weniger finanziell gefördert werden, je schlechter die
28 Erwerbssituation ihrer Eltern ist. 2,8 Millionen Kinder, das ist jedes fünfte, gelten
29 als arm. Deswegen brauchen wir eine Kindergrundsicherung, die sich am
30 Existenzminimum von Kindern ausrichtet. Darüber hinaus müssen wir uns auf
31 allen Ebenen dafür einsetzen, Bildung und Betreuung einschließlich aller
32 Nebenkosten wie Lernmittel, Klassenfahrten und gemeinsames Essen kostenfrei
33 zu stellen um allen Kindern Teilhabe zu garantieren.
34
35

36 **Investitionen statt schwarze Null**

37 Über Jahre war die deutsche Finanzpolitik von der Schuldenbremse und der
38 schwarzen Null geprägt. Auch die SPD hat diese Begriffe mantraartig vor sich
39 hergetragen und Verteilungskonflikte aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt. Die
40 schwarze Null ist kein finanzpolitisches Programm. Für die großen Investitionsbedarfe
41 bei Bildung und Infrastruktur müssen wir künftig die staatliche Einnahmeverantwortung
42 stärken und die Lastenverteilung gerechter ausgestalten.
43

44 • **Öffentliche Investitionsquoten erhöhen**

45 Seit Jahren gehen öffentliche Investitionsquoten zurück. Marode Infrastruktur
46 und Rückstand in technologischen Fragen sind die Folge. Die öffentlichen
47 Investitionsquoten müssen nachhaltig steigen. Insbesondere Niedrigzinsphasen
48 müssen genutzt werden um Sanierungsrückstände anzugehen. Gleichzeitig
49 muss die öffentliche Hand finanzielle Polster schaffen um bei schlechter
50 Konjunktur Aufträge zu vergeben und Beschäftigungsschübe auszulösen.
51

52 • **Vermögen stärker besteuern**

53 400 Milliarden werden jährlich vererbt. Nicht einmal 2 % Steuern fallen darauf
54 an. Demgegenüber hängt die Hauptlast in der Finanzierung des Sozialstaats an
55 der arbeitenden Mitte. Das müssen wir ändern. Großvermögen müssen für die
56 Finanzierung des Gemeinwesens künftig einen höheren Beitrag leisten. Dafür

1 brauchen wir die Besteuerung von Großvermögen bzw. Großerbschaften
2 reformieren.
3
4

5 **Nachhaltige Industriepolitik statt Umweltromantik**

6 Als Industriepartei müssen wir die ökologische Dimension des Wirtschaftens
7 mitdenken. Unsere Maxime ist, Wohlstand ressourcen- und umweltschonend zu
8 mehren und gerecht zu verteilen. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist für
9 uns Teil der sozialen Frage. Dabei setzen wir insbesondere auf die Förderung
10 moderner Technologien und Standortbedingungen ein, unter denen ökologisch
11 wertvolle Industrie-produktion erhalten bleiben kann. Das unterscheidet uns von
12 anderen Parteien wie Bündnis90 / Die Grünen. Wir stehen für nachhaltige
13 Industriepolitik statt Umweltromantik. Die dezentrale Energie- und Verkehrswende
14 müssen wir als Leuchtturmprojekte konsequent vorantreiben.
15

16 ● **dezentrale Energiewende**

17 Der dezentralen Energiewende müssen wir mit verlässlicher Einspeisever-
18 gütung, mit Planungssicherheit für kleine Investoren und mit der Ausweisung
19 weiterer Flächen auch gegen Widerstände der Energielobbyisten wieder neue
20 Impulse verleihen. Hermann Scheer hat mit dem Gesetz für Erneuerbare
21 Energien die Demokratisierung des Energiesektors massiv vorangetrieben und
22 dabei gleichzeitig den Anteil sauberer Energie an der Stromerzeugung massiv
23 erhöht. Regionale Wertschöpfung, die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen
24 für Bau und Wartung von kleinen Anlagen und der Ausstieg aus der fossilen
25 Energieversorgung gehören zusammen. Dieser Wandel ist durch die Knappheit
26 der Vorrangflächen an Land und die Einschränkung bei der Vergütung, die im
27 Ergebnis nur die großen Versorger begünstigt, ins Stocken geraten.
28 Zentralistische Entwicklungen müssen wir stoppen: Sie verdrängen kleine
29 Investoren wieder aus dem Markt und schränken den Wettbewerb ein. Sie sind
30 wirtschaftspolitisch nicht förderlich, weil sie die Regionen wieder von der Wert-
31 schöpfungskette abkoppeln. Und sie sind nicht nachhaltig, weil sie auf die
32 Errichtung überflüssiger, und regelmäßig auch ökologisch fragwürdiger, Netz-
33 und Transportstrukturen angewiesen sind. Strom soll tendenziell da erzeugt
34 werden, wo er gebraucht wird.
35

36 ● **Verkehrswende**

37 Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch. Elektromobilität ist, ob batterie- oder
38 stromnetzbetrieben oder sogar auf Wasserstoffverbrennung basierend, der
39 Schlüssel für saubere Innenstädte. Und sie wird vollständigen Ausstieg aus der
40 fossilen Energieversorgung beschleunigen, weil Über- und Unterkapazitäten
41 der Stromversorgung mit intelligenten Mobilitätskonzepten ausgeglichen
42 werden können. Um solche Wechselwirkungen zu nutzen müssen wir die
43 Elektromobilität massiv ausbauen. Es braucht öffentlich-rechtliche
44 Unterstützung für den Aufbau von Batterieproduktion und Ladeinfrastruktur um
45 der Industrie Schub zu verleihen. Abgekoppelte Schienenstrecken sind wieder
46 zu elektrifizieren. In den Innenstädten brauchen wir große Umrüstprogramme
47 für kommunale Omnibusverkehre, die auf Verbrennungsmotoren basieren.
48 Gleichzeitig muss die Forschungsförderung ausgebaut werden um die bisher
49 ökologisch nicht zufriedenstellenden Lebenszyklusbilanzen der Fahrzeuge zu
50 verbessern.
51

52 ● **Standort stärken statt Probleme verlagern**

53 Energie- und Verkehrswende stehen gleichermaßen für eine ökologisch
54 wertvolle Industriepolitik. Unser Ziel muss es sein, Arbeitsplätze in diesen
55 Bereichen zu erhalten und auszubauen. Der Schutz der Umwelt und der
56 natürlichen Lebensgrundlagen muss dabei kein Widerspruch sein, wenn ein
57 Teil der Wert-schöpfung wieder in technischen Fortschritt investiert wird. Wir

1 brauchen den New Deal für Technologie- und Innovationsförderung, den die
2 Industriegewerkschaften seit langem fordern. Gleichzeitig müssen wir auch im
3 Interesse von Umwelt- und Klimaschutz verhindern, dass Industriearbeitsplätze
4 aufgrund von Preisdruck in Staaten mit niedrigeren Umweltschutzvorschriften
5 abwandern. Zusatzabgaben- und Steuern, die den Standort über das hohe
6 Lohnniveau hinaus verteuern, sind daher abzulehnen. Globaler Klimaschutz
7 heißt auch ökologisch wertvolle Industrieproduktion zu schützen und zu
8 erhalten.

9 10 **Liberaler Sicherheitspolitik statt Überwachungsstaat**

11 Alle Menschen haben das Recht sicher zu leben und sich frei zu bewegen. Als
12 Grundbedürfnis hat Sicherheit daher auch hohe Priorität für die SPD. Sicherheitspolitik
13 heißt für uns jedoch nicht mehr Kameraüberwachung, mehr Datensammeln und eine
14 komplette Überwachung unseres alltäglichen Lebens. Wir wollen stattdessen die
15 Polizei und Behörden in die Lage versetzen ihre Aufgaben optimal zu erfüllen.
16 Deswegen brauchen wir gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Wir wollen darüber
17 hinaus Kriminalität in seinen Ursprüngen bekämpfen. Deswegen ist Sicherheitspolitik
18 für uns nicht nur Repression sondern beginnt bereits mit Prävention.

- 19
20 ● Wir brauchen mehr Personal, bessere Sachausstattung und Ausrüstung in
21 Polizei, Sicherheitsbehörden und Justiz. Der Polizeiberuf muss hinsichtlich
22 Gehalt, Arbeitsbedingungen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf attraktiver
23 gestaltet werden um mehr junge Menschen für den Polizeiberuf zu gewinnen. In
24 der Justiz sind mehr Stellen zu schaffen. Der Staat muss in der Verfolgung von
25 Straftaten durchsetzungsfähig sein. Dafür braucht es schnellere Verfahren statt
26 lange Wartezeiten.
- 27
28 ● Sicherheit erreichen wir nicht durch immer mehr Daten, sondern durch effektive
29 Auswertung vorhandener Daten. Dafür braucht es insbesondere eine bessere
30 Koordination der Behörden. Die Innenministerkonferenz muss die Grundlage für
31 einheitliche Schnittstellen zur Datenverarbeitung und Analyse schaffen und den
32 länderübergreifenden Datenaustausch erleichtern. Wir brauchen eine bessere
33 und praxisnahe Vernetzung der einzelnen Länderbehörden. Gleiches gilt im
34 europäischen Maßstab. Auch hier braucht es eine bessere Zusammenarbeit
35 zwischen den Mitgliedstaaten und effektiven Datenaustausch statt Renationali-
36 sierung des innereuropäischen Grenzschutzes.
- 37
38 ● Schließlich müssen wir Kriminalität verhindern bevor sie entsteht. Dafür braucht
39 es mehr Prävention durch mehr Sozialarbeiter*innen. Das gilt insbesondere an
40 Schulen oder in Vollzugsanstalten um Rückfälle zu einzudämmen. Wichtig ist
41 auch eine stärkere Kooperation von Schulen und Jugendhilfe. Im Bereich der
42 Terrorismusprävention braucht es eine Bundesstelle für islamistische
43 Prävention, die gemeinsam mit den Ländern koordinierend tätig ist. Die
44 staatliche Förderung für Präventions- und Deradikalisierungsprogramme wie
45 beispielsweise das „Violence Prevention Network“ oder „Heroes“ oder der
46 zahlreichen Programme gegen rechte Gewalt müssen ausgebaut werden.

47 48 49 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

50
51
52 Annahme:

53 Annahme in geänderter Fassung:

54 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1
2 **C 2**

3
4 **(UB Darmstadt-Dieburg)**

5
6 **Soziale Teilhabe im SGB II mit „Teilhabegelegenheiten“ fördern**

7
8
9 **Vorbemerkungen:**

10 Für Menschen, die schon sehr lange Leistungen der Grundsicherung für
11 Arbeitsuchende (SGB II) erhalten, ohne eine realistische Chance auf Rückkehr in den
12 Arbeitsmarkt zu haben, ist eine gesellschaftliche Teilhabe durch sinnvolle
13 Beschäftigung unterstützungs-würdig. Diese Menschen für ehrenamtliche und
14 gemeinwohlfördernde Tätigkeiten („Teilhabegelegenheiten“) zu gewinnen und ihnen
15 eine Aufwandsentschädigung anzubieten, ist das Ziel. Im Gegenzug würden sie
16 dauerhaft von allen weiteren Aktivierungsmaßnahmen und von Sanktionen befreit.
17 Das Angebot der Teilhabegelegenheit ist freiwillig.

18
19 **Antrag:**

20 Der SPD-Unterbezirk Darmstadt-Dieburg fordert den SPD-Bezirksparteitag Hessen-
21 Süd auf, die Initiative „**Teilhabegelegenheit**“ zur Neuorientierung des Umgangs mit
22 Arbeitslosen im Sinne sozialer Gerechtigkeit zu unterstützen.

23
24 **Begründung:**

25 In der Grundsicherung für Arbeitssuchende gelingt es seit einigen Jahren nicht mehr,
26 die Zahl der Langzeitarbeitslosen, zu reduzieren. Die Anzahl derer ist weitgehend
27 stabil, ihr Gesamtanteil bei Arbeitslosen aber gestiegen. Rund 1 Mio. der derzeit 4,4
28 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten können nach Daten des Instituts für
29 Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) absehbar nicht mehr in den Arbeitsmarkt
30 integriert werden.

31 Diese Menschen befinden sich teilweise außerhalb der Reichweite des Netzes
32 jeglicher sozialer Hilfen. Andererseits greifen die üblichen Aktivierungsmaßnahmen der
33 Jobcenter nicht.

34
35 Mit der Initiative soll erreicht werden, die Entstehung von Isolation und den Prozess
36 gesellschaftlicher Ausgrenzung zu unterbinden.

37 Durch Teilhabegelegenheiten wird man einem langzeitarbeitslosen Leistungsbezieher
38 eine Möglichkeit geben, auch außerhalb des regulären Arbeitsmarktes einer Tätigkeit
39 nachzugehen, die die Integration in die Gesellschaft fördert, etwa weil sie dem
40 Gemeinwohl zugutekommt bzw. im ehrenamtlichen Bereichen stattfindet.

41
42 Es geht darum, Verhaltensweisen aufzubrechen, die sich ausbilden, wenn man das
43 Gefühl hat, nicht mehr gebraucht zu werden. Das hat auch eine stabilisierende
44 Wirkung auf das soziale Umfeld des Langzeitarbeitslosen und kann der „Vererbung“
45 des ALG II-Bezugs entgegenwirken. Zudem bedeutet es solidarischen Beistand für
46 Menschen zu zeigen, die am Rande der Gesellschaft stehen und bei denen die Ziele
47 der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) nicht eingelöst werden.

48
49 Die Teilhabegelegenheiten sind eine Ergänzung zu einem „Sozialen Arbeitsmarkt“, der
50 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose bereit-
51 hält.

52
53
54 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

55 **Erledigt durch die Annahme von C 1**

1 Annahme: erledigt durch:
2 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
3 Überweisung an: Nichtbefassung:

4
5
6
7
8 **C 3**

9
10 **(UB Offenbach-Stadt)**

11
12 **Antrag für die Eindämmung von Zeitarbeit und unbefristeten Arbeitsverträgen**

13
14
15 Die SPD Fraktion in Berlin wird aufgefordert, im Kampf gegen Lohndumping und zu
16 vielen befristeten Stellen, sich in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften dafür
17 einzusetzen, dass unter Berücksichtigung der in Deutschland geltenden
18 Tarifautonomie, Leiharbeiter und befristete Stellen 50 % mehr Lohn bekommen, als die
19 jeweiligen Festangestellten. Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung muss in
20 Deutschland abgeschafft werden.

21
22 Begründung:

23 Oftmals werden Zeitarbeitsfirmen und befristet Angestellte wesentlich schlechter
24 bezahlt, obwohl sie ein erhöhtes Risiko zwecks der Job-Sicherheit eingehen. Wir
25 wollen möglichst wenige befristete Stellen haben. Deswegen fordern wir ein Gesetz,
26 dass befristete Stellen und Zeitarbeitsangestellte 50 % mehr Lohn erhalten sollen, als
27 im Tarifvertrag vorgesehene Festangestellte. Firmen brauchen eine Flexibilität um
28 Spitzenlasten abzufedern. Oftmals werden Zeitarbeiter und befristete Angestellte
29 jedoch genutzt um das Lohnniveau zu drücken. Wir sagen, Flexibilität im
30 eingeschränkten Maße ja, aber dann sollen diese Stellen auch eine deutlich bessere
31 Bezahlung erhalten.

32
33 Es darf nicht sein, dass soziale Verpflichtungen den finanziellen Interessen der
34 Kommunen untergeordnet und Gewinnerwartungen geltend gemacht werden, die nur
35 auf Kosten der Arbeitnehmer erwirtschaftet werden können. Für die Finanznot der
36 Kommunen sind Land und Bund verantwortlich. Die Sanierung darf nicht auf dem
37 Rücken der Arbeitnehmer erfolgen.

38
39
40 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

41 **Erledigt durch Beschlusslage (Antrag C 1, Bezirksparteitag 2017)**

42
43
44 Annahme: erledigt durch:
45 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
46 Überweisung an: Nichtbefassung:

1
2 **C 4**

3
4 **(60plus Hessen-Süd)**

5
6 **Pflege zur Selbständigkeit statt Gewinnerzielung durch Pflegekonzerne**

7
8 Pflege hat Betroffene als Menschen anzunehmen und in ihrer Selbständigkeit zu
9 stärken.

10
11 Pflege hat über die Unterstützung bei Alltagshandlungen wie Waschen, Anziehen und
12 medizinischer Grundversorgung hinauszugehen. Soziale und kulturelle Bedürfnisse
13 müssen endlich anerkannt werden.

14
15 Dazu fordern wir:

- 16
17
- 18 • massive öffentliche Investitionen im sozialen und allgemeinen Wohnungsbau
19 für kleinere, bezahlbare und altersgerechte Wohnungen. Menschen müssen
20 solange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.
 - 21 • einen Ausbau von Unterstützungsangeboten in Alltagsdingen durch Kommunen
22 und Pflegedienstleister, um den Verbleib zu Hause zu ermöglichen.
 - 23
 - 24 • die stärkere Beachtung altersgerechter Aspekte bei öffentlichen Angeboten
25 (zum Beispiel Ampelphasen, Mobilitätsdiensten) und Investitionen.
 - 26
 - 27 • eine Korrektur der Krankenhauspraxis, Ältere aus einem
28 Krankenhausaufenthalt heraus möglichst schnell zu entlassen und einem
29 Pflegeheim zu überstellen bzw. zu Hause alleinzulassen.
 - 30
 - 31 • die Ausdehnung der Pflegezeit für berufstätige pflegende Angehörige und eine
32 Erhöhung des Pflegeunterstützungsgeldes und die stärkere Berücksichtigung
33 geleisteter Pflege in der Rentenhöhe.
 - 34
 - 35 • eine Verbesserung der Informations- und Unterstützungsqualität in ortsnahen
36 Beratungsstellen („Kümmerer“); Vorbereitungskurse für Freiwillige; eine
37 Landes-koordinierungsstelle, die Fortbildungen und Vernetzungstreffen
38 organisiert.
- 39

40 Für die Pflege in Einrichtungen gilt:

- 41
- 42 • unverzüglich sind verbesserte Personalschlüssel für qualifiziertes
43 Pflegepersonal vorzugeben.
 - 44
 - 45 • eine massive Ausdehnung der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals,
46 tarifentsprechende Bezahlung, verbesserte Arbeitsbedingungen und intelligente
47 Arbeitszeitmodelle sind unverzichtbar.
 - 48
 - 49 • Wohn-, Freizeit- und Sanitäreinrichtungen sind gesellschaftlich üblichen
50 Standards anzupassen.
 - 51
 - 52 • Verständliche Informationsangebote über die Personalausstattung, die Pflege-
53 qualität und Freizeitangebote gegenüber der Öffentlichkeit (ähnlich den in
54 Hotel-portalen im INTERNET) sollten selbstverständlich sein und ggf.
55 vorgeschrieben werden.
- 56

1 Die überwiegende Zahl älterer Menschen lebt zu Hause und bedarf einer angepassten
2 Umwelt in Wohnung, Gemeinde oder Stadt und Dienstleistungsangeboten. Die Politik
3 hat sich in Planung und Investitionen dem anzunehmen.

4
5 Für Pflegebedürftige gilt:

- 6
- 7 • drei von vier Pflegebedürftigen werden von Angehörigen versorgt.
- 8
- 9 • neun von zehn Angehörigen eines Demenzkranken fordern mehr
10 Unterstützung.
- 11
- 12 • zwei Drittel der pflegenden Angehörigen sind oft am Ende ihrer Kräfte.
- 13
- 14 • die meisten wünschen mehr finanzielle Anerkennung. Zwei von dreien mehr
15 Unterstützung durch professionelle Pflegedienste.
- 16
- 17 • Hoch sind die Erwartungen an Selbsthilfeangebote.
- 18
- 19 • öffentliches Handeln hat dies zu unterstützen.
- 20

21 Das Pflege- und Teilhaberecht ist entsprechend zu verbessern.

22
23 Für viele Menschen besteht mittlerweile der Eindruck, dass Wohlfahrtsverbände,
24 öffentliche und private Träger von Einrichtungen ihre wirtschaftlichen- und
25 Gewinninteressen vor die Pflege der ihnen anvertrauten Menschen stellen.

26
27 Die SPD steht für einen Kurswechsel: Der Mensch hat im Mittelpunkt zu stehen!

28
29
30 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

31 **Annahme in geänderter Fassung**

32 **Seite 35, Zeilen 45 – 47 in folgender Fassung: eine massive Ausdehnung der**
33 **Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals, Einführung eines allgemein**
34 **verbindlichen Tarifvertrages für die Pflege, verbesserte Arbeitsbedingungen und**
35 **intelligente Arbeitszeitmodelle sind unverzichtbar.**

36 **Seite 36, Zeilen 23 – 25 in folgender Fassung: Für viele Menschen besteht**
37 **mittlerweile der Eindruck, dass manche privaten Träger von Einrichtungen ihre**
38 **wirtschaftlichen- und Gewinninteressen vor die Pflege der ihnen anvertrauten**
39 **Menschen stellen.**

40 **Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Bundes-**
41 **tagsfraktion**

42
43 Annahme:

erledigt durch:

44 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

45 Überweisung an:

Nichtbefassung:

46
47
48
49
50 **C 5**

51
52 **(ASF Hessen-Süd)**

53
54 **Freibetrag für Altersrenten bei Sozialhilfebezug**

55
56 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich
57 für eine Regelung einzusetzen, die es Rentnerinnen und Rentnern der Gesetzlichen

1 Altersversicherung in Anlehnung an die Regelungen zum Bezug einer Riesterre-
2 bzw. in Anlehnung der Regelungen bezüglich Anrechnung von Arbeitseinkommen auf
3 ALG2-Leistungen erlaubt, bei notwendigem Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt
4 einen Sockelbetrag ihrer Rente zusätzlich zur Sozialhilfe zu behalten. Die daraus
5 entstehenden Mehrkosten sollten den Sozialhilfeträgern aus Bundesmitteln erstattet
6 werden.

7
8 **Begründung:**

9
10 Rentenansparungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind in der Regel durch
11 eigene Arbeitsleistung erworben worden und stehen dementsprechend unter einem
12 besonderen verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz. Es ist nicht nachvollziehbar,
13 warum aus diesen Ansparungen resultierende Einkommen schlechter behandelt
14 werden als Einkommen aus Riesterverträgen, deren Ansprüche zu großen Teilen aus
15 staatlichen Zuschüssen aufgebaut werden können/konnten.

16 Die Aussicht auch von einer kleinen Rente profitieren zu können, dürfte ein
17 zusätzlicher Anreiz sein, sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit aufzunehmen
18 und sich im Falle einer geringfügigen Tätigkeit nicht von der
19 Rentenversicherungspflicht befreien zu lassen.

20
21
22 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

23
24
25 **Annahme:**

erledigt durch:

26 **Annahme in geänderter Fassung:**

Ablehnung:

27 **Überweisung an:**

Nichtbefassung:

28
29
30
31
32 **C 6**

33
34 **(ASF Hessen-Süd)**

35
36 **Ausgestaltung einer Pflichtfinanzierung des Hilfesystems bei häuslicher und**
37 **sexueller Gewalt**

38
39 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-
40 Bundestagsfraktion auf, das Hilfe-system bei häuslicher und sexueller Gewalt aus dem
41 Bereich der freiwilligen Leistungen zu lösen und eine gesetzliche Basis zu schaffen, die
42 eine bedarfsgerechte Pflicht-finanzierung der Hilfsangebote durchsetzt.

43
44 **Begründung:**

45 Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Beratungsstellen bei Hilfe nach sexueller
46 Gewalt, wie z.B. „Wildwasser“ oder „Gegen unseren Willen“ (Limburg) leisten eine
47 wichtige Arbeit, um Opfer von Gewalt und sexueller Gewalt zu beraten und zu
48 unterstützen.

49 Diese Aufgabe ist für die betroffenen Frauen und deren Kindern persönlich überlebens-
50 wichtig. Für unsere Gesellschaft ist sie aus ethischen, rechtlichen und volkswirtschaft-
51 lichen Gründen relevant. Zu den Aufgaben gehören u.a. persönlichen schnellstmög-
52 lichen Schutz im Notfall herzustellen, die Folgen von Gewalt zu erleichtern, die Unter-
53 stützung der Betroffenen bei justizieller Verfolgung von Gewalttätern, sowie präventiv
54 gegen Gewalt zu wirken.

55 Weiterhin trägt diese Arbeit dazu bei, volkswirtschaftlich immense Folgekosten von
56 Gewalt zu reduzieren.

1 Diese Aufgabe wird bisher hauptsächlich aus Mitteln der freiwilligen Leistungen
2 finanziert. Diese Leistungen sind nicht verbindlich. Die Planbarkeit der
3 Aufgabenübernahme wird erschwert und der Ausbau des Hilfesystems richtet sich
4 nach dem Geldbeutel der jeweiligen Kommune und nicht nach dem Bedarf der
5 notleidenden Opfer häuslicher und sexueller Gewalt. Der Umgang mit Tätern wird als
6 notwendige Pflichtaufgabe des Staates verstanden, während die Unterstützung der
7 Opfer aus dem guten Willen der Verantwortlichen vor Ort aus freiwilligen Leistungen
8 finanziert werden, ohne jeglichen Pflichtanspruch.

11 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

14 Annahme:	erledigt durch:
15 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
16 Überweisung an:	Nichtbefassung:

21 **C 7**

23 **(ASF Hessen-Süd)**

25 **Klärung des Anspruchs auf Heimunterbringung und Kostenübernahme durch die Sozialhilfeträger**

28 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, das
29 seit Anfang des Jahres geltende Pflegesicherungsgesetz insoweit zu ergänzen, dass
30 die amtsärztliche Feststellung eines Pflegegrades mit dem Anspruch auf
31 komplementäre Kostenübernahme durch den zuständigen Sozialhilfeträger bei
32 Heimunterbringung einhergeht.

34 **Begründung:**

35 Das Pflegesicherungsgesetz enthält keine Rechtsgrundlage, die es einem Sozialhilfe-
36 träger ermöglicht, die Kosten für eine u.U. gebotene stationäre Unterbringung von
37 Menschen mit Pflegegrad 1 (z.B. körperlich fitte Demente), zu übernehmen. Für
38 Menschen mit Pflegegrad 2-5 darf der jeweilig zuständige Sozialhilfeträger nach
39 eigenen Ermessen entscheiden, ob er eine stationäre Unterbringung für geboten hält
40 und damit sich selbst verpflichtet, die daraus entstehenden Kosten mitzutragen. Das
41 kann in der Praxis vermehrt zu unerwünschten Effekten führen, wenn entweder
42 pflegebedürftige (alte) Menschen ohne hinreichende Unterstützung sich selbst
43 überlassen werden oder Institutionen, die solche Menschen ohne das Placet des
44 zuständigen Sozialhilfeträgers aufgenommen haben, auf ihren Kosten sitzenbleiben.

47 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:** 48 **Zurücküberweisung an Antragsteller/in zur weiteren Ausarbeitung**

51 Annahme:	erledigt durch:
52 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
53 Überweisung an:	Nichtbefassung:

C 8**(UB Frankfurt)****Einführung einer bedingungslosen Grundrente**

2 Wir unterstützen die Einführung einer steuerfinanzierten Bedingungslosen Grundrente.
 3 Diese sollte bei 10% über der regionalen Grundsicherung, mindestens aber bei 1000
 4 EUR monatlich liegen und jeder Person über 67 Jahren ohne Bedürftigkeitsprüfung
 5 gezahlt werden, sofern nicht höhere Rentenansprüche aus dem beitragsfinanzierten
 6 Rentensystem einschließlich den verschiedenen berufsständischen Versorgungsw-
 7 werken bestehen. Eventuelle Zuverdienste mindern die Rente nicht.
 8 Für Bezieherinnen und Bezieher von Erwerbsminderungsrenten soll eine analoge
 9 Regelung geschaffen werden, die das System der Erwerbsminderungsrente berück-
 10 sichtigt.
 11 Diese Mindestrente soll in einer Zeit des sich schnell wandelnden Arbeitsmarktes eine
 12 Mindestsicherheit und Planbarkeit für kommende Generationen im Alter bieten.
 13 Unabhängig von dieser Forderung halten wir an der Vision einer einheitlichen gesetz-
 14 lichen Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen fest.

15

Begründung.

16 Die „neue“ GroKo hat eine neue Variante einer „Grundrente“ ins Spiel gebracht. Es
 17 geht ihr nicht mehr darum, erworbene Entgeltpunkte aufzuwerten. Sie will allen
 18 „Niedrig-Rentnern“ ein Alterseinkommen garantieren, das 10 % oberhalb des
 19 regionalen Grundsicherungsbedarfs liegt. Allerdings sollen nur Rentner bezugs-
 20 berechtigt sein, die auf mindestens 35 Versicherungsjahre kommen, egal ob aus
 21 Beiträgen, Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege und die Grundrente wird nur
 22 gewährt, wenn der Rentner seine Bedürftigkeit nachweist, sprich seine Vermögens-
 23 verhältnisse offenlegt.

24 In einer sich schnell wandelnden Welt wünschen sich Menschen ein zuverlässiges
 25 soziales Netz. Ein reiches Land wie Deutschland sollte sich keine Altersarmut leisten
 26 und alte Menschen den Gang als Bittsteller zum Amt ersparen. Eine bedingungslose
 27 Grundrente bietet auf für Menschen mit zunehmend unstetigeren Erwerbsleben
 28 Sicherheit, bietet eine Grundsicherung auch für Selbständige und macht es auch für
 29 Menschen mit niedrigem Einkommen sinnvoll Ersparnisse für die Rente zu bilden.

30

31

Empfehlung der Redaktionskonferenz:**Erledigt durch die Annahme von C 1**

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Annahme:

Annahme in geänderter Fassung:

Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1
2 **C 9**

3
4 **(AfA Hessen-Süd)**

5
6 **Aufhebung der Beschneidung der betrieblichen Mitbestimmung durch die**
7 **„Verordnung über die Berufsschule“ in Hessen**

8
9 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd möge beschließen, dass sich die SPD
10 Hessen für die Überarbeitung des §6 (Beurlaubungen), Abs. 3 bis 5 der hessischen
11 „Verordnung über die Berufsschulen“ einsetzt, unter dem Gesichtspunkt die
12 betriebliche Mitbestimmung zu stärken bzw. die Beschneidung der betrieblichen
13 Mitbestimmung nach Betriebsverfassungsgesetz aufhebt und die damit verbundene
14 Bürokratie in den Berufsschulen abschafft.

15
16 Ziel sollte es sein, dass den Berufsschülerinnen und Berufsschülern die Teilnahme an
17 den Betriebsversammlungen, sowie den Jugend- und Auszubildendenversammlungen
18 grundsätzlich ermöglicht wird, sofern das Ausbildungsziel dadurch nicht gefährdet
19 wird. Diese Entscheidung muss in Rücksprache mit dem Betrieb getroffen werden.

20
21 Ein weiterer wichtiger Punkt welchen es zu beseitigen gilt ist, dass die Verordnung die
22 Schulungen der Jugend- und Auszubildendenvertreter nicht weiterhin behindert / ein-
23 schränkt. Laut Verordnung dürfen nur zwei Tage/Schuljahr Berufsschule versäumt
24 werden, höchstens fünf mit Zustimmung des Schulleiters. Diese Tage können alleine
25 durch die Teilnahme an den Betriebsversammlungen & Jugend- und Auszubildenden-
26 versammlungen verloren gehen.

27
28 **Begründung:**

29
30 Das Betriebsverfassungsgesetz / Personalrätegesetz (im Folgenden nur noch Betr.VG)
31 und die betriebliche Mitbestimmung, ist eine der wichtigsten Säulen unserer
32 Demokratie in Deutschland. Nicht umsonst haben die Nationalsozialisten die
33 Gewerkschaften und deren betriebliche Akteure als erstes zerschlagen.

34 Gerade in unserer derzeitigen gesellschaftlichen Lage, in welcher der rechte Rand so
35 stark wie lange nicht mehr ist, ist politische Aufklärung und Politisierung der jungen
36 Generation in den Betrieben ein wichtiger Faktor, um die Demokratie in unserem Land
37 zu bewahren.

38 Laut Betr.VG können alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Auszubildende sind
39 hier miteingeschlossen) an allen Betriebsversammlungen teilnehmen, Ausnahmen sind
40 nur wichtige betriebliche Gründe (Werkfeuerwehr etc. muss den Dienst
41 aufrechterhalten). Mitglieder des Betriebsrats und der Jugend- und
42 Auszubildendenvertretung sind für Schulungen jederzeit und vollumfänglich
43 freizustellen, sofern es für ihre Arbeit und Funktion als Arbeitnehmervetreter nötig ist.
44 Allein für die Jugend- und Auszubildendenvertreter gibt es 3 Grundlagen, sowie viele
45 weitere Themenseminare wie Rhetorik- und Verhandlungsführung, Vorsitzenden-
46 Seminar etc. Diese gehen jeweils eine volle Woche. Bei zwei Jahren Amtszeit hat man
47 laut dieser Verordnung keine Chance, diese so wichtigen Schulungen zu besuchen.
48 Denn nach spätestens 2 Seminaren, ist Schluss.

49 Hier müssen wir als Sozialdemokratische Partei einhaken. Sofern es das Ziel der
50 Ausbildung nicht gefährdet, sollten Jugend- und Auszubildendenvertreter das Recht
51 haben, Seminare & Schulungen zu besuchen, die für ihre Arbeit vor Ort notwendig ist.
52 Sollten die betrieblichen Ausbildungsakteure und die Berufsschulen zu dem Schluss
53 kommen, dass hierdurch das Ausbildungsziel gefährdet wird, kann Widerspruch
54 erhoben werden. In diesem Fall muss jedoch der Betriebsrat noch einmal angehört
55 werden. Schließlich handelt es sich um einen Beschluss nach §37,6 Betr.VG. der
56 hierdurch außer Kraft gesetzt werden würde.

1 Auszubildenden sollte generell die Teilnahme an den Betriebsversammlungen, sowie
2 Jugend- und Auszubildendenversammlungen ermöglicht werden. Es handelt sich hier-
3 bei um maximal vier Termine im Jahr. Durch andere Zuständigkeiten bzw.
4 Freistellungen / Beurlaubungen nur über den Schulleiter werden unnötige Hürden
5 aufgebaut. Diese gehören abgeschafft.

6

7 Anhang:

8 Ausschnitt aus der „Verordnung über die Berufsschulen“

(3) Berufsschülerinnen und Berufsschüler können aus zwingenden betrieblichen Gründen und zur Teilnahme an Jugend- und Auszubildendenversammlungen sowie Betriebsversammlungen mit ausbildungsrelevanten Themenstellungen beurlaubt werden:

4. bis zu zwei Unterrichtstagen im Schuljahr durch die Klassenlehrerin oder den Klassenlehrer,
5. bis zu fünf Unterrichtstagen im Schuljahr durch die Schulleiterin oder den Schulleiter aufgrund betrieblichen Urlaubs oder Betriebsferien.

(4) Wenn Teile der Berufsausbildung nach § 2 Abs. 3 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) im Ausland durchgeführt werden, können Berufsschülerinnen und Berufsschüler von der Schulleiterin oder dem Schulleiter bis zu einem Viertel der in der Ausbildungsordnung festgelegten Ausbildungsdauer vom Berufsschulunterricht befreit werden.

(5) Daneben können Berufsschülerinnen und Berufsschüler aufgrund folgender gesetzlicher Vorschriften bis zu fünf Unterrichtstage im Schuljahr durch die Schulleiterin oder den Schulleiter beurlaubt werden:

1. Teilnahme an Veranstaltungen gem äß Betriebsverfassungsgesetz oder P ersonalvertretungsgesetz,
2. Teilnahme an Veranstaltungen nach dem Bildungsurlaubsgesetz,
3. Teilnahme an Veranstaltungen nach dem Gesetz über Sonderurlaub für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit.

9

10

11

12

Empfehlung der Redaktionskonferenz:

13

Überweisung an die AfB Hessen-Süd zur weiteren Behandlung

14

15

16

Annahme:

erledigt durch:

17

Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

18

Überweisung an:

Nichtbefassung:

19

20

1
2
3
4 **Antragsgruppe D**
5 **Bildungspolitik**
6
7

8
9 **D 1**

10
11 **(AfB Hessen-Süd)**

12
13 **A/E 13 – Aufwertung der Arbeit von Grundschullehrer*innen**

14
15 Die SPD Hessen-Süd fordert die SPD Landtagsfraktion auf, sich für die Bezahlung von
16 Grundschullehrer*innen nach der Besoldungsgruppe A 13 bzw. Vergütungsgruppe E
17 13 einzusetzen.

18
19 Begründung:

20
21 Ziel ist es die Arbeit von Grundschullehrer*innen aufzuwerten, den Beruf attraktiver
22 werden zu lassen, auch für Männer.

23 90% der Grundschullehrer*innen sind weiblich. Ihre Arbeit ist nicht die gleiche wie die
24 von Lehrkräften anderer Schulformen, aber sie ist gleichwertig. Dies gilt für die
25 geistigen Anforderungen, für die zu tragende Verantwortung und für die
26 psychosozialen und physischen Anforderungen an die Lehrtätigkeit.

27 Gerade in der Grundschule werden wichtige Grundlagen gelegt. Die Arbeitsbelastung
28 steigt durch die Zunahme der Heterogenität der Schüler*innenschaft und die
29 Komplexität der Aufgaben.

30 Die Strategie „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, unabhängig von Schulformen
31 und Schulstufen sollte auch in einer Angleichung der Lehrer*innenausbildung
32 mitgedacht werden.

33
34
35 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

36
37
38 Annahme:

erledigt durch:

39 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

40 Überweisung an:

Nichtbefassung:

41
42
43
44
45 **D 2**

46
47 **(AfB Hessen-Süd)**

48
49 **Einführung einer 2. Lehrkraft für die inklusive Beschulung**

50
51 Um eine Lern- und Unterrichtsatmosphäre zu schaffen, die den Schülerinnen und
52 Schülern mit und ohne Anspruch auf besondere Förderung gerecht wird, muss gewähr-
53 leistet sein, dass alle Schülerinnen und Schüler gefördert werden können. Dies kann
54 nicht geschehen, wenn Lehrkräfte, die dafür nicht ausgebildet sind, allein in einer
55 solchen Lerngruppe unterrichten. Es sollte immer eine zweite qualifizierte Kraft, als

1 Ansprechpartner und Hilfestellung im Unterrichtsgeschehen dabei sein, so dass ein
2 gutes Lernen und Lehren möglich ist.

3
4 Begründung:

5
6 Die „inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Anspruch auf sonder-
7 pädagogische Förderung [...] als Regelform in der allgemeinen Schule“ (Hessisches
8 Schulgesetz §51 (1)) ist seit der Schulgesetzänderung von 2011 gesetzlich verankert.

9
10 Seitdem werden in den Klassen ständig Schülerinnen und Schüler unterrichtet, die
11 ehemals in einer Förderschule unterrichtet wurden. Das sind sowohl Lernhilfeschüle-
12 rinnen/Lernhilfeschüler als auch Erziehungshilfeschülerinnen/-schüler. Teilweise sind in
13 einer Klasse (20-30 SchülerInnen) sieben bis zehn der ehemaligen FörderschülerInnen
14 und müssen von nur einer Lehrkraft unterrichtet werden. Nur wenige Stunden in der
15 Woche werden doppelt besetzt durch eine Förderschullehrerin/einen
16 Förderschullehrer.

17 18 19 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

20
21
22 Annahme: erledigt durch:
23 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
24 Überweisung an: Nichtbefassung:

25 26 27 28 29 **D 3**

30 31 **(AfB Hessen-Süd)**

32 33 **Gegen die Ökonomisierung von Bildung – gegen Lobbyismus und Werbung in** 34 **Bildungseinrichtungen**

35
36 Für die SPD sollte es selbstverständlich sein, sich dafür einzusetzen, dass Schulen
37 finanziell so ausgestattet werden, dass sie nicht mehr auf Spenden und Sponsoren-
38 gelder angewiesen sind.

39
40 Wir fordern eine möglichst bundesweit organisierte Monitoringstelle, die eigeninitiativ
41 sowie auf Anfragen von Schulen hin tätig ist. Sie bewertet im Umlauf befindliches
42 Unterrichtsmaterial sowie von Dritten getragene Wettbewerbe und Aktionen auf ihre
43 Neutralität und veröffentlicht ihre Ergebnisse.

44
45 Die SPD Hessen-Süd wendet sich dagegen, dass Schulen näher an Markt und Wett-
46 bewerb herangeführt werden und somit privatwirtschaftlichen Strukturen im staatlichen
47 Bildungssystem der Weg geebnet wird.

48
49 Gleichzeitig wehren wir uns gegen die Zunahme von Lobbyismus und Werbung in
50 Bildungseinrichtungen.

51
52 Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundes-SPD auf, sich mit diesen Tendenzen aus-
53 einanderzusetzen und Gegenmodelle zu entwickeln.

54
55 Begründung:

56
57 Der Staat zieht sich immer mehr aus der bildungspolitischen Verantwortung heraus.

1 Neue Steuerungsmodelle wurden in den Bildungseinrichtungen implementiert.
2 Dazu gehören die Selbstständige Schule, Budgetierung, Zielvereinbarungen, Qualitäts-
3 management, Testirritis, betriebswirtschaftliches Controlling und der Aufbau neuer
4 Führungsstrukturen.
5 Damit einhergehend gibt es eine Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten und eine Zunahme des Arbeitsvolumens.
6
7 Davon sind alle 16 Bundesländer betroffen.
8 Eine kritische Auseinandersetzung mit Medien und Lobbyismus sollte in der
9 Lehrer*innenbildung und in der Schule ihren Platz finden.

12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

15 Annahme:	erledigt durch:
16 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
17 Überweisung an:	Nichtbefassung:

22 **D 4**

24 **(AfB Hessen Süd)**

26 **Demokratielernen an hessischen Schulen stärken**

28 Die SPD Hessen-Süd setzt sich für eine Stärkung des Demokratielernens an Hessens
29 Schulen ein. Demokratie lebt von den Menschen, die sie gestalten. Politische Zu-
30 sammenhänge scheinen immer komplizierter und schwieriger zu verstehen, zumal
31 politische Entscheidungen zunehmend auf supranationaler Ebene getroffen werden.
32 Megatrends wie Digitalisierung, demographischer Wandel und Migrationsbewegung
33 verändern die Gesellschaft, die Gewohnheiten von jungen Menschen und deren
34 Verhalten. Angriffe von rechts und politisch-religiösen Extremisten stellen die
35 Demokratie grundsätzlich in Frage. Hinzu kommen vor allem durch soziale Medien
36 zum Teil populistische Erzählungen („Fake News“), die komplizierte Sachverhalte
37 verdreht oder verkürzt darstellen. Die Demokratie in Freiheit entsteht und existiert als
38 solche nicht von selbst, sondern sie muss aktiv erlernt werden. Und was einmal an
39 gesellschaftlichem Fortschritt erkämpft wurde, hat nicht automatisch Bestand. Es muss
40 immer wieder neu erkämpft werden.

- 43 1. Das Erlernen politischer Diskursfähigkeit muss beginnend in der Grundschule in
44 allen Schularten und Fächern sichergestellt sein. Leitlinien sind dabei die Werte
45 und Normen, die sich aus den ersten 20 Artikeln unseres Grundgesetzes ableiten.
46 Konkretisiert wird die grundgesetzliche Verpflichtung durch das Recht auf Leben
47 und soziale Teilhabe, durch die umfassende Meinungsfreiheit, die Freiheit von
48 Presse, Wissenschaft und Kunst und das Verbot staatlicher Zensur, durch die
49 Religionsfreiheit und das Verbot der Diskriminierung aufgrund von Herkunft,
50 Geschlecht, Behinderung, Religion oder politischer Weltanschauung und zahlreiche
51 weitere Grundrechte. Nicht zuletzt schlägt sich die Verpflichtung auf die Würde des
52 Menschen nieder in der verbindlichen Festschreibung der Gleichberechtigung von
53 Frauen und Männern.
- 54 2. Wir werden Demokratieerziehung, politische Bildung und Extremismusprävention
55 stärker in der frühkindlichen und schulischen Bildung verankern und Extremismus-
56 prävention unter Einbeziehung der Vielfalt externer Träger mit Projekttagen und
57 Projektwochen umsetzen.

- 1 3. Politisch-demokratische Bildung bedarf in allen Schulformen einer Stärkung. Sie
2 soll Schülerinnen und Schüler insbesondere die Chancen und Möglichkeiten der
3 gesellschaftlichen und politischen Partizipation sowie die Chancen und Risiken
4 ökonomischen Handelns aufzeigen.
- 5 4. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Schülervertretungen auf allen Ebenen mehr
6 Kompetenzen übertragen werden. So sollte den Schülervertretungen zukünftig ein
7 kleines Budget zur Verfügung gestellt werden, mit dem sie selbstständig Projekte in
8 der Schule umsetzen können. So wollen wir die Schülervertretung auf allen Ebenen
9 stärken und dazu beitragen, dass Schüler/innen früh lernen, dass sie durch demo-
10 kratische Beteiligung ihr direktes Lebensumfeld verbessern können. Wir wollen,
11 dass Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten in Kita und Schule gelebt werden.
- 12 5. Eine affirmative Übernahme gängiger wirtschaftlicher Prämissen im Unterricht
13 lehnen wir ab. Im Zentrum des Unterrichts muss die Diskursfähigkeit stehen. Eine
14 so verstandene politische Bildung zur kritischen mündigen Staatsbürgerin bzw. zum
15 kritischen mündigen Staatsbürger muss Querschnittsaufgabe im Unterricht bzw. in
16 jeder Schule sein.
- 17 6. Demokratielernen reicht weit über die damit verbundenen Unterrichtsfächer hinaus.
18 Wir wollen bereits in der Grundschule ansetzen und partizipative Ansätze stärken.
19 Kinderkonferenzen und Klassenräte sind gute Beispiele hierfür.
- 20 7. Wir werden die Schulkonferenz als Entscheidungsgremium aufwerten und im
21 Bereich der Sekundarstufe die Drittelparität in der Schulkonferenz in einem Modell-
22 versuch erproben.
- 23 8. Schülerinnen und Schüler müssen Fortbildungen zur Nutzung ihrer Rechte und
24 Pflichten in demokratischen Strukturen der Schule angeboten werden. Hier bieten
25 sich Kooperationen mit der außerschulischen Bildung an.
- 26 9. Das Ausbreiten des Rechtsextremismus erfordert es, die Auseinandersetzung mit
27 unserer Geschichte des Nationalsozialismus wieder zu intensivieren und auch die
28 Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht zu vernachlässigen. Dazu wollen wir allen
29 hessischen Schülerinnen und Schülern den Besuch einer NS-Gedenkstätte und
30 einer Gedenkstätte der deutschen Teilung ermöglichen. Ferner werden wir Schulen
31 dabei unterstützen, sich europaweit auszutauschen und zu vernetzen.
- 32 10. Moderner Antisemitismus zeigt sich vielfältig und verbindet unterschiedliche gesell-
33 schaftliche Milieus. In unseren Schulen darf Antisemitismus keinen Platz haben.
34 Wir werden Schulen sensibilisieren, um die freie Gesellschaft gegen Intoleranz und
35 derartiges radikales Gedankengut zu verteidigen.
- 36 11. Islamisten und andere populistische Bewegungen verbreiten ein Einfaches, in „gut“
37 und „böse“ eingeteiltes Weltbild. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang
38 Schulen insbesondere im Umgang mit jugendlicher Identitätsbildung und bei der
39 Herausbildung einer differenzierten Wertestruktur.
- 40 12. Schülerinnen und Schüler brauchen in einer heterogenen, pluralistischen und
41 komplexen Welt verstärkt Orientierung bei der Entwicklung ihres Weltbildes. Dazu
42 stärken wir das Fach Ethik, das als vollwertiges Fach zu einer Orientierungs-
43 kompetenz bei allen Schülerinnen und Schülern beitragen kann.
- 44 13. „Politik und Wirtschaft“ als Leitfach der politischen Bildung werden wir stärken,
45 indem es zwingend bis zum jeweiligen Schulabschluss fortgeführt wird.
- 46 14. Eine Aufwertung dieses Fachs in den Stundentafeln der Bildungsgänge der Haupt-
47 und Realschule ist ebenso notwendig wie die Neukonzeption eines entsprechenden
48 Lehrplans in der Berufsschule.
- 49 15. Themengebundene fächerübergreifende Projekte, die komplexe politische Sachver-
50 halte behandeln, sollen in einzelnen Jahrgangsstufen verpflichtend durchgeführt
51 werden.
- 52 16. Um die politische Bildung an Schulen zu stärken, sollte vermehrt auf
53 außerschulische Bildungsträger zurückgegriffen werden. So können neue
54 pädagogische, aber auch inhaltliche Impulse in der Schule Raum finden.
- 55 17. Die ausschließliche Verankerung der Berufsorientierung an Gymnasien im Fach
56 „Politik und Wirtschaft“ halten wir für falsch und werden die politische Bildung an

- 1 Gymnasien dadurch stärken, dass wir Aspekte der Berufsorientierung ausgliedern
2 und in Arbeitslehre bündeln.
- 3 18. Wir werden Verknüpfungen mit der geschichtlichen und geographischen Bildung
4 anstreben und fördern. Schulen, welche „Politik und Wirtschaft“, Geschichte und
5 Geografie bzw. Erdkunde als ein Hauptfach konzentriert anbieten, werden wir mit
6 den notwendigen Konzeptionen unterstützen und entlasten sowie entsprechende
7 Fort-bildungen organisieren.
- 8 19. Wir brauchen mehr Lehrkräfte mit fachlicher Qualifikation in allen Schularten. Das
9 hohe Maß an fachfremd erteiltem Unterricht in den Fächern der politischen Bildung
10 werden wir reduzieren sowie Aus- und Fortbildungskapazitäten ausbauen.

11

12

13 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

14

15

16 Annahme:

erledigt durch:

17 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

18 Überweisung an:

Nichtbefassung:

19

20

21

1
2
3
4 **Antragsgruppe E**
5 **Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik**
6
7
8
9

10 **E 1**

11 **(Bezirksvorstand)**

12 **Reform des Bodenrechtes**
13
14
15

- 16 1. Der Boden ist kein Gut wie jedes andere. Vergleichbar Wasser und Luft ist er
17 unverzichtbar für das menschliche Dasein. Boden ist zugleich unvermehrbar.
18 Daher verbietet es sich, Boden dem freien Marktgeschehen zu überlassen.
19 Unsere Verfassung betont die Gemeinwohlbindung des Eigentums. Beim
20 Boden ist dem in besonderer Weise Rechnung zu tragen.
- 21 2. Der Anstieg der Bodenpreise liegt weit über der durchschnittlichen Inflation.
22 Insbesondere in Ballungsräumen wird das fünf- bis zehnfache der Inflationsrate
23 und mehr erreicht. Die Grundstückskosten sind damit einer der wichtigsten
24 Treiber für ständig steigenden Mietkosten und für die immense Verteuerung
25 öffentlicher Bauten, wie Schulen und Kindertagesstätten.
- 26 3. Ohne ein neues Bodenrecht laufen alle Versuche, den Anstieg der Mieten
27 deutlich zu bremsen, ins Leere. Die Wertsteigerungen durch Planungs-
28 entscheidungen und den Bau öffentlicher Infrastruktur kommen auf der anderen
29 Seite in der Regel den Grundstückseignern zu gute.
- 30 4. Die SPD Hessen-Süd fordert daher, dass öffentlicher Grundbesitz dauerhaft in
31 öffentlichem Eigentum verbleibt und Dritten vorrangig im Erbbaurecht befristet
32 zur Nutzung überlassen wird. Gleichzeitig sollen die Gemeinden finanziell in die
33 Lage versetzt werden, eine gemeinwohlorientierte Bodenvorratspolitik zu
34 betreiben.
- 35 5. Wenn Baurecht auf privatem Grund geschaffen und damit der Bodenwert
36 deutlich gesteigert wird, hat sich der Grundeigentümer im Sinne einer
37 sozialgerechten Bodennutzung an der Herstellung der öffentlichen Infrastruktur
38 und der Er-richtung dauerhaft bezahlbarer Wohnungen zu beteiligen.
- 39 6. Bodenwertsteigerungen beruhen in der Regel auf Leistungen der Allgemeinheit
40 und sind in einer neuen Form der Bodenbesteuerung, zum Beispiel durch eine
41 Bodenwertzuwachssteuer, abzuschöpfen und für Aufgaben der
42 Daseinsvorsorge zu verwenden.
- 43 7. Wir setzen uns für die Einführung einer Gewerbesteuer C auf unbebaute
44 Grundstücke mit bestehendem Baurecht (Spekulationsgrundstücke) ein.
- 45 8. Bebauungspläne werden befristet. Damit werden Grundstückskäufe zur reinen
46 Spekulation etwas gebremst.
- 47 9. Bei der Ausübung des Vorkaufrechtes einer Gemeinde darf der geforderte Preis
48 nicht höher sein als der der bisherigen Besteuerung zugrundeliegende Grund-
49 stückswert. Die Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, das
50 Instrument des Vorkaufsrechts in Erhaltungssatzungsgebieten anzuwenden,
51 um Mieter vor den Folgen von Luxussanierungen zu schützen.
- 52 10. In allen Gebieten, in denen der Druck auf den Wohnungsmarkt hoch ist, muss
53 ein flächendeckender Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in
54 Eigentumswohnungen gelten. Erhaltungssatzungen in ihren Zielsetzungen

1 sollen auch auf den Schutz von Kleingewerbe und Handwerk ausgedehnt
2 werden können und somit eine spezifische Nutzungsmischung schützen.

3 11.Langfristig streben wir eine Trennung des Nutzungs- und des Verfügungs-
4 eigentums an. Dabei bleibt das Verfügungseigentum in der Hand der Gemeinde
5 und das Nutzungseigentum wird durch Verträge vergeben. Das Eigentum an
6 Gebäuden wird verselbständigt.

7 12.In der Übergangszeit bis zur Umsetzung dieser Reformen soll zumindest in den
8 Ballungsräumen die Beteiligung der Grundstückseigentümer an der Finanzie-
9 rung der Infrastruktur durch städtebauliche Entwicklungsmaßnahme oder
10 Konzeptvorgabe gesichert werden.

11
12 Begründung:

13 Das beschleunigte Wachstum vieler Stadtregionen in Deutschland führt zur
14 dramatischen Verknappung und Verteuerung von Wohnraum und Bauland. Die
15 Bodenspekulation wird dadurch weiter angeheizt. Städtische Immobilienmärkte
16 sind zum Tummelplatz nationaler und internationaler Investoren jeder Couleur
17 geworden. In sind die Bodenpreise für den Wohnungsbau in guten Lagen
18 deutlich gestiegen. Eigentumswohnungen sind für die übergroße Mehrheit der
19 Bevölkerung unerschwinglich geworden, ein wachsender Teil der Haushalte
20 kann sich am freien Markt auch nicht mehr mit bezahlbaren Mietwohnungen
21 versorgen. Leistungslose, also nicht auf eigenen Anstrengungen beruhende
22 Gewinne aus Grundstücks- und Immobiliengeschäften werden hingegen
23 weiterhin von einer kleinen Minderheit privatisiert.

24 Der entfesselte Bodenmarkt entfaltet eine zersetzende Wirkung auf den
25 sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Ganze Stadtteile (und
26 zunehmend auch Umlandgemeinden) unterliegen der „Aufwertung“, die
27 Verdrängungsprozesse der angestammten Wohnbevölkerung und des
28 kleinteiligen Gewerbes zur Folge haben. Die sozialen Folgekosten werden auf
29 die Allgemeinheit abgewälzt. So reduzieren renditegetriebene Investoren
30 ständig das Angebot an bezahlbaren Wohnungen und verstärken damit
31 zugleich den Druck auf die Kommunen, mit Steuergeldern preisgünstigen
32 Wohnraum zu schaffen. Denn die davon-galoppierenden Mieten zwingen immer
33 mehr Menschen, Wohngeld zu beantragen oder sich um eine öffentlich
34 geförderte Wohnung zu bewerben. Angesichts des Wachstums der Städte mit
35 all seinen Facetten und Herausforderungen wird die Bodenpolitik zum Dreh-
36 und Angelpunkt einer sozial gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung.

37
38
39 *»Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist,*
40 *verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem*
41 *Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und*
42 *Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit in*
43 *weit stärkerem Maße zu bringen als bei anderen Vermögensgütern...«*
44 *(Bundesverfassungsgericht. Beschluss vom 12.01.1967)*

45
46
47 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

48 **Annahme in geänderter Fassung**

49 **Seite 47, Zeile 46 anfügen: Die bereits bestehende gesetzliche Möglichkeit zum**
50 **Erllass von Baugeboten für unbebaute Grundstücke in Bebauungsplangebieten**
51 **ist praxisnäher zu gestalten und so zu effektivieren.**

52 **Seite 47, Zeilen 47 – 51 in folgender Neufassung: Bei der Ausübung des**
53 **Vorkaufsrechts einer Gemeinde ist der von dieser zu zahlende Kaufpreis**
54 **angemessen auf einen verfassungsrechtlich zulässigen Wert zu reduzieren. Wir**
55 **wollen, dass die der Besteuerung zugrundeliegenden Grundstückswerte und die**
56 **beim Vorkaufsrecht angesetzten Werte möglichst nahe beieinanderliegen.**
57

1 **Seite 48, Zeilen 3 – 6 in folgender Neufassung: Langfristig streben wir ein**
2 **Eigentumsmodell an, bei dem marktbedingte Bodenwertsteigerungen allein der**
3 **Gemeinde anheimfallen und nicht den jeweiligen Immobilieneigentümern. Hierfür**
4 **werden wir insbesondere eine Aufteilung von Verfügungs- und**
5 **Nutzungsseigentum nebst einer Trennung des Gebäudeeigentums (vgl. SPD-**
6 **Parteitag, 1973 in Hannover), eine Reform des aus dem Jahr 1919 stammenden**
7 **Erbbaurechtsgesetzes und eine modernisierte Reaktivierung des Reichsheim-**
8 **stättengesetzes von 1920 in den Blick nehmen.**

9
10
11 Annahme:

erledigt durch:

12 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

13 Überweisung an:

Nichtbefassung:

14 15 16 17 18 **E 2**

19 **(Bezirksvorstand)**

20 **Ein moderner Hessenplan WOHNEN!**

21
22
23
24 Auf der Basis von Wohnraumversorgungskonzepten in den Landkreisen wollen wir
25 neuen, für den Wohnungsbau zuständigen Gesellschaften in öffentlicher
26 Verantwortung ein Förderprogramm auf Zuschussbasis für Sozialwohnungen und
27 Wohnungen für mittlere Einkommen auflegen.

28
29 Die Baulandoffensive muss ihre Beratungstätigkeit für Bauprojekte im ländlichen Raum
30 auf Gebiete auch außerhalb des definitorischen Rahmens der Gebiete mit erhöhtem
31 Wohnungsbedarf ausweiten.

32
33 Um der Unternutzung von Wohnraum im ländlichen Raum entgegenzuwirken, wollen
34 wir ein Zuschusssystem für den Umbau solcher Wohnungen schaffen.

35 Die landeseigenen Wohnungsprogramme müssen in Zukunft mit den Städtebauförder-
36 programmen abgestimmt werden.

37
38 Wir wollen die Grunderwerbssteuer in Hessen senken, um auch privaten
39 Wohnungsbau wieder attraktiver zu machen. Um speziell den Bau von
40 Sozialwohnungen anzukurbeln, soll die Grunderwerbssteuer für diesen Bereich ganz
41 wegfallen.

42
43 Die bisherigen Mitten des revolvingen Fonds bei der WI Bank wollen wir in ein
44 reines Zuschusssystem umstellen. Das hat zu Folge, dass die Mittel jährlich neu
45 aufgebaut werden müssen.

46
47 Wir werden eine Initiative zur Unterstützung des Baus von Werkwohnungen
48 anstoßen. Gerade Firmen, die Facharbeiter*innen an ihr Unternehmen binden wollen,
49 ist der Wiedereinstieg in den Bau von betriebseigenen Wohnungen ein gutes Mittel,
50 dies zu bewerkstelligen. Gerade die Unternehmen in öffentlicher Verantwortung – wie
51 die Fraport – können wir eine Vorreiterrolle spielen.

52
53 In Zukunft braucht Hessen wieder eine starke Stimme für den Wohnungsbau.
54 Aktivitäten der Kommunen, des Landes und des Bundes müssen miteinander
55 koordiniert werden. Dies wird besonders deutlich bei der Abstimmung der finanziellen
56 Förderprogramme, der Aktivierung von Liegenschaften des Bundes (BIMA) und des

1 Landes. Deshalb wird die Hessische SPD wieder eine*n Wohnbaukoordinator*in
2 schaffen.

3
4 Begründung:

5
6 Anfang der Sechzigerjahre legte Georg August Zinn zwei Hessenpläne auf. Das war
7 ein System aus Bürgschaften, Krediten und Beihilfen für öffentliche und private
8 Investitionen. Zinn sagte dazu: "Toleranz, Geistesfreiheit und Bürgerstolz sollen immer
9 Merkmale dieses Landes sein," Hessen war ein Land, das als Kunstgebilde der
10 Alliierten entstand und unter Georg August Zinn eine Identität und ein gesundes
11 Selbstbewusstsein entwickelt. "Hessen vorn", ist mehr als eine Parole, dieser
12 ehemalige Slogan der SPD Hessen trifft ein Lebensgefühl. Die Zinnschen Programme
13 waren die Grundlage für hessischen Aufschwung und hessische Stärke.

14
15 Es entstanden Arbeitsplätze, Sozialwohnungen, Mittelpunktschulen,
16 Dorfgemeinschaftshäuser, ausgestattet mit Dusche, Waschmaschine und Fernseher.
17 Sozialdemokratische Fürsorge ging in Hessen mit ökonomischem Leistungswillen
18 einher.

19
20 Heute ist Hessen ein leistungsfähiger Industrie- und Dienstleistungsstandort. Die
21 Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie schon lange nicht mehr. Die Wirtschaft prosperiert,
22 die Steuereinnahmen öffentlicher Haushalte sprudeln.

23
24 Aber Hessen läuft Gefahr diese positive Entwicklung zu verspielen. 37.000
25 Wohnungen müssten gebaut werden. Um den Bedarf an Wohnungen in Hessen zu
26 decken, müssten pro Jahr 37000 Wohnungen gebaut werden. Gebaut werden aber nur
27 17.000 Wohnungen. Es ist unstrittig, dass wir also in Hessen in den kommenden
28 Jahren 200.000 Wohnungen benötigen, davon 100.000 Sozialwohnungen.

29
30 Gerade mit Blick auf den demographischen Wandel müssen wir uns im ländlichen
31 Raum einer besonderen Situation und Entwicklung vergegenwärtigen. Während heute
32 noch 60% der Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahre alt und 19,3% älter als 65 ist, so
33 wird sich dies Relation verändern; im Jahre 2025 wird ein Bevölkerungsanteil der über
34 65 jährigen von etwa 24,5% erwartet, während die Zahl der 20 bis 65 Jährigen um 2,2
35 Prozentpunkte fällt.

36
37 Die ländlichen Regionen Hessens werden stärker vom demographischen Wandel und
38 dem damit einhergehenden Bevölkerungsrückgang betroffen sein. Während alle
39 kreisfreien Städte ein Wachstum erwarten können, verzeichnen die Landkreise einen
40 Bevölkerungsrückgang von durchschnittlich 4,1%; im Einzelfall jedoch sogar bis zu
41 18,2% (Werra-Meißner-Kreis).

42
43 Bislang galt das Augenmerk der Koalition aus CDU und Grünen vornehmlich der
44 Wohnungsnot in den großen Städten. Dort sind die Mieten besonders teuer, der Zuzug
45 besonders hoch und der Druck auf den Wohnungsmarkt besonders scharf. Deshalb
46 fokussieren sich die Maßnahmen und Programme auch auf diesen Bereich.

47
48 Mit unserem Anspruch, einen neuen Hessenplan für den Bereich des Wohnungsbaus
49 zu formulieren, wollen wir auch die Verantwortung für Wohnen im ländlichen Raum
50 formulieren. Es ist unsere Verpflichtung vergleichbare Lebensverhältnisse in Hessen
51 herzustellen. Die Landkreise haben deshalb eine Verpflichtung sich des Themas
52 Wohnen anzunehmen, weil gerade die kleineren Kommunen sich in vielen Fällen der
53 Herausforderung nicht angemessen stellen können.

54
55 Zur Zeit gibt es keine Förderung von Wohnraum, insbesondere von Sozialwohnungen
56 und Wohnungen für mittlere Einkommen in den ländlichen Regionen, obwohl dort auch
57 der Druck auf den Wohnungsmarkt wächst.

1
2 Deshalb fordern wir dieses Programm.
3
4

5 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**
6
7

8 Annahme: erledigt durch:
9 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
10 Überweisung an: Nichtbefassung:
11
12
13
14

15 **E 3**
16

17 **(AsJ Hessen-Süd)**
18

19 **Wohnungsgemeinnützigkeit wiedereinführen**
20

21 Eine zukünftige SPD-geführte Hessische Landesregierung sowie die SPD-Fraktionen
22 im Hessischen Landtag werden aufgefordert,
23

24 die verfassungsrechtliche Gesetzgebungskompetenz und die Europarechts-
25 konformität für die Einführung folgender Regelungen als Landesgesetz zu
26 prüfen und bei einem positiven Ergebnis
27

28 sich für deren Umsetzung wie folgt einzusetzen:
29

- 30 1. In Deutschland wird der Status der **Gemeinnützigkeit von Wohnungsunter-**
31 **nehmen** wiedereingeführt. Dabei kann es sich um eine juristische Person des
32 Privatrechts (insbesondere eingetragene Genossenschaften, GmbH oder AG)
33 oder eine Stiftung oder einen Eigenbetrieb einer öffentlich-rechtlichen Körper-
34 schaft handeln.
35

36 Mit diesem nur auf Antrag zu vergebenden Status sollen insbesondere folgende
37 Bindungen verbunden sein:
38

- 39 - Besondere Mietpreisbegrenzungen
40 - Belegungsbindungen
41 - Veräußerbarkeit der Immobilien grundsätzlich nur an andere gemeinnützige
42 Wohnungsunternehmen
43 - regulierte niedrige Gewinnausschüttungen (z.B. an kommunale Eigner)
44

- 45 2. Im Gegenzug sind gemeinnützige Wohnungsunternehmen von Ertragssteuern
46 (Körperschafts- und Gewerbesteuer) sowie von der **Grunderwerbsteuer** zu be-
47 freien bzw. soweit hierfür eine Gesetzgebungskompetenz des Landes fehlt, ist
48 diesen Unternehmen der Steuerbetrag zu erstatten, soweit er dem Landes-
49 haushalt zukommt.
50

- 51 3. Um gemeinnützige Wohnungsunternehmen nicht der Konkurrenz privater Investo-
52 ren auszusetzen und damit einer Gentrifizierung entgegen wirken zu können,
53 sollen gemeinnützige Wohnungsunternehmen **beim Immobilienerwerb einen**
54 **Vorrang** erhalten können. Hierfür sind verschiedene Regelungen zu prüfen.
55 Insbesondere ist Folgendes umzusetzen:
56

1 Nach den bereits bestehenden Regelungen des Baugesetzbuchs erwerben
2 oder enteignen Gemeinden im Rahmen von städtebaulichen
3 Entwicklungsmaßnahmen die Grundstücke von Alteigentümern zu dem Wert,
4 der vor der Planungsmaßnahme bestand, um diese Grundstücke an Bauwillige
5 wieder zu veräußern. Mit einem Ausführungsgesetz des Landes sollen die
6 Gemeinden per Satzung einzelne Grundstücke bestimmen können, die bei der
7 Wiederveräußerung ganz oder teilweise (z.B. einzelne Etagen) nur von
8 gemeinnützigen Wohnungsunter-nehmen bebaut und/oder erworben werden
9 können.

10
11 4. Die **Aufsicht** über gemeinnützige Wohnungsunternehmen und die für sie
12 geltenden Maßgaben zur Mietzinshöhe können, müssen aber nicht dem im Jahr
13 1989 außer Kraft getretenen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz entsprechen.
14 Insbesondere für folgende Unternehmen sollen Erleichterungen gelten:

- 15 - regional begrenzte Wohnungsgenossenschaften mit einer zu bestimmenden
16 Mindestmitgliederzahl
- 17 - Wohnungsunternehmen in öffentlicher Hand
- 18 - Tochtergesellschaften von Arbeitsgebern, Handwerksinnungen oder tarif-
19 fähigen Arbeitgeberverbänden, wenn die Vergabe und Vermietung der
20 (Werks-)Wohnungen an Arbeitnehmer durch Tarifvertrag oder Betriebsver-
21 einigung geregelt ist sowie die Veräußerung der Wohnungen nur mit Zu-
22 stimmung der Gewerkschaft bzw. des Betriebsrats an ein anderes gemein-
23 nütziges Wohnungsunternehmen erfolgen kann.

24
25
26 **Begründung:**

27
28 **Vorbemerkung:** Die vorgeschlagenen Regelungen betreffen einen Bereich, der bis
29 1989 im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz bundesgesetzlich geregelt war und
30 hinsichtlich der Durchführung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen
31 ansatzweise im Baugesetzbuch durch Bundesgesetz aktuell geregelt ist. Weiterhin
32 sollen damit als gemeinnützig anerkannten Wohnungsunternehmen finanziell
33 unterstützt werden.

34 Dies wirft verfassungsrechtliche Fragen in Bezug auf die
35 Gesetzgebungskompetenz eines Landes sowie die Frage auf, ob die finanzielle
36 Unterstützung als Beihilfe den hierbei zu beachtenden, europarechtlichen Maßgaben
37 entspricht.

38 Auch wenn der Antragssteller diese Fragen geprüft und dabei zu einem positiven
39 Ergebnis gekommen ist, kann dies nicht in einem Parteitagsbeschluss festgestellt
40 werden. Deshalb werden die SPD-Landtagsfraktion und eine SPD-geführte
41 Landesregierung aufgefordert, diese Prüfung in eigener Verantwortung vorzunehmen.
42 Am Ende der Begründung folgen kurze Ausführungen zu den Gründen, die für eine
43 entsprechende Gesetzgebungskompetenz und Europarechtskonformität sprechen.

44 Unabhängig von der Frage, ob eine Gesetzgebungskompetenz für die
45 vorgeschlagenen Regelungen originär beim Land besteht, sollte parallel dazu – schon
46 um Zweifel von Beginn an nicht aufkommen zu lassen – eine SPD-geführte
47 Landesregierung über den Bundesrat ein Bundesgesetz initiieren, das klarstellend
48 solche Regelungen für den Landesgesetzgeber explizit erlaubt.

49
50 **zu 1.:** Das bis 1989 in Deutschland geltende Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz
51 hat mit bis dahin ca. 3,3 Mio. Wohnungen bezahlbaren Wohnraum geschaffen. Die Ab-
52 schaffung des Gesetzes wurde damit begründet, das Ziel zur Schaffung von
53 preiswerten Wohnraum für breite Schichten sei mit dem Erreichen einer entspannten
54 Lage auf dem Wohnungsmarkt erreicht worden; nunmehr sollten diese Unternehmen

1 auch ohne eine gemeinnützigkeitsrechtliche Kostenmietbindung und ohne staatliche
2 Förderung in den Wohnungsbau investieren können.¹

3 Dieser folgenschwere Irrtum führte zu dem heute zu beklagenden Mangel an preis-
4 günstigen Wohnraum, weil der Umfang des auf Basis einer Kostenmiete errichteten
5 Wohnungsbaus in Konkurrenz zu privaten Investoren trat, die regelmäßig höhere
6 Preise für Neubauf Flächen zahlen und damit eine Gentrifizierung in großen Großstädten
7 in Gang setzen konnten.

8 Da gemeinnützige Wohnungsunternehmen nicht gewinnorientiert vorgehen und
9 vielmehr im Interesse der Mieter eine geringe Kostenmiete anstreben, entspricht deren
10 Geschäftsmodell genau dem, was heute auf dem Wohnungsmarkt fehlt. Die Wieder-
11 einföhrung der Wohnungsgemeinnützigkeit ist damit überfällig.

12
13 **zu 2.:** Das allgemeine Element einer Gemeinnützigkeit ist die Steuerbefreiung von
14 Ertragssteuern. Betriebswirtschaftlich bedeutsamer ist indessen eine Befreiung von der
15 Grunderwerbssteuer, nachdem diese in Hessen auf 6 % angehoben wurde.

16 Hinsichtlich der Grunderwerbsteuer, die ausschließlich vom Land vereinnahmt wird
17 und für die das Grundgesetz ein Hebesatzrecht für den Landesgesetzgeber vorsieht,
18 kann die Prüfung ergeben, dass der Landesgesetzgeber auch eine Steuerbefreiung für
19 einzelne Steuerschuldner vorsehen kann. Für die Ertragsteuern, die wie die Körper-
20 schäfts- und die Gewerbesteuer nicht ausschließlich dem Land zufließen, dürfte eine
21 Gesetzgebungskompetenz des Landes zu einer Steuerbefreiung von gemeinnützigen
22 Wohnungsunternehmen nicht gegeben sein.

23 Soweit eine Gesetzgebungskompetenz fehlt, kann der Landesgesetzgeber jedoch
24 als spezielle Wohnungsbauförderung den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen
25 (mindestens) den Betrag zukommen lassen, der durch eine Steuerlast seitens dieser
26 Unternehmen dem Landeshaushalt zufließt.

27
28 **zu 3.:** Nachdem inzwischen die in kommunaler Hand befindlichen Grundstücke
29 insbesondere in den Ballungsräumen bereits umfänglich für den Wohnungsbau
30 aufgebraucht wurden und andererseits private Investoren durch die Attraktivität dieser
31 Siedlungsräume deutlich höhere Grundstückspreise bezahlen können, müssen
32 Wohnungsunternehmen, die gemeinnützig sich an einer bezahlbaren Miete orientieren
33 wollen und sollen, die Grundstücke konkurrenzfrei und damit zu niedrigeren Preisen
34 erwerben können. Andernfalls scheitern die Bemühungen gemeinnütziger
35 Wohnungsunternehmen, den Wohnungsmarkt mit bezahlbarem Wohnraum zu
36 versorgen, bereits am Grundstückserwerb, weil private Investoren mit den Aussichten
37 auf frei vereinbarte Mieten stets einen höheren Anschaffungspreis für das Grundstück
38 bezahlen können. Die Ausschaltung der Konkurrenz durch private Investoren ist
39 deshalb ein probates Mittel, um deren auf Höchstmieten und eine höchstmögliche
40 Rendite ausgerichtete Geschäftsmodell einzudämmen. Die Stadt Wien hat auf dem
41 Wiener Wohnungsmarkt herausragende Erfolge erzielt, indem sie neues Bauland
42 aufkauft und grundsätzlich nur an gemeinnützige Wohnungsunternehmen vergibt.

43 Nach dem deutschen Baugesetzbuch ist es als städtebauliche Entwicklungsmaß-
44 nahme bekannt, Grundstücke durch eine Gemeinde zu dem vor der Planungsmaß-
45 nahme geltenden Verkehrswert aufzukaufen, die Fläche zu beplanen und die Grund-
46 stücke sodann zu dem sich mit der Planung ergebenden höheren Verkehrswert an
47 Bauwillige zu verkaufen. Die Gemeinde als Planungsträger kann hierbei städtebauliche
48 Konzepte wie zum Beispiel einen Mehrfamilienhausbau oder sozialen Wohnungsbau
49 im Einzelnen verfolgen, grundsätzlich hat sie aber die Grundstücke zum Verkehrswert
50 zu veräußern und damit jedem Erwerbwilligen anzubieten, der die konzeptbedingten
51 Maßgaben beachten wird. Damit kann insbesondere in Bezug auf öffentlich
52 geförderten Wohnraum nicht verhindert werden, dass ein privates
53 Wohnungsbauunternehmen nach dem Auslaufen der Sozialbindung diesen Wohnraum
54 höchst möglich vermietet, um eine höchstmögliche Rendite zu erzielen.

1 BT-Drucks. 11/2157 S. 169

1 Um ein solches Renditestreben auszuschließen, ist die Möglichkeit zu schaffen, im
2 Rahmen von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen einzeln bestimmte
3 Grundstücke nur an gemeinnützige Wohnungsunternehmen zu vergeben, die schon
4 kraft ihrer Unternehmensverfassung (und der damit verbundenen Aufsicht) nicht
5 bestrebt sind, über hohe Mieten eine hohe Rendite zu erzielen. Da auch einzelne
6 Grundstücke an private Investoren zur Vermehrung des keiner Sozialbindung
7 unterliegenden Wohnungsmarktes vergeben werden können sollen, bedarf es der
8 Einzelbestimmung, welche Grundstücke nur an gemeinnützige Wohnungsunternehmen
9 veräußert werden dürfen. Eine solche Bestimmung kann sich auch auf einzelne Etagen
10 oder Wohnungen beziehen, sodass beispielsweise eine aus privaten Investoren und
11 einem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zusammengesetzte
12 Bauherrengemeinschaft das Grundstück erwerben und bebauen kann. Mit der
13 Beschränkung der Nachfrage auf gemeinnützige Wohnungsunternehmen wird
14 automatisch auch der Verkehrswert und damit der für die betroffenen Grundstücke zu
15 zahlende Anschaffungspreis sinken.

16 Darüber hinaus könnte außerhalb von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen
17 auch daran gedacht werden, gemeinnützigen Wohnungsunternehmen einen Vorrang
18 beim Grundstückserwerb zu gewähren, indem beispielsweise im Rahmen einer bei der
19 Bauleitplanung zu erlassenden Satzung bestimmt wird, dass einzelne Grundstücke nur
20 von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erworben und bebaut werden können. Da
21 eine zur Wohnraumvermehrung dienende Bauleitplanung sich regelmäßig
22 werterhöhend auswirkt, hat eine Begrenzung der Verkaufbarkeit an gemeinnützige
23 Wohnungsunternehmen keine enteignende Wirkung solange zugleich geregelt wird,
24 dass mindestens der vor der Planwerterhöhung erzielbare Verkehrswert zu zahlen ist.
25 Von der rechtlichen Struktur her sind solche Veräußerungsbeschränkungen seit
26 langem für Agrarflächen und dem für diese geltenden Grundstücksverkehrsgesetz
27 bekannt. Mit einem solchen konkurrenzfreien Immobilienerwerb lässt sich zugunsten
28 gemeinnütziger Wohnungsunter-nehmen genau der Marktvorsprung erzielen, der
29 bisher der Schaffung bezahlbaren Wohnraums im Wege stand: Wenn nicht allein der
30 Preis über den Immobilienverkauf entscheidet, hat der Druck des Geldes und die
31 Gentrifizierung keine Chance!

32
33 **Zu 4.:** Wie schon zu Zeiten des bis 1989 geltenden Wohnungsgemeinnützigkeits-
34 gesetzes bedarf es für gemeinnützige Wohnungsunternehmen einer gewissen
35 Aufsicht, damit diese die Ziele eines solchen Gesetzes einhalten. Ob dies mit der
36 gleichen Regelungsdichte wie damals heute noch erforderlich ist, bedarf der
37 Überprüfung. Insbesondere sollte darauf gesetzt werden, dass die unter 4.
38 aufgezählten Wohnungsunternehmen über hinreichende interne bzw. politische
39 Regelungsmechanismen verfügen, die eine externe Aufsicht in gewissem Umfang
40 entbehrlich machen. Auf diese Weise kann auch der Werkwohnungsbau wieder
41 angekurbelt werden, ohne einen späteren Ausverkauf der Wohnungen fürchten zu
42 müssen.

43
44 **Zur Gesetzgebungskompetenz:** Das bis 1989 geltende Wohnungsgemeinnützig-
45 keitsgesetz entsprach der damaligen konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des
46 Bundes für das gesamte Wohnungswesen. Mit der zweiten Förderalismusreform aus
47 dem Jahr 2006 ist dieser allgemeine Bereich aus der Bundeskompetenz herausgelöst
48 worden. Die Kompetenz für ein Gesetz zur Anerkennung und Beaufsichtigung
49 einzelner Unternehmen als gemeinnützige Wohnungsunternehmen dürfte damit gemäß
50 Art. 70 GG ausschließlich bei den Ländern liegen. Selbst wenn man ein solches
51 Gesetz zum Recht der Wirtschaft (Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG) zählen würde, hätte der
52 Bund seine damit verbundene konkurrierende Gesetzgebungskompetenz mit der
53 Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes aufgegeben.

54 Hinsichtlich einer Steuerbefreiung von der Grunderwerbssteuer hat der Bund in
55 §§ 3 und 4 Grunderwerbsteuergesetz Gebrauch gemacht. Ob er damit aber auch eine
56 weiter-gehende Gesetzgebung durch den Landesgesetzgeber ausschließen wollte,

1 was im Hinblick auf Art. 72 Abs. 1 GG ("solange und soweit") erforderlich wäre,²
2 erscheint fraglich, weil die Grunderwerbsteuer ausschließlich den Ländern zufließt und
3 diese obendrein den Steuersatz bestimmen können (Art. 105 Abs. 2a Satz 2 GG). Im
4 Übrigen steht es dem Landesgesetzgeber von der Gesetzgebungskompetenz her frei,
5 ihm zugeflossene Steuerbeträge als Subvention zurück zu erstatten.

6 Europarechtlich wirft dies allerdings die Frage auf, ob eine Steuerbefreiung oder
7 eine Rückerstattung von Steuern als Subvention eine gemäß Art. 107 AEUV verbotene
8 Beihilfe darstellen würde. Ein vom Deutschen Mieterbund in Auftrag gegebenes
9 Gutachten hat diese Frage geprüft und kommt mit guten und beachtlichen Argumenten
10 zu dem Schluss, dass es sich bei der finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen
11 Wohnungsunternehmen um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen
12 Interesse im Sinne von Art. 106 Abs. 2 AEUV handelt, für die die Wettbewerbsregeln
13 nur beschränkt gelten, weshalb ein Gesetz zur finanziellen und wirtschaftlichen
14 Besserstellung von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als europarechtskonform
15 anzusehen sein dürfte. Auf dieses Gutachten³ sei daher verwiesen.

16 In Bezug auf den Vorrang von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen beim
17 Grundstückserwerb im Rahmen von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen dürfte
18 es sich um eine Regelung handeln, die die Bodenverteilung im Sinne von Art. 72
19 Abs. 3 Nr. 3 GG betrifft und deshalb ausdrücklich das Abweichen von einem
20 Bundesgesetz gestattet ist. Als Bodenverteilung dürfte jedenfalls die Verteilung von
21 Grundstücken anzusehen sein, die sich bereits im Eigentum einer Gemeinde befinden
22 also auch solchen, die eine Gemeinde für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme
23 erworben oder gemäß § 169 Abs. 3 BauGB enteignet hat.⁴ Hinsichtlich eines Vorrangs
24 außerhalb von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen dürfte es sich um den zur
25 konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz zählenden Bereich des städtebaulichen
26 Grundstücksverkehrs handeln (Art. 74 Abs. 1 Nr. 18 GG). Da der Bund von dieser
27 Kompetenz bisher keinen Gebrauch gemacht hat, dürfte die Kompetenz des
28 Landesgesetzgebers weiterhin eröffnet sein (Art. 72 Abs. 1 GG).

31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

34 Annahme:

35 Annahme in geänderter Fassung:

36 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

41 **E 4**

43 **(UB Offenbach-Stadt)**

45 **Mehr Stellen bei Polizei, Justiz, Zoll und Steuerfahndung**

- 47 • Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen wird aufgefordert, sich für eine deutliche
48 Stellenerhöhung bei Justiz, Polizei und Steuerfahndung,
- 49 • die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine deutliche Stellen-
50 erhöhung bei Zollfahndungsämtern
51 einzusetzen.

2 vgl. dazu BVerfGE 138, 261; BVerfG NJW 2015, 44; Maunz/Dürig/Uhle, GG, Art. 72 Rn. 82-95

3 Kuhnert/Leps, Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, S. 213 ff.

4 vgl. dazu Maunz/Dürig, GG, Art. 75 Rn. 132

1
2 Begründung:
3

4 Dem Land und dem Bund gehen Jahr für Jahr Millionenbeträge an Steuereinnahmen,
5 den Trägern der Sozialversicherung – und damit der Gemeinschaft der Sozialver-
6 sicherten – Millionen an Sozialbeiträgen wegen Schwarzarbeit verloren – in der
7 Summe bedeutet das Milliarden Mindereinnahmen.

8 Die Steuerfahndung und die Zollfahndung leiden seit Jahren unter erheblichem
9 Personalmangel und können weder in ausreichendem Maß ihren Aufgaben der
10 Kontrolle noch ihren – damit in Zusammenhang stehenden – Aufgaben der gründlichen
11 und zügigen Ermittlung nachkommen.

12 Die Justiz – hier insbesondere Staatsanwaltschaft und Strafgerichtsbarkeit - wird seit
13 Jahren permanent ausgedünnt und steht immer komplexer und schwieriger werdenden
14 Verfahren gegenüber, ohne ausreichendes Personal, um diese umfangreichen
15 Verfahren aufzuarbeiten. Von der angekündigten Erhöhung um insgesamt 234 Stellen
16 im Bereich der Justiz in den Jahren 2018 und 2019 reichen nicht aus, um das Resultat
17 eines seit zuvor über 15 Jahre betriebenen Personalabbaus in der Justiz aufzufangen.

18 So werden allein 60 Stellen für den Justizvollzug eingesetzt. Von den verbleibenden
19 174 Stellen sind insgesamt nur 68 für Richter- und Staatsanwaltsämter vorgesehen.
20 Hiervon gehen wiederum allein 30 Stellen in den Bereich der
21 Verwaltungsgerichtsbarkeit für die – dringend erforderliche – Verstärkung im
22 Zusammenhang mit Asylverfahren.

23 Dies bedeutet aber, dass mit maximal 38 neue Richter- und Staatsanwaltsstellen, die
24 sich auf alle Gerichtszweige und alle Behörden der Staatsanwaltschaft in ganz Hessen
25 verteilen, der tatsächliche Bedarf gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität nicht
26 aufgefangen werden kann.
27

28 29 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

30
31
32 Annahme:

erledigt durch:

33 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

34 Überweisung an:

Nichtbefassung:
35
36
37
38

39 **E 5**

40 41 **(UB Offenbach-Stadt)**

42 43 **Mehrstaatlichkeit** 44 45

46 Wir beantragen, die Beseitigung des Verbots der Mehrstaatlichkeit aus dem deutschen
47 Staatsangehörigkeitsrecht.

48
49 Begründung:
50

51 Endlich muss die massive Benachteiligung vieler hier in unserer Mitte lebenden
52 Menschen durch das aktuelle Staatsangehörigkeitsgesetz unterlassen werden.

53 Denn während Migranten aus EU-Staaten und der Schweiz seit 2007 die
54 Mehrstaatlichkeit gestattet wird, wird dies - mit wenigen Ausnahmen - allen anderen
55 Migranten, die nicht hier geboren sind, verweigert. Diese unsägliche und untragbare
56 Verweigerungshaltung muss beseitigt werden!

1 Das Verbot der Mehrstaatlichkeit bringt vielfache Probleme mit sich, die der Integration
2 und der Teilhabe der Migranten enorm entgegenlaufen.

3 - Nach der Beseitigung der Optionspflicht in der letzten Groko kam nun leider kein
4 weiterer, abschließender, erhoffter Schritt in diesem Sondierungspapier.

5 - Wir sollten die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz in unserem
6 Schulsystem, in unserer Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft fördern, statt sie zu
7 bekämpfen. Dies können wir durch die Integration von mehrstaatigen Bürgern viel
8 besser, einfacher und effektiver erreichen.

9 - Wir sollten die Bürger nicht in Menschen 1. und 2.Klasse einteilen durch die enorme
10 Benachteiligung der Nicht-EU-Stämmigen bei der Mehrstaatlichkeit.

11 - die Menschen sollten nicht gezwungen werden, sich zwischen zwei emotionalen
12 Bindungen zu entscheiden und damit eine Bindung praktisch zu kappen.

13 - Viele Eingebürgerte befürchten und haben nun mal auch evidente erbrechtliche
14 Probleme im Land ihrer Vorfahren, insb. wenn es dort (nicht selten) um gerichtliche
15 Auseinandersetzungen geht.

16 - In vielen Staaten W-Europas gibt es nicht mehr solch rigide Staatsbürger-
17 schaftsgesetze; in D spielt leider die ius sanguinis (Blutsrecht) immer noch eine
18 gewichtige Rolle.

19 - in vielen Staaten der Welt ist die Mehrstaatlichkeit gang und gäbe.

20 - im Zeitalter der Globalisierung sollten endlich offensichtlich nationalkonservativ
21 motivierte Gesetze durch fortschrittliche, die Grund- und Menschenrechte in den Fokus
22 stellende, Gesetze ersetzt werden.

23 - schließlich setzen wir uns als Sozialdemokraten für den INTERNATIONALISMUS und
24 gegen den Nationalismus ein.

25 26 27 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

28 **Annahme in geänderter Fassung**

29 **Seite 56, Zeilen 46 – 47 in folgender Neufassung: Die SPD-Bundestagsfraktion**
30 **wird aufgefordert, das Verbot der Mehrstaatlichkeit aus dem deutschen**
31 **Staatsangehörigkeitsrecht zu beseitigen.**

32
33
34 Annahme:

erledigt durch:

35 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

36 Überweisung an:

Nichtbefassung:

37 38 39 40 41 **E 6**

42 43 **(UB Darmstadt-Dieburg)**

44 45 **Antidiskriminierungsgesetz für Hessen**

46
47
48 Diskriminierung findet in unserer Gesellschaft tagtäglich tausendfach statt.

49 Ob Hautfarbe, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexuelle Orientierung: Immer noch
50 werden Menschen diskriminiert und herabgewürdigt.

51 In Hessen darf es keinen Platz für Diskriminierung geben, denn die Würde des
52 Menschen ist unantastbar.

53 Hessen soll tolerant und weltoffen sein.

54 Dafür braucht es noch größere Anstrengungen, auch in Form eines Hessischen
55 Antidiskriminierungsgesetzes. Dadurch wird verdeutlicht, dass jede Form der
56 Diskriminierung in Hessen verhindert und beseitigt werden soll. Zudem soll in Hessen
57 eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt gefördert werden.

1 Der Bezirk Hessen Süd/die SPD Hessen fordert deshalb eine SPD geführte
2 Landesregierung auf ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetz mit folgenden
3 Eckpunkten dem Hessischen Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

- 4 • Ziel des Gesetzes ist die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von
5 Diskriminierung sowie die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von
6 Vielfalt.

7 Es wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin und fördert die
8 tatsächliche Durchsetzung von Chancengleichheit. Es bezweckt Verhinderung
9 jeglicher Formen von unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung.

10 Es soll für die gesamte öffentliche Verwaltung gelten.

- 11 • Im Falle eines Verstoßes gegen Antidiskriminierungsvorschriften enthält das
12 Gesetz Sanktionen.
- 13 • In dem Gesetz ist verankert, dass die Beseitigung bestehender Nachteile und
14 die Förderung der tatsächlichen Durchsetzung von Chancengleichheit
15 durchgängiges Leitprinzip bei allen politischen, normgebenden und
16 verwaltenden Maßnahmen der hessischen Verwaltung ist.
- 17 • Die Maßgaben des Gesetzes sind auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
18 zu erfüllen.

21 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

24 Annahme:

erledigt durch:

25 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

26 Überweisung an:

Nichtbefassung:

31 **E 7**

33 **(ASF Hessen-Süd)**

35 **Abschaffung des § 219a StGB „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“**

37 Der SPD-Bezirk-Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, den § 219a
38 StGB abzuschaffen.

40 Begründung:

42 Der durch die SozialdemokratInnen erarbeitete und eingereichte Gesetzesentwurf in
43 dem die komplette Streichung des § 219a StGB gefordert wird, ist am 13. März 2018
44 im Rahmen der neuen Koalition von der SPD Bundestagsfraktion aus dem Gesetz-
45 gebungsverfahren zurückgezogen worden.

46 Dieser Entschluss ist von der Basis der Sozialdemokratinnen nicht hinnehmbar. Der
47 Gesetzesentwurf muss unbedingt wieder im Bundestag eingebracht werden. Der §
48 219a StGB muss gestrichen werden.

49 Der genannte Paragraph ermöglicht es unter anderem, dass Fachärzte/innen, die
50 legale Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, strafrechtlich verfolgt werden können
51 soweit sie über ihre Leistung in öffentlicher Art und Weise informieren,
52 Der Paragraph sieht als Strafmaß eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder eine
53 Geldstrafe vor.

54 In jüngster Zeit kam es im Zusammenhang mit dem § 219a StGB zu strafrechtlichen
55 Verfolgungen, welche durch fanatische Abtreibungsgegnerinnen ausgelöst worden
56 waren. Diese Hetzkampagne steht im Zusammenhang mit europaweiten streng
57 konservativ-reaktionären Kräften.

1 Es ist dringend geboten, zu den in Not befindlichen Frauen zu stehen, wie auch zu den
2 Fachärzten/innen, die diesen Frauen fachlich beistehen.

3
4
5 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

6 **Annahme in geänderter Fassung**

7 **Seite 58, Zeilen 37 – 38 in folgender Neufassung: Der SPD-Bezirk Hessen-Süd**
8 **fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich für die ersatzlose Streichung des §**
9 **219 a einzusetzen.**

10
11
12 Annahme:

erledigt durch:

13 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

14 Überweisung an:

Nichtbefassung:

15
16
17
18
19 **E 8**

20
21 **(ASF Hessen-Süd)**

22
23 **Konkretisierung des AGG**

24
25 Das Konzept der angemessenen Vorkehrungen nach Art. 5 RL 200778/EG ist in § 3
26 AGG aufzunehmen. Der Tatbestand der mittelbaren Diskriminierung ist dahingehend
27 zu konkretisieren, dass er als erfüllt gilt, sofern der Arbeitgeber solche Vorkehrungen
28 unterlässt, ohne dass diese zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen würden.

29
30 Begründung:

31
32 § 3 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (im folgenden AGG) definiert die
33 Begriffe der unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierung, wann eine Belästigung
34 oder eine sexuelle Belästigung einer Diskriminierung gleichsteht sowie der Anweisung
35 zur Diskriminierung, die gemäß Abs. 5 einer Diskriminierung gleichsteht.

36 Gemäß Art. 5 Satz 1 RL 2000/78/EG sind angemessene Vorkehrungen zu treffen um
37 die Anwendung des Gleichstellungsgrundsatzes auf Menschen mit Behinderung zu
38 gewährleisten.

39 Das bedeutet, dass der Arbeitgeber die geeigneten und im konkreten Fall
40 erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen hat, um den Menschen mit Behinderung den
41 Zugang zur Beschäftigung, die Ausübung eines Berufes, den beruflichen Aufstieg und
42 die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu ermöglichen, es sei denn,
43 diese Maßnahmen würden den Arbeitgeber unverhältnismäßig belasten. Eine solche
44 Normierung der angemessenen Vorkehrungen enthält das AGG nicht. Ferner fehlt es
45 in § 3 AGG an einer Vermutensregelung, die für die Betroffenen zu einer Erleichterung
46 der Durchsetzung ihrer Rechte führen würde.

47
48
49 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

50 **Zurücküberweisung an Antragsteller/in zur weiteren Ausarbeitung**

51
52
53 Annahme:

erledigt durch:

54 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

55 Überweisung an:

Nichtbefassung:

1
2 **E 9**

3
4 **(ASF Hessen-Süd)**

5
6 **AGG - Fristen zur Wahrung beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz**
7 **verlängern**

8
9 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist am 18. August 2006 in Kraft getreten. Es
10 hat zum Ziel, Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft, des
11 Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder
12 der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Schwerpunkt ist der Schutz
13 vor Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, daneben sind im AGG aber auch
14 Vorschriften zum Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr verankert.

15
16 Derzeit müssen Menschen, die Diskriminierung erfahren, ihre Ansprüche auf
17 Schadensersatz und/oder Entschädigung innerhalb von zwei Monaten schriftlich
18 geltend machen. Die Beratungspraxis zeigt, dass daran viele Betroffene scheitern: Sie
19 zögern mit der schwierigen Entscheidung, eine Diskriminierung öffentlich zu machen,
20 oder sind nicht ausreichend über ihre Rechte informiert. Außerdem sei die Frist beim
21 AGG wesentlich kürzer als bei anderen Ansprüchen wie etwa der Verletzung des
22 Persönlichkeitsrechts

23
24 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür
25 einzusetzen, dass die Verlängerung der Frist von zwei auf sechs Monate anzuheben.

26
27
28 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

29 **Annahme in geänderter Fassung**

30 **Seite 60, Zeilen 24 – 25 in folgender Neufassung:**

31 **Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die**
32 **Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Schadensersatz und**
33 **Entschädigung nach § 15 AGG von zwei auf sechs Monate anzuheben. Ferner**
34 **wird sie aufgefordert, auch die Frist in § 61b ArbGG von drei auf sechs Monate**
35 **zu verlängern.**

36
37
38 Annahme:

erledigt durch:

39 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

40 Überweisung an:

Nichtbefassung:

41
42
43
44
45 **E 10**

46
47 **(ASF Hessen-Süd)**

48
49 **AGG - Verbandsklagerecht beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz**
50 **einführen**

51
52 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist am 18. August 2006 in Kraft getreten. Es
53 hat zum Ziel, Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft, des
54 Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder
55 der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Schwerpunkt ist der Schutz
56 vor Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, daneben sind im AGG aber auch
57 Vorschriften zum Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr verankert.

1
2 Betroffene schrecken oft vor den Belastungen zurück, als alleinige Kläger ihre
3 Diskriminierungserfahrungen vor Gericht zu schildern und ihre Rechte durchsetzen.
4 Für einen effektiven Rechtsschutz wäre es daher sinnvoll, die gesetzliche Stellung und
5 die Befugnisse der Antidiskriminierungsverbände auszuweiten: durch eine so genannte
6 Prozesstandschaft und ein Verbandsklagerecht, so dass Verbände Prozesse für
7 Betroffene führen können. In anderen Bereichen, etwa dem Umweltrecht, wird dies
8 bereits erfolgreich praktiziert. Zugleich soll nach Meinung eines Evaluationsteams das
9 Mandat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausgeweitet werden: Dazu zählt
10 unter anderem ein Akteneinsichts- und Auskunftsrecht sowie die Kompetenz,
11 Betroffene bei Klagen durch Stellungnahmen und Rechtsgutachten vor Gericht zu
12 unterstützen. Vorgeschlagen wird außerdem ein sogenanntes altruistisches Klagerecht
13 in Fällen von grundlegender Bedeutung.

14
15 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für ein
16 Klagerecht für Antidiskriminierungsverbände gemäß obiger Vorgaben einzusetzen.
17

18
19 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

20 **Annahme in geänderter Fassung**

21 **Seite 61, Zeilen 15 – 16 in folgender Neufassung:**

22 **Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein Klagerecht für**
23 **Antidiskriminierungsverbände einzusetzen.**

24

25

26 Annahme:

erledigt durch:

27 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

28 Überweisung an:

Nichtbefassung:

29

30

31

32

33 **E 11**

34

35 **(ASF Hessen-Süd)**

36

37 **Bei § 303 StGB – Sachbeschädigung - Ausnahmen schaffen**

38

39

40 Die Preisträgerin des Olympe-de-Gouges von 2017 Irmela Mensah-Schramm hatte in
41 einem Zehlendorfer Fußgängertunnel den Spruch „Merkel muss weg!“ umgewandelt in
42 „Merke! Hass weg“.

43

44 Damit verstieß sie gegen Punkt 2 aus dem StGB § 303 Sachbeschädigung

45 (1) Wer rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit
46 Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

47 (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt das Erscheinungsbild einer fremden Sache
48 nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert.

49 (3) Der Versuch ist strafbar.“

50

51 Am 5. Oktober 2016 fand deshalb der Prozess gegen Irmela Mensah-Schramm statt -
52 die „Polit-Putze“, wie sie sich selber bezeichnet. Der Tatvorwurf: Sachbeschädigung.
53 Der Richter wollte das Verfahren einstellen, stieß aber auf den Widerstand der
54 Staatsanwältin. Das durch das Berliner Kammergericht ergangene Urteil lautet: 1800
55 Euro Geldstrafe für den Fall einer Wiederholungstat während der Dauer eines Jahres.
56

1 Frau Mensah-Schramm wird nicht vom Wunsch getrieben, Wände im öffentlichen
2 Raum mit „Graffitis“ zu beschädigen. Im Gegenteil: Sie entfernt seit drei Jahrzehnten in
3 Berlin und anderen deutschen Städten Hassparolen an öffentlichen Wänden.
4 Aus unserer Sicht ist ein Anstoß zum Nachdenken, der sich gegen hasserfülltes
5 Denken und dessen Niederschlag in öffentlichen Schmierereien richtet, gesellschaftlich
6 bedeutsamer als die Straftat einer beschriebenen Wand.

7
8
9 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, für
10 oben beschriebene Fälle eine „Sonderregelung“ zu finden.

11
12
13 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
14 **Zurücküberweisung an Antragsteller/in zur weiteren Überarbeitung und Beratung**
15 **mit der AsJ Hessen-Süd**

16
17
18 Annahme: erledigt durch:
19 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
20 Überweisung an: Nichtbefassung:

21
22
23
24
25 **E 12**

26
27 **(UB-Frankfurt)**

28
29 **Nachrichtenlose Konten in Bundesregister verzeichnen**

30
31 Nachrichtenlose Konten müssen künftig in einem Bundesregister verzeichnet werden,
32 damit den Erben das Aufspüren dieser Konten gelingen kann.

33 Begründung:

34
35 Nachrichtenloses Vermögen werden [Bankguthaben](#) und [Wertpapiere](#) genannt, bei
36 denen die Banken den Kundenkontakt verloren haben und nicht wiederherstellen
37 konnten, da deren Besitzer vermutlich verstorben sind und den Erben die Existenz
38 dieser Konten, Depots und Bankfächer nicht bekannt ist. Der Umfang der
39 nachrichtenlosen Vermögen wird in Deutschland auf zwei Milliarden Euro geschätzt.

40 Werden die Kontoinhaber durch die Bank nicht ermittelt, oder wollen nicht ermittelt
41 werden, bleibt das Konto bestehen und stärkt so den Kapitalstock der Bank.

42 Ein Bundesregister für eben diese nachrichtenlosen Konten, macht das Vermögen, das
43 den Erben wieder zusteht, auffindbar.

44 [http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/konten-der-toten-nrw-minister-borjans-will-](http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/konten-der-toten-nrw-minister-borjans-will-geld-verstorbener-retten-a-1110033.html)
45 [geld-verstorbener-retten-a-1110033.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/konten-der-toten-nrw-minister-borjans-will-geld-verstorbener-retten-a-1110033.html)

46 [http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/anfrage-der-gruenen-banken-mauern-bei-der-](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/anfrage-der-gruenen-banken-mauern-bei-der-suche-nach-rechtmaessigen-kontobesitzern-1.3591140)
47 [suche-nach-rechtmaessigen-kontobesitzern-1.3591140](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/anfrage-der-gruenen-banken-mauern-bei-der-suche-nach-rechtmaessigen-kontobesitzern-1.3591140)

48
49
50 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
51 **Annahme in geänderter Fassung**
52 **Seite 62, Zeilen 31 – 32 in folgender Neufassung:**

1 **Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass**
2 **nachrichtenlose Konten künftig in einem Bundesregister verzeichnet werden,**
3 **damit den Erben das Aufspüren dieser Konten gelingen kann.**

4

5

6 Annahme:	erledigt durch:
7 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
8 Überweisung an:	Nichtbefassung:

9

10

11

12

1
2
3
4
5 **Antragsgruppe F**
6 **Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik**
7

8
9
10
11 **F 1**

12 **(Bezirksvorstand)**

13
14
15 **Ende der Angriffe auf Afrin**

16
17 Das Forum Eine Welt Hessen-Süd fordert die internationale Staatengemeinschaft auf,
18 die Angriffe der Türkei auf die syrischen Kurdengebiete in der Region Afrin auf die
19 Tagesordnung der UNO zu setzen und auf ein Ende der Bombardierungen zu dringen.
20 Es genügt nicht, wie die EU, Frankreich und Deutschland, nur Besorgnis zu äußern,
21 sondern es gilt, eine Katastrophe zu verhindern.

22 Die Türkei verschlimmert die ohnehin schwierige Lage in der Region Afrin, in der 250
23 000 Bewohner und 150 000 Binnenflüchtlinge bisher einigermaßen in vom Krieg
24 verschonter Lage gelebt haben.

25 Die kurdischen Kräfte der PYD/YPG haben als Verbündete der USA einen großen
26 Beitrag zur Befreiung Syriens von den Kräften des Islamischen Staates geleistet.
27 Ankara hat die YPG und die PYD zu Terroristen erklärt und legitimiert seine Angriffe
28 als Terrorbekämpfung und Selbstverteidigung. Erdogan fordert die verbündeten
29 Truppen der USA die in der angrenzenden Region Manbij stationiert sind, zum Abzug
30 auf. Dies kann zu einer ernsthaften Krise mit der NATO und den USA führen. Der
31 NATO-Partner Türkei handelt mit Einverständnis Russlands, das den Angriffen
32 Rückendeckung gibt.

33 Opfer der militärischen Angriffe und Bombardierungen sind vor allem Zivilisten in
34 diesem eng besiedelten Gebiet, auch Flüchtlingslager wurden getroffen. Unter den
35 Todesopfern sind viele Kinder (nach kurdischen Angaben Stand 4.2. von 213 zivilen
36 Opfern 45 Kinder).

37 Auch wird der Türkei vorgeworfen, Kindersoldaten bei den mit ihnen verbündeten
38 Milizen einzusetzen. Ebenso sollen sie Napalm und Streubomben eingesetzt haben.
39 Internationale Organisationen wie die UNO oder das Internationale Rote Kreuz müssen
40 diese Vorwürfe überprüfen

41 Auch die NATO ist in der Pflicht, auf das NATO-Mitglied Türkei einzuwirken, diese
42 Operation Ölzweig zu beenden. Mit dieser militärischen Aktion kann der Kampf gegen
43 den IS gefährdet, zusätzliche Konflikte in der Region geschaffen werden und der
44 ohnehin hochkomplizierte Versuch, Friedensgespräche zur Beendigung des syrischen
45 Bürgerkrieges zu führen, torpediert werden.

46
47
48 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

49 **Das Votum der Redaktionskonferenz wird nachgereicht**

50
51
52 Annahme:

53 Annahme in geänderter Fassung:

54 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1
2
3 **F 2**

4
5 **(Bezirksvorstand)**

6
7 **Nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten rechtsverbindlich**
8 **machen**

9
10 Im Jahr 2011 verabschiedete der UN Menschenrechtsrat einstimmig Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte, die weltweit durch nationale Aktionspläne umgesetzt werden sollen. Im Dezember 2016 verabschiedete die Bundesregierung einen solchen Nationalen Aktionsplan (NAP).

11
12
13
14
15 Ziel ist die Förderung von Arbeitnehmerrechten, von guten Arbeitsbedingungen und des Umweltschutzes in globalen Lieferketten. Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der OECD und der UN sollen umgesetzt und gefördert werden und Beschwerdemechanismen gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Umsetzung der Prozesse, die dazu in den Unternehmen nötig sind, solle ab 2018 jährlich überprüft werden.

16
17
18
19
20
21
22 Die SPD Hessen-Süd begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Wirtschaft, wie sie im Nationalen Aktionsplan dargelegt sind.

23
24
25
26 Die SPD Hessen-Süd bedauert, dass die im NAP beschriebenen Maßnahmen auf freiwilliger Basis umgesetzt werden sollen und es bei Verstößen keine Sanktionsmöglichkeiten gibt.

27
28
29
30 Die SPD Hessen-Süd fordert daher, dass sich die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag für folgende Maßnahmen einsetzt:

- 31
32
- 33 - Veröffentlichung eines Berichtes über die Umsetzung der im NAP angekündigten Maßnahmen bis Ende 2018
 - 34 - Spätestens 2020 die gesetzliche Einführung von verpflichtenden Regeln für deutsche und internationale Unternehmen zur Umsetzung der Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten mit dazugehörigen Rechtsschutzmechanismen, Regeln zu Sanktionierung und festgelegten Beschwerdeverfahren.
 - 35 - Teilnahme der Bundesregierung am UN Prozess „Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and Other Business Enterprises“, die Verhandlungen führt über ein rechtsverbindliches internationales Instrument, welches die Achtung der Menschenrechte durch transnationale Unternehmen weltweit durch Etablierung von transnationalen Haftungsverpflichtungen durchsetzen soll. Die Bundesregierung soll sich in diesem Verhandlungskontext dafür einsetzen, dass die Einbeziehung von nationalen und damit auch von staatlichen Unternehmen erreicht wird. Wenn dies erreicht ist, soll sich die Bundesregierung dem Vertrag anschließen.
- 36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 **Begründung:**

51
52 Die Bundesrepublik beruft sich in ihrer Politik auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die fester Bestandteil des Völkerrechts sind. Dazu gehört die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN Sozialpakt 1966) und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN Zivilpakt 1966). Die Agenda 2030 von 2015 konstatiert, dass der Schutz von Menschenrechten und Nachhaltigkeit sich

1 wechselseitig bedingen. Mit dem Nationalen Aktionsplan ist ein Instrument geschaffen
2 worden, das der Umsetzung dieser umfassenden menschenrechtlichen Prinzipien
3 dienen kann. Aber Freiwilligkeit alleine wird nicht genügen, dieses Ziel in einer sich
4 globalisierenden Welt durchzusetzen. Deshalb ist es wichtig, auf UN Ebene einen
5 rechtsverbindlichen Vertrag mit Haftungs-verpflichtungen anzustreben. Die
6 Bundesregierung ist, wie andere EU-Staaten auch, bisher nur Beobachter bei diesem
7 Verhandlungsprozess, weil die federführenden Staaten Ecuador und Südafrika sich
8 weigern, nationale staatliche Unternehmen in diesen Vertrag einzubeziehen. Ohne
9 diese Einbeziehung macht ein solcher Vertrag keinen Sinn. Die Bundesregierung sollte
10 deshalb zweigleisig fahren und einerseits die im eigenen Nationalen Aktionsplan
11 verankerten Grundsätze rechtsverbindlich machen und sich andererseits im Rahmen
12 des UN Verhandlungsprozesses für die umfassende Geltung der Leitlinien für alle
13 Unternehmen einsetzen. Sollte dies gelingen, muss die Bundesrepublik einem solchen
14 internationalen Vertrag beitreten.

17 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

18
19
20 Annahme: erledigt durch:
21 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
22 Überweisung an: Nichtbefassung:

27 **F 3**

28 29 **Vertreibung und Genozid an den Rohingya in Myanmar verhindern** 30 **Resolution Myanmar**

31 **(Bezirksvorstand)**

32
33
34 Die SPD wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Verbrechen an den
35 Rohingya, das Morden, Vergewaltigen von Frauen und Kindern, das Brandschatzen
36 und die Vertreibung durch das Militär und militante Buddhisten in Myanmar beendet
37 wird

38
39 Seit 25. August 2017 ist etwa die Hälfte der Rohingyabevölkerung (mehr als 600.000
40 Männer, Frauen und Kinder) aus Myanmar vertrieben worden. Sie leben unter
41 unmenschlichen Umständen in Bangladesch. Die in Myanmar verbliebenen Rohingyas
42 leben unter ständiger Gefahr in ihren Dörfern, bedroht, vergewaltigt, vertrieben oder
43 ermordet zu werden. Sie haben keinen Zugang zu Hilfslieferungen.

44
45 Die SPD fordert:

- 46
47 1. Internationale Hilfe für die Vertriebenen muss in ausreichenden Maße
48 gewährleistet werden. Bangladesch, selbst ein armes Land darf nicht
49 alleingelassen werden.
- 50 2. Vollen, ungehinderten Zugang der UNO und internationaler Hilfsorganisationen
51 zu den von Rohingya bewohnten Gebieten in Myanmar.
- 52 3. Unterstützung der EU für eine Untersuchungskommission der UNO und die
53 Veröffentlichung der unterdrückten UNO und World Food Programm Berichte
54 über die Situation der Rohingya in Myanmar.
- 55 4. Die internationale Staatengemeinschaft muss auf die Regierung von Aung San
56 Suu Kyi und das Militär ausüben, die Ermordung und Vertreibung der

- 1 Rohingyas zu beenden. Dazu gehört auch, zu prüfen, ob die wirtschaftliche
2 Kooperation bis zu Beendigung der Gräueltaten eingestellt werden soll.
- 3 5. Die Waffenlieferungen und die militärische Zusammenarbeit mit Myanmar
4 müssen eingestellt werden und die Beteiligten an den Gräueltaten müssen mit
5 Sanktionen belegt werden.
- 6 6. Die Rohingyas, eine seit Jahrzehnten unterdrückte, recht- und staatenlose
7 muslimische Minderheit müssen eine Staatsangehörigkeit und damit ihre
8 bürgerlichen und sozialen Rechte zuerkannt bekommen.

9
10
11 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

12 **Das Votum der Redaktionskonferenz wird nachgereicht**

13
14
15 Annahme: erledigt durch:
16 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
17 Überweisung an: Nichtbefassung:
18
19
20
21

22 **F 4**

23
24 **(Bezirksvorstand)**

25
26 **Entwicklungszusammenarbeit neu denken: Fluchtalternativen fördern und UN-**
27 **Vorgabe von 0,7% des BIP für Entwicklung jetzt umsetzen!**

28
29
30 **Forderung**

- 31
32 A) Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd möge beschließen, diesen Antrag
33 zur sofortigen Erhöhung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit
34 auf 0,7% des BIP – um endlich UN-Vorgaben zu erfüllen – zu unterstützen und
35 an die SPD auf Bundesebene heranzutragen.
- 36 B) Außerdem sollten die Kapazitäten des BMZ derart erweitert werden, dass eine
37 gezieltere und effektive Förderung von Alternativen zur Flucht möglich ist. Der
38 bisherigen Entwicklungszusammenarbeit des Bundes muss zumindest teilweise
39 ein neuer Fokus verliehen werden: Menschen in ihren Heimatländern müssen
40 Perspektiven eingeräumt werden, sodass eine lebensgefährliche Flucht nach
41 Europa, welches Geflüchteten größtenteils leider ohnehin keine Chancen bietet,
42 unnötig wird. Auch die Gründung einer nationalen Allianz aus Akteuren
43 unterschiedlicher Sektoren sollte geprüft werden.
- 44 C) Darüber hinaus muss konsequenter zwischen Fluchtursachen (Krieg,
45 Bürgerkrieg, Staatszerfall und Verfolgung von Bevölkerungsminderheiten) und
46 den Triebfedern für Migration (fehlende wirtschaftliche Perspektiven)
47 unterschieden werden und situationskonforme Lösungen identifiziert werden.
- 48 D) Die SPD tritt für eine restriktive Waffenexportpolitik, Förderung von Abrüstung
49 sowie für die Unterstützung des Staatsaufbaus und des Nation-Building in
50 Krisenregionen ein. Des Weiteren setzt sie sich für die Unterstützung
51 multilateraler Instrumente der Friedenssicherung und humanitärer Hilfe durch
52 Deutschland und die EU ein. Sie tritt insbesondere für die Stärkung der UNO
53 und ihrer Unterorganisationen UNHCR, World Food Programm, UNICEF etc.
54 ein.
- 55 E) Es muss geprüft werden, inwieweit Deutschland gemeinsam mit der EU durch
56 den Abbau von Subventionen für den Export von Agrarprodukten, die den
57 heimischen Markt in den Importländern zerstören, Handelsverträge, die die

1 Produktionsentwicklung in den EU-Partnerländern fördern sowie mit der
2 Eindämmung des Ressourcenraubbau etc. dazu beitragen kann, den
3 Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern neue wirtschaftliche
4 Perspektiven zu eröffnen und damit mittelfristig die Migration nach Europa zu
5 verringern.

6 F) Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Sustainable Development
7 Goals

8 G) Überarbeitung der Migrationspartnerschaften, um ihre konfliktverschärfenden
9 Elemente zu revidieren

10 H) Verbesserung und Stärkung der internationalen Krisenprävention

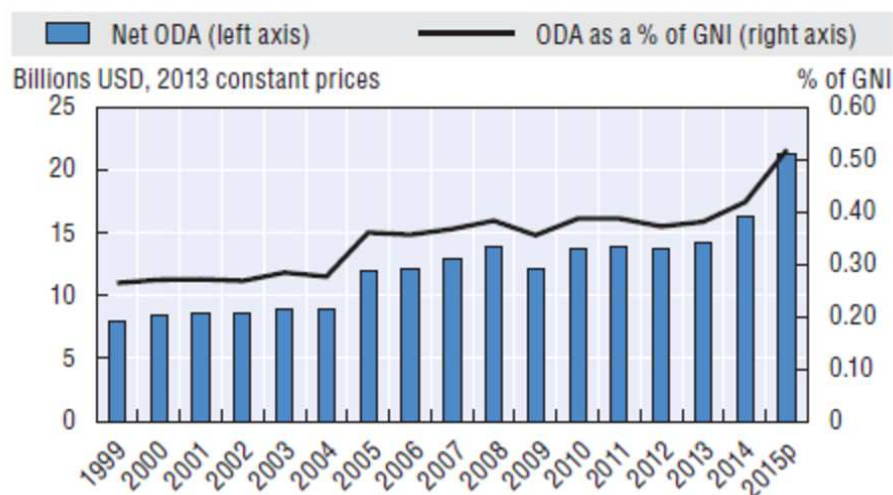
11 Begründung

12 Eine Obergrenze für Geflüchtete ist keine Lösung sondern CSU-Populismus.
13 Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in Asylbewerberheime zu
14 stecken ist ebenfalls keine Lösung sondern Menschenverachtung. Daher sollten
15 Deutschland und Europa nicht nur aus eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus,
16 sondern auch basierend auf einer historischen Verantwortung sowie aus Respekt vor
17 der Würde des Menschen mehr dafür tun, dass eine Flucht für die Betroffenen unnötig
18 wird.
19
20
21

22 A) Deutschland hat sich dem Ziel der UN verpflichtet, 0,7% des BIP als ODA
23 (Official Development Assistance – „Entwicklungshilfe“) bereitzustellen. Diese
24 Schwelle wurde von Deutschland bisher nicht erreicht (siehe Graph) und soll
25 nach bisherigen Plänen frühestens 2030 erreicht werden. Im vergangenen Jahr
26 erreichte der Wert 0,52% - eine Steigerung um weitere 0,18% tut Herrn
27 Schäuble nicht weh und kann in betroffenen Ländern bereits viel bewirken.
28 Deutschland sollte damit ein Beispiel für andere Staaten sein, die bisher
29 ebenfalls das 0,7%-Ziel verfehlen.

30 Geld in Form von Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur effizienter einge-
31 setzt als Geld für die Grenzsicherung oder den Ausbau von menschen-
32 unwürdigen Asylheimen in Deutschland. Es erspart Menschen auch die
33 lebensgefährliche Flucht und rettet daher Menschenleben.
34
35

Net ODA: Trends in volume and as a share of GNI, 1999-2015, Germany



36 Quelle: OECD.

37
38 B) Gezielte Entwicklungszusammenarbeit soll eine effektivere Förderung von
39 Alternativen zur Flucht aus betroffenen Ländern ermöglichen.

40 Bewusst ist nicht die Rede von „Fluchtursachen bekämpfen“, denn Flucht-

1 ursachen sind vielfältig und größtenteils nicht aus Deutschland heraus
2 „bekämpfbar“. Vielmehr muss es unser Ziel sein, Flüchtenden und Geflüchteten
3 in ihren Heimatstaaten Perspektiven zu eröffnen, die das Bleiben zur Alternative zur Flucht machen. Um dies zu ermöglichen, sollten die Kapazitäten des
4 BMZ aufgestockt und eventuell sogar eine nationale Allianz zur Identifikation
5 und gezielten Förderung von Fluchtalternativen gegründet werden. Eine
6 Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen wäre denkbar.
7
8
9

10
11
12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

13 **Das Votum der Redaktionskonferenz wird nachgereicht**
14

15
16 Annahme:

17 Annahme in geänderter Fassung:

18 Überweisung an:
19
20

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1
2
3
4 **Antragsgruppe H**
5 **Verkehr – Energie –Umwelt - Landwirtschaft**
6
7

8
9 **H 1**

10
11 **(UB Offenbach-Stadt)**

12
13 **Ökologisch nachhaltige Besteuerung der Bahncard 100 und von Firmenwagen**
14

15
16 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass unter
17 ökologischen und verkehrlichen Aspekten die gegenwärtig praktizierte steuerliche
18 Förderung von Firmenwagen aufgehoben und stattdessen die Bahncard 100 als
19 „Incentive“ steuerlich privilegiert wird.
20

21 **Begründung**
22

23 Mit dem Antrag soll, entsprechend dem Auszug aus dem Koalitionsvertrag, das
24 „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ umgesetzt und weiterentwickelt werden sowie
25 „alle Subventionen – neue und alte – gemäß den subventionspolitischen Leitlinien und
26 dem Prinzip der Nachhaltigkeit einer stetigen Überprüfung unterzogen werden“.
27

28 **Beispielhafte Vorteile der Bahncard 100 gegenüber einem Firmenwagen:**

29 # Entlastung der Innenstädte und der Verkehrsinfrastruktur: Luftverschmutzung,
30 Parkplätze, Sicherheit

31 # Nutzung von 100% Ökostrom im Fernverkehr

32 # kein Schadstoffausstoß in Innenstädten (evtl. bei der Nutzung von Bussen)

33 # soziale Komponente des ÖPNV und Fernverkehrs
34

35 Die Bahncard 100 bietet die Möglichkeit 100% kostenlos im Netz der Deutschen Bahn
36 unterwegs zu sein, inkl. ICE und IC Bus. Des Weiteren kann man sich im City-Gebiet
37 diverser Städte kostenfrei im ÖPNV bewegen, u.a. in Offenbach, Hanau, Frankfurt. Die
38 Bahncard 100 ermöglicht auch Zugriff auf eine günstigere Bahncard 50 für Partner und
39 die kostenfreie Mitnahme aller eigenen Kinder bis 14 Jahre.
40

41 Gegenwärtig ist es so, dass die Wenigsten sich für die Bahncard 100 und damit gegen
42 den Firmenwagen entscheiden. Ein Grund dafür ist die gegenwärtige steuerliche Praxis
43 und damit eine gemessen an den ökologischen und verkehrlichen Notwendigkeiten
44 kontraproduktive Fehlsteuerung. Die Bahncard 100 wird als geldwerter Vorteil zu 100%
45 vom Bruttolohn abgezogen. Die Berechnung der Besteuerung des Firmenwagens setzt
46 sich aus 1% des Brutto-Listenpreises (Neupreis im Inland) des Neufahrzeuges und
47 0,03% dieses Listenpreises je Kilometer Distanz zwischen Wohnort und Arbeitsort. Je
48 nach Fahrzeugwert und Distanz Wohnort-Arbeitsort, kann eine Bahncard sogar in
49 absoluten Zahlen teurer sein als ein Firmenfahrzeug.
50

51
52 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

53 **Zurücküberweisung an Antragsteller/in zur Überarbeitung**
54
55

- 1 Annahme:
- 2 Annahme in geänderter Fassung:
- 3 Überweisung an:
- 4
- 5

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

1
2
3
4 **Antragsgruppe K**
5 **Gesundheitspolitik**
6

7
8
9
10 **K 1**

11
12 **(ASG Hessen-Süd)**
13

14
15 **Engpass bei Medikamenten**
16

17 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu folgenden Punkten zur Vermeidung
18 von Engpässen bei Medikamenten initiativ zu werden:

- 19 1. Um Medikamentenengpässe entgegenzuwirken ist auf die Preisgestaltung von
20 Generika einzuwirken, so dass sie lohnend und in ausreichender Menge
21 hergestellt werden können.
22 2. Eine Vorratshaltung von seltenen aber lebensnotwendigen Medikamenten ist
23 sicherzustellen.
24 3. Es sollte angestrebt werden die Produktion nach Europa zurück zu holen.
25 4. Stärkung der Bio-Medizinischen Grundlagenforschung finanziell abzusichern –
26 Ergebnisoffen (Verweis auf Grundgesetz Artikel 5)
27

28
29 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**
30

31
32 Annahme:

erledigt durch:

33 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

34 Überweisung an:

Nichtbefassung:
35
36
37

38
39 **K 2**

40
41 **(60plus Hessen –Süd)**
42

43 **Gesundheit für unser Gesundheitswesen**
44

45 Wir fordern eine flächendeckende, personengetragene Gesundheitsversorgung zu
46 angemessenen Versicherungsbeiträgen!
47

48
49 In der Gesundheitsversorgung ist eine Menge aus dem Ruder gelaufen:
50

- 51 • Bei der Versorgung mit vorbeugenden, ambulanten und stationären Gesund-
52 heitsleistungen stehen gut versorgte Regionen, in der Regel Ballungsgebiete,
53 solchen mit bestehender oder drohender Unterversorgung gegenüber.
54 Besonders stellt sich dieses Problem für ländliche Regionen. Bis 2025 werden
55 in Hessen u.a. 1500 Allgemeinmediziner fehlen.

1 In der stationären Grundversorgung sind vernünftige hessenweite Planungen
2 nicht erkennbar, die Investitionslücken des Landes offenkundig, die Klagen der
3 ärztlich und pflegerisch Beschäftigten über zu hohe Belastungen allenthalben
4 zu hören.

- 5
- 6 • Die Wartezeiten für Kassenpatienten bei bestimmten Fachärzten sind nach wie
7 vor belastend lang.
- 8
- 9 • Die krasse Trennung von haus-, fachärztlicher-, ambulanter- und akut-kurativer
10 und rehabilitativ-pflegerischer Versorgung erschwert die Behandlung, verteuert
11 und belastet die Patienten.
- 12
- 13 • Die Apothekenversorgung liegt in Hessen zwar im bundesweiten Schnitt, aller-
14 dings auch hier mit einer Ungleichverteilung zwischen Stadt und Land.
- 15
- 16 • Eine bestfinanzierte Pharmaindustrie musste in den zurückliegenden Monaten
17 Versorgungsengpässe bei verschiedenen Medikamenten eingestehen.
- 18
- 19 • Höhere Kassenbeiträge belasten überwiegend die Versicherten. Zudem sollen
20 zunehmend wichtige Leistungen vollkommen alleine vom Versicherten bezahlt
21 werden.
- 22

23 Die soziale Spaltung der Gesellschaft hat auch die gesundheitliche Spaltung
24 verschärft. Prekär Beschäftigte und ärmere Menschen sind – verkürzt – häufiger krank
25 und sterben früher. Gerade ältere Patienten werden nach Ergebnissen einer
26 Krankenkassenunter-suchung im Krankenhaus nicht optimal versorgt, da insbesondere
27 REHA-Leistungen nicht zufriedenstellend organisiert sind.

28
29 Gleichzeitig arbeiten gewinnorientierte Konzerne an der weiteren Privatisierung und
30 Ökonomisierung der Versorgung.

31
32 So hat der Rhön-Konzern auch in Hessen bereits mehrere Arztsitze gekauft, um seine
33 medizinischen Versorgungszentren zur ambulanten Versorgung betreiben – und
34 sicherlich zu Akquise für seine Wertschöpfungskette nutzen – zu können. Denn
35 „nebenan“ liegen unmittelbar die stationären Einheiten des Konzerns! Eine weitere
36 Zentralisierung, die die Flächenversorgung schwächt.

37
38 Fresenius bereitet einen „Gesundheitsclub“, eine Art ADAC, vor, der als „An-
39 sprechpartner“ den eventuellen Patienten eine Orientierung bieten soll. Es liegt auf der
40 Hand, wo das „Clubmitglied“ am Ende landet.

41
42 Die Politik überlässt diesen Akteuren weitgehend das Feld.

43
44 Die Versicherten und Steuerzahler werden seit Jahren mit teils verwegenen, teils
45 abstrusen Projekten erschreckt und belastet:

46
47 Seit 15 Jahren wurden ca. 1,7 Mrd. Euro für eine weitgehend nutzlose elektronische
48 Gesundheitskarte ausgegeben.

49
50 Das Land setzt auf Elektronik-Health, meldet eine Schlagzeile.

51
52 Der Ärztetag diskutierte die Video-Sprechstunde, der „virtuelle Arzt“ soll offenbar die
53 Rezepturen der „Apotheken-Umschau“ komplettieren, der Deutsche Hausärzte-
54 verband initiierte die Ausrüstung von Versorgungsassistenten mit Telemedizin-
55 Rucksäcken für Routine-Hausbesuche.

1 Schließllich tauchte erneut die Idee einer alle Teile der Versorgung durchdringenden
2 elektronischen Patientenakte auf, die Einsparungen von 40 Mrd. Euro und –
3 natürlich – eine bessere Versorgung bringen soll.
4

5 Diskussionsforen gibt es genug: Regionale Gesundheitsnetzwerke sollen aufgebaut,
6 lokale Gesundheitsberichte erstellt werden; Ärzte treffen sich in Ärztenetzwerken zur
7 Verbesserung der Versorgung, Gemeindeschwestern im Gemeindeschwesterprojekt.
8

9 Alle nicht verkehrt aber kein Ersatz für schlüssiges und konsequentes Handeln der
10 Politik:
11

- 12 • Versicherte und Patienten erwarten eine personengetragene, flächendeckende,
13 ortsnahe und bezahlbare Versorgung unter annehmbaren Bedingungen.
- 14
- 15 • Die politische Steuerung hat sich der Versorgungsplanung anzunehmen, ggf.
16 sind die Rechte von kassenärztlichen Vereinigungen dabei einzuschränken.
17
- 18 • Die Allgemein- und Hausarztmedizin ist aufzuwerten.
19
- 20 • Die Einrichtung von Versorgungszentren mit angestelltem Personal, lokalen
21 Gesundheitszentren, Hol- und Bringdiensten und mobilen Praxen ist zu prüfen
22 und anzustreben.
- 23
- 24 • In der Finanzierung haben sich öffentliche Haushalte zu beteiligen, versiche-
25 rungsfremde Leistungen konsequent aus Steuermitteln zu finanzieren. Betrugs-
26 fälle zu bekämpfen.
- 27
- 28 • Die Einführung einer Bürgerversicherung ist einzuleiten.
29

30 Gesundheitspolitik ist einzubetten in eine Gesellschaftspolitik, die die Zusammenhänge
31 zwischen Einkommensentwicklung, guten Wohn- und Arbeitsbedingungen und einer
32 vernünftigen Umweltpolitik wieder in den Blick nimmt.
33

34 **Die SPD steht für einen Kurswechsel: Der Mensch hat im Mittelpunkt zu stehen!**
35
36

37 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

38 **Annahme als Resolution und Weiterleitung an die ASG Hessen-Süd**
39
40

41 Annahme:

erledigt durch:

42 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

43 Überweisung an:

Nichtbefassung:
44
45

Antragsübersicht

Antragsgruppe A	A 1	SPD erneuern: Für organisatorische Neuaufstellung (Jusos Hessen-Süd)
	A 2	Kultur der personellen Alternative (UB Odenwald)
	A 3	Frischer Wind in den Strukturen (UB Odenwald)
	A 4	Offene Fraktions- und Vorstandssitzungen (UB Odenwald)
	A 5	Bessere Vernetzung mit Bündnispartnern – öffentliche Sichtbarkeit (UB Odenwald)
	A 6	Präsenz vor Ort stärken (UB Odenwald)
	A 7	Online-Themenforen (UB Odenwald)
	A 8	Ideenmanagement – gemeinsam innovativ (UB Odenwald)
	A 9	Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse (UB Odenwald)
	A 10	Geschlechtergerechte Sitzungsleitung (ASF Hessen-Süd)
	A 11	Geschlechtergerechte Sprache in der SPD umfassend nutzen (ASF Hessen-Süd)
	A 12	Schaffung einer Ombudsfrau zur Überprüfung der Einhaltung der Quote (ASF Hessen-Süd)

	A 13	SPD geht mit gutem Beispiel voran – kein Einwegplastikgeschirr mehr auf Parteiveranstaltungen (ASF Hessen-Süd)
	A 14	Das AGG verbietet sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – diese Regeln müssen auch innerhalb der SPD gelten (ASF Hessen-Süd)
	A 16	Angebot des SPD-Shops weiblicher machen (UB Offenbach-Stadt/ASF Hessen-Süd)
Antragsgruppe B	B 1	Besteuert Daten und künstliche Intelligenz (AI) – nicht die menschliche Arbeit (AGS Hessen-Süd)
	B 2	Erleichterungen im Umsatzsteuerrecht bei Schwellenwertüberschreitungen in der EU für den mittelständischen E-Commerce (AGS Hessen-Süd)
Antragsgruppe C	C 1	SPD erneuern: Für eine inhaltliche Neuaufstellung (Jusos Hessen-Süd)
	C 2	Soziale Teilhabe im SGB II mit „Teilhabegelegenheiten“ fördern (UB Darmstadt-Dieburg)
	C 3	Antrag für die Eindämmung von Zeitarbeit und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (UB Offenbach-Stadt)
	C 4	Pflege zur Selbständigkeit statt Gewinnerzielung durch Pflegekonzerne (60plus Hessen-Süd)
	C 5	Freibetrag für Altersrenten bei Sozialhilfebezug (ASF Hessen-Süd)
	C 6	Ausgestaltung einer Pflichtfinanzierung des Hilfesystems bei häuslicher und sexueller Gewalt (ASF Hessen-Süd)

	C 7	Klärung des Anspruchs auf Heimunterbringung und Kostenübernahme durch die Sozialhilfeträger (ASF Hessen-Süd)
	C 8	Einführung einer bedingungslosen Grundrente (UB Frankfurt)
	C 9	Aufhebung der Beschneidung der betrieblichen Mitbestimmung durch die „Verordnung über die Berufsschule“ in Hessen (AfA Hessen-Süd)
Antragsgruppe D	D 1	A/E 13 – Aufwertung der Arbeit von Grundschullehrer*innen (AfB Hessen-Süd)
	D 2	Einführung einer 2. Lehrkraft für die inklusive Beschulung (AfB Hessen-Süd)
	D 3	Gegen die Ökonomisierung von Bildung – gegen Lobbyismus und Werbung in Bildungseinrichtungen (AfB Hessen-Süd)
	D 4	Demokratielernen an hessischen Schulen stärken (AfB Hessen-Süd)
Antragsgruppe E	E 1	Reform des Bodenrechts (Bezirksvorstand)
	E 2	Ein moderner Hessenplan WOHNEN (Bezirksvorstand)
	E 3	Wohnungsgemeinnützigkeit wiedereinführen (AsJ Hessen-Süd)
	E 4	Mehr Stellen bei Polizei, Justiz, Zoll und Steuerfahndung (UB Offenbach-Stadt)
	E 5	Mehrstaatigkeit (UB Offenbach-Stadt)
	E 6	Antidiskriminierungsgesetz für Hessen (UB Darmstadt-Dieburg)

	E 7	Abschaffung des § 219a StGB „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ (ASF Hessen-Süd)
	E 8	Konkretisierung des AGG (ASF Hesen-Süd)
	E 9	AGG Fristen zur Wahrung beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verlängern (ASF Hessen-Süd)
	E 10	AGG Verbandsklagerecht beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz einführen (ASF Hessen-Süd)
	E 11	Bei § 303 StGB – Sachbeschädigung – Ausnahmen schaffen (ASF Hessen-Süd)
	E 12	Nachrichtenlose Konten in Bundesregister verzeichnen (UB Frankfurt)
Antragsgruppe F	F 1	Ende der Angriffe auf Afrin (Bezirksvorstand)
	F 2	Nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten rechtsverbindlich machen (Bezirksvorstand)
	F 3	Vertreibung und Genozid an den Rohingya in Myanmar verhindern
	F 4	Entwicklungszusammenarbeit neu denken: Fluchialternativen fördern und UB-Vorgabe von 0,7% des BIP für Entwicklung jetzt umsetzen!
Antragsgruppe H	H 1	Ökologisch nachhaltige Besteuerung der Bahncard 100 und von Firmenwagen (UB Offenbach-Stadt)
Antragsgruppe K	K 1	Engpass bei Medikamenten (ASG Hessen-Süd)
	K 2	Gesundheit für unser Gesundheitswesen (60plus Hessen-Süd)